Nummer 19
Sept./Okt. 1992
2,50 Mark

# DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

**Rostock · Anti-Antifa · Dänemark**
**Skinzines · Kroatien · HIAG · etc.**




"Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen : Nein."

Kurt Tucholsky

# Inhalt



**Impressum**
Verlag: Der Rechte Rand · Rolandstraße 16
Postfach 1324 · 3000 Hannover 1
Tel.: 0511/34 10 36
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Interdruck, Schöneworth
3000 Hannover
Satz und Layout: R.Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön,
Lisa Böhne, Winfried Holzinger,
Alfred Klose, Jürgen Trittin,
Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.



# Editorial

Erneut schwappt eine Welle der Gewalt gegen Flüchtlinge durch die Bundesrepublik. Angriffe auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft werden von der Polizei nicht, nur unzureichend und oft halbherzig unterbunden. Die Argumentation, daß infolge der Pogrome eine Asylrechtsänderung notwendig sei, vorgetragen von zahlreichen Politikern der großen Parteien, schafft ein Klima, daß im Endeffekt die gewaltsamen Aktionen der Faschisten und den applaudierenden "Otto Normalverbraucher" bestätigt.

Die Neonazis, derartig ermuntert, fühlen sich als die Herren der Lage. Ungeniert führen sie vor laufender Kamera Bürgerkriegsübungen vor, demonstrieren ihre Bewaffnung, bilden Einsatzkommandos und lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß ihre Aktionen sich in der Zukunft auch stärker als bisher gegen AntifaschistInnen richten werden. Unter dem Stichwort Anti-Antifa werden Vorbereitungen für die Jagd auf politisch Andersdenkende getroffen.

Zwar wird mittlerweile - besonders angesichts internationaler Befürchtungen - gegen allzu dreiste Aktivitäten der Neonazis vorgegangen, aber eine konsequente Bekämpfung neofaschistischer Aktivitäten und Strukturen ist nicht erkennbar. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, daß die Pogrome heute dazu instrumentalisiert werden sollen, Demokraten für die Einführung der von ihnen in der Vergangenheit immer wieder abgelehnten "Sicherheitsgesetze" zu gewinnen. Also wieder ein Schritt mehr in Richtung eines autoritären Staates, wie ihn sich Rechtsradikale jeglicher Couleur wünschen.

Facit: Nicht nur die REP, sind die Schreibtischtäter -wie der stellvertretende CDU-Vorsitzende Geisler meint - sondern auch diejenigen PolitikerInnen, die heute Gewalt als Mittel der Politik (sicher aus echter Überzeugung!) ablehnen, auf der anderen Seite aber inhaltlich rechtsradikale Positionen unterstützen bzw. als ernstzunehmende Problemlösungsmodelle in die Diskussion einbeziehen.

**In eigener Sache:**

Herzlichen Dank den MacherInnen des Berliner Antifa-Infoblattes, die uns ihren Rostock-Artikel zur Verfügung gestellt haben.

Der im folgenden vorgestellte "Verein zur Förderung..." unterstützt auch den "Rechten Rand". Spenden an ihn sind erwünscht!

Die nächste Ausgabe des Rechten Randes erscheint am 15. Dezember. Redaktionsschluß ist der 25. November.

# Verein zur Förderung politischer Bildung und Information e.V.

Der "Verein zur Förderung politischer Bildung e.V. (VBI)" hat sich zur Aufgabe gestellt, politische Bildungsarbeit im Sinne der öffentlichen Förderrichtlinien zu leisten. Wesentliches Ziel des VBI ist die öffentliche Aufklärung über Rassismus sowie über Ideologie und Bestrebungen des Rechtsextremismus und über die von ihm ausgehenden Gefahren für eine demokratische, soziale, die Freiheits- und Menschenrechte garantierende und achtende Gesellschaftsordnung.

**Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch**

- Unterstützung und Förderung öffentlicher Veranstaltungen, Projekte, Initiativen und Publikationen, die sich schwerpunktmäßig Ursachen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rassismus zuwenden
- Informations- und Wissensvermittlung durch öffentliche Eigenveranstaltungen
- Vergabe von Projekt-, Gutachter- oder Forschungsaufträgen
- Zeitgeschichtliche Dokumentationsarbeit.

Zu den Gründungsmitgliedern des VBI gehören u. a. Stefan Berndt, Klaus Harbart, Hulle Hartwig (MdL), Raimund Hethey und Franz Josef Schröders.

Der VBI ist eingetragen und besitzt die vorläufige GEMEINNÜTZIGKEIT: Spenden (steuerlich absetzbar, Spendenquittung wird auf Wunsch zugesandt!) sind erbeten auf Konto-Nr. 36923 beim Postgiroamt Hannover (BLZ 250 100 30).

**Der VBI ist vorerst über das Postfach des Rechten Randes, Postfach 1324, 3000 Hannover 1 erreichbar.**

## Termine

**06.-08.11. 1992** — **Zukunft der Gedenkstätten zur Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus**
**Braunschweig-Salzgitter**
**Infos über: Antifa-Zentrum Carl von Ossietzky, Leopoldstr. 23 3300 Braunschweig, Telefon: (0531) 185 42**

**13.-15.11. 1992** — **Europäischer Kongress gegen Rassismus**
**Linken Liste/PDS, Berlin, Haus am Köllnischen Park, O-1020 Berlin, Am Köllnischen Park 6/7**
**Infos über: Kleine Alexanderstraße 28, O-1020 Berlin, c/o Tanja Tügel, Tel: 030/28 40 94 47, Telefax 030/2 81 41 69**

# Brandstifter mit Schlips und Kragen

**Wenn wir die Vorgänge um das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen näher untersuchen, so wird deutlich, daß sowohl die Angriffe als auch die Folgen erwünscht waren. Die TäterInnen waren Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker, höhere Polizeidienststellen sowie organisierte Neonazis und aufgehetzte AnwohnerInnen. Es bleibt eigentlich nur die Frage offen, ob es unter den Beteiligten eine direkte Absprache gab oder ob es sich um ein "freies" Zusammenspiel der reaktionären Kräfte handelte.**

Dem Pogrom in Hoyerswerda im letzten Jahr folgte eine bis dahin beispiellose Welle von Angriffen auf Flüchtlinge, ImmigrantInnen und Linke. Mit ihrem Verhalten zu dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen gossen die verantwortlichen PolitikerInnen nun Öl auf das Feuer der organisierten NeofaschistInnen und der mit ihnen sympathisierenden RassistInnen. Während hunderte von Neonazis und Jugendlichen unter dem Applaus tausender Bürger und Bürgerinnen tagelang die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt) attackierten, sorgten Polizei und PolitikerInnen dafür, daß die Angriffe ein "voller Erfolg" wurden. Damit war der Startschuß für eine weitere und noch größere Welle von Anschlägen und Mordversuchen gegen Flüchtlinge im ganzen Land gegeben.




*Rostock-Lichtenhagen, ausgebranntes Flüchtlingswohnheim*

Da das politische System in der DDR immer noch nicht reorganisiert ist, wird ein Großteil der Entscheidungen auf Verwaltungsebene getroffen. Diese werden dann von den PolitikerInnen in aller Schnelle durchgesetzt. So wurde z.B. das neue Polizeigesetz Mecklenburg-Vorpommerns in diesem Sommer ohne öffentliche Diskussion verabschiedet. Für "potentielle StraftäterInnen" sieht es eine "Vorbeugehaft" von bis zu sechs Wochen vor und räumt damit der Polizei Eingriffsrechte in die persönliche Freiheit der Menschen ein wie kein anderes Polizeigesetz in der BRD.

Die Verwaltungsbürokratie Mecklenburg-Vorpommerns ist vor allem auf der mittleren Ebene mit alten Freunden des ehemaligen schleswig-holsteinischen CDU-Ministerpräsidenten Kai Uwe Barschel besetzt. Hierbei handelt es sich zum größten Teil um BeamtInnen, die nach dem Wahlsieg der SPD in Schleswig-Holstein mit Schwierigkeiten für ihre Karriere rechnen mußten, wenn sie ihre Amtsgeschäfte so weiterführen wollten wie zuvor.

Rassitisch motivierte Angriffe sind auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht unbekannt. Im ersten Halbjahr 1992 gab es nach Polizeiangaben 30 Überfälle auf Flüchtlingheime. Im März dieses Jahres traten 21 Männer einen Rumänen auf offener Straße zu Tode.

Die Ereignisse in Rockstock-Lichtenhagen haben ihren Vorlauf, bilderbuchhaft führen sie vor, wie Zustände geschaffen werden können, die zu pogromartigen Ereignissen führen. Die Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen (ZASt) war in einem Wohnblock in einem Rostocker Außenstadtviertel untergebracht. Dort sollten die AsylbewerberInnen nur kurze Zeit, bis sie auf andere Lager verteilt würden, bleiben. Soziale Kontakte mit der Bevölkerung konnten so nicht entstehen. Mit ihrer eh ausgesprochen begrenzten Aufnahmekapazität war die ZASt den in letzter Zeit täglich bis zu 80 neuankommenden Flüchtlingen nicht gewachsen. Um eine entsprechend schnelle Weiterverteilung oder anderweitige Unterbringung der Flüchtlinge wurde sich allerdings auch kaum gekümmert, wie wir später zeigen werden. Stattdessen wurde der Eindruck der "Überflutung" noch dadurch geschürt, daß AsylbewerberInnen, die außerhalb der offiziellen Öffnungszeiten ankamen, nicht in das Gebäude hineingelassen wurden. So waren zahlreiche Menschen gezwungen, im Freien zu übernachten. Toiletten und Waschgelegenheiten gab es für sie ebensowenig wie eine Versorgung durch die ZASt. Folgerichtig wurden auf der Suche nach Eßbarem und Gebrauchsgegenständen die Müllcontainer der AnwohnerInnen durchwühlt.

Doch auch der Unmut der AnwohnerInnen bescherte den Flüchtlingen weder Toilettenhäuschen noch Nahrung, geschweige denn andere Unterkünfte. Stattdessen wurde dieser von den PolitikerInnen ignoriert bzw. benutzt, um die Stimmung gegen Flüchtlinge und die bisherige Asylgesetzgebung zu schüren.

Wolfgang Schulz, Bürgerbeauftragter der Landesregierung, hat nach eigenen Angaben bereits im Oktober 91 den Rostocker Oberbürgermeister und den Innenminister Diederich (Vorgänger von Kupfer) über die häufigen Klagen der AnwohnerInnen informiert. Doch erst im Januar 92 reagierte der Innenminister - und im März 92 der Oberbürgermeister - und zwar nicht etwa mit praktischer Hilfe, sondern mit der Ankündigung, die ZASt werde im Juni verlegt. Dies geschah nicht, stattdessen war das Gelände um die ZASt mit Flüchtlingen überfüllt, denen keine andere Wahl blieb, als im Freien zu campieren. Wiederum leitete Schulz die Beschwerden der NachbarInnen weiter. Dieses Mal erhielt er von Kupfer die lapidare Antwort, die ZASt werde im September verlegt.

Rostocks Oberbürgermeister Kilimann hatte bereits im Juli 1991 an den damaligen Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Diederich (CDU) geschrieben. In seinem Brief beschrieb er detailliert die Situation um die ZASt in Lichtenhagen und machte Vorschläge für zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für die AsylbewerberInnen. Wörtlich heißt es: "Die Sicherheit aller ausländischen Bürger in Rostock ist in einem deutlich höheren Maß gefährdet. Gewalttätigkeiten gegenüber ausländischen Bürgern nehmen zu. Schwerste Übergriffe bis zu Tötungen sind nicht mehr auszuschließen." Nach dem Pogrom war Kilimann glücklich, sich auf diesen Brief berufen zu können. Dabei verschwieg er aber, daß er selbst bzw. der Rostocker Senat die ZASt nach Lichtenhagen geholt hatten. Und dies keineswegs, weil ihnen die Problematik des Standorts nicht bekannt gewesen wäre. Ausschlaggebend dürfte gewesen sein, daß die Stadt, die die ZASt des Landes aufnimmt, nur die Hälfte der Quote an AsylbewerberInnen aufzunehmen braucht.

Der fraktionslose Landtagsabgeordnete Reinhardt Thomas (früher SPD, jetzt der CDU nahestehend) wirft dem Senat vor, nicht intensiv nach anderen Örtlichkeiten für die ZASt gesucht zu haben. Die Stadt Rostock sei eindeutig für die Probleme zuständig gewesen, die im Umfeld der ZASt entstanden, auch wenn diese dem Innenministerium untersteht.




*Antifa-Demo am 29.8. in Rostock: "Stoppt die Pogrome!"*

Warum diese Verantwortung nicht übernommen wurde, können wir den aufschlußreichen Ausführungen des Rostocker Innensenators, Magdanz entnehmen. In den "Norddeutschen Neuesten Nachrichten" vom 19. August, also drei Tage vor dem ersten Angriff auf die ZASt, war folgendes zu lesen: "Ratlosigkeit im Rathaus. Senator Magdanz steckt in der Klemme:" Wenn wir weitere Unterkünfte zur Verfügung stellen, kommen noch mehr Asylsuchende. Das zeigt die Erfahrung." Dies bekräftigte Magdanz noch einmal in einem Gespräch mit Kurt Degner, der wegen der Verwicklung seiner Parteifreunde in das Pogrom von seinem Posten als Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion zurückgetreten ist. 24 Stunden nach dem Brand in dem ZASt-Gebäude erklärte Magdanz, er wolle die Flüchtlinge nicht in Turnhallen oder anderen Unterkünften unterbringen, "denn die telefonieren doch mit Rumänien und dann stünde er am nächsten Tag vor dem gleichen Problem."

## Chronologie der Ereignisse

Bereits im Mai werden Flugblätter der "HAMBURGER LISTE FÜR AUSLÄNDERSTOPP" ("Rostock bleibt deutsch") verteilt. Diese sollen den Rassismus in Lichtenhagen schüren. Einige Tage vor dem Pogrom (und eine Woche vor der geplanten Verlegung der ZAST) meldet sich eine angebliche Bürgerinitiative zu Wort. Die "Norddeutschen Neuesten Nachrichten"(NNN) erhalten am Dienstag, den 18.August den anonymen Anruf einer "INTERESSENSGEMEINSCHAFT LICHTENHAGEN": "Wenn die Stadt nicht bis Ende dieser Woche für Ordnung sorgt, dann machen wir das." Dieser Anruf wird am Tage darauf in den NNN veröffentlicht, Polizei und PolitikerInnen informiert. Rostocks Innensenator Magdanz (SPD) erklärt in einer Rostocker Zeitung daraufhin, daß er sich mit Polizei und Landesregierung zusammensetzen werde, um einer Eskalation der Gewalt vorzubeugen. Er versucht auch gleich, sein politisches Süppchen auf der angespannten Situation zu kochen: "Nicht nur in Rostock verschärft sich die Situation von Tag zu Tag. Ich hoffe nur, daß die Herren aus Bonn bald aus ihrer Sommerpause aufwachen." In der Freitagausgabe der "Ostseezeitung" wird wieder ein anonymer Anrufer einer "Interessengemeinschaft" zitiert: "Das wird eine heiße Nacht. Wir werden Ordnung schaffen."

**Samstag, 22.8.:** Für Samstag wird über die "Ostseezeitung" zu einer Demonstration "Gegen das deutsche Ausländergesetz/Asylgesetz" aufgerufen. Eine Demonstration findet nicht statt, aber es kommt zu einer Menschenansammlung vor der ZASt. Aus dieser Situation heraus kommt es zu den ersten Angriffen auf das Gebäude. Die ersten Steine, so berichtet Ausländerbeauftragter Richter, fliegen in die Fenster der VietnamesInnen-Wohnungen (der Aufgang zu ihrem Wohnheim liegt offener als die Flüchtlingswohnungen). Ungefähr 500 AngreiferInnen versuchen, das Heim zu stürmen. Dies wird zunächst durch die militante Gegenwehr der BewohnerInnen verhindert. Die Polizei, mit 35 Beamten vertreten, hält sich zurück und läßt die Situation eskalieren. Bis Samstagabend versammeln sich 1000 bis 2000 BürgerInnen (darunter TeilnehmerInnen einer DVU-Veranstaltung, die acht Wochen zuvor stattfand) und feuern einen Mob von bis zu 500 Personen an. Jede eingeworfene Fensterscheibe, jeder Molli wird mit Beifall bedacht. Erst in den frühen Morgenstunden schafft es die Polizei, die Angreifer vom Heim wegzudrängen, was eher der Ermüdung der Angreifer als dem energischem Durchgreifen der Polizei zuzuschreiben ist. Erst zu später Stunde sind die Einsatzkräfte der Polzei mit einem Sonderkommando und Bereitschaftspolizisten auf 150 Mann verstärkt worden. Vier Stunden wurden benötigt, um einen Wasserwerfer aus dem benachbarten Schwerin zu holen, weil die Fahrer angeblich erst von Rostock nach Schwerin gebracht werden mußten. "Erst um 2 Uhr fuhren Wasserwerfer auf und beendeten die Straßenschlacht zwischen Jugendlichen und Polizisten", schreiben die Norddeutschen Neuesten Nachrichten.

**Sonntag, 23.8.:** Ähnliche Situation wie am Tage zuvor. Trotz Verstärkung für die Rostokker Polizei, laut Berliner Zeitung 400 Polizisten und BGS'ler, greifen ca. 100 Jugendliche das Gebäude an. Bei der gaffenden Menge macht sich Volksfeststimmung breit. Mollis werden massenweise in direkter Nähe der Polizeiketten abgefüllt oder aus Autos geholt.

Von Polizeidirektor Kordus ist am Montag in den Ostseezeitung zu lesen, daß die Aktion seiner Meinung nach überregional geplant wurde. Sicheres Indiz dafür sei, daß viele Täter mit PKWs aus anderen Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns angereist seien. Zudem wären am Sonntag gewaltbereite Jugendliche aus Lübeck und Hamburg gekommen. Die Berliner Zeitung berichtete, daß ganz Lichtenhagen mit Autos aus Hamburg, Lübeck und Niedersachsen zugeparkt gewesen sei. Hans-Gert Lange, Bundesamt für Verfassungsschutz, stellt gegenüber dpa eine zunehmend bessere Organisiertheit bei den Rechtsextremisten fest. "Es tauchen zunehmend größere Gruppen auf, die sich offensichtlich abgesprochen haben." Dies sei offenbar auch in Rostock der Fall gewesen. So gebe es Anhaltspunkte, daß die Gewalttäter aus verschiedenen Städten, u.a. Hamburg, Berlin, Lübeck und Leipzig, angereist seien.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz behauptet von den Ausschreitungen überrascht worden zu sein. Es habe keine Hinweise über die Aktivitäten in der rechtsradikalen Szene gegeben. Die "Norddeutschen Neuesten Nachrichten" hingegen zitieren am 29.8. eine Sozialarbeiterin, Rechtsradikale aus Berlin, Brandenburg und Potsdam hätten schon im Juni auf einem Zeltplatz in Rügen angekündigt, es werde in Rostock bald losgehen.

Uns ist bekannt, daß verschiedene Personen aus der Gesinnungsgemeinschaft der **Neuen Front (GdNF)** in Lichtenhagen mitgemischt haben. **Christian Worchs** Opel wurde Sonntag Abend gesehen, inklusive einer Person, die über Funk oder Funktelefon andere Neonazis anwies. Der Rücksitz des Wagens war mit Nazizeitungen übersät. Worch selbst war auch in Lichtenhagen. Ungeklärt ist noch, ob er auch an diesem Sonntagabend vertreten war. Faschisten aus **FAP**, **NF** usw. sowie aus verschiedenen europäischen Ländern, darunter aus dem **GdNF-Netz aus Österreich**, waren ebenfalls angereist.

Infrastruktur zur Unterstützung des Pogroms war vorhanden. Polizeifunk wurde abgehört, in einem Auto von Rechtsradikalen fanden Polizisten Störfunkgeräte.

Im Laufe des Sonntags wird in den großen norddeutschen Städten von AntifaschistInnen nach Rostock mobilisiert. Dort werden dann mehrere Versuche gemacht einzugreifen, was aber an der aufgeputschten Menge von 2000 ZuschauerInnen scheitert. Gegen 1.00 nachts macht sich erneut ein Konvoi von etwa 200 Personen aus der Rostocker Innenstadt auf den Weg nach Lichtenhagen. Eine Kundgebung wird durchgeführt. Die Polizei zeigt, daß eine Störung des Pogroms von links nicht akzeptiert wird: bei der Kundgebung, z.T. an den geparkten Autos und auf dem Rückweg nach Rostock werden über 60 AntifaschistInnen verhaftet. In den Medien wird später die Zahl von 150 festgenommenen "Krawallmachern" verbreitet, darunter sind eben diese 60 AntifaschistInnen (Vorwurf "Landfriedensbruch und Verstoß gegend das Versammlungsgesetz"). Die Gefangenen schreiben in ihrer Presseerklärung, daß sie alle erkennungsdienstlich behandelt und z.T. mißhandelt wurden. 30 von ihnen mußten von 3.00 bis 9.00 Uhr morgens mit Handschellen gefesselt im Hof der Gefangenensammelstelle stehen. Die anderen 30 wurden trotz Protest in einer Turnhalle zusammen mit 35 Faschisten festgehalten. Im Laufe der Tage werden die meisten von ihnen freigelassen, die letzten von ihnen jedoch erst am darauf folgenden Wochenende.

**Montag, 24.8.:** Montag Vormittag tagt ein Krisenstab. Rostocks Kommunalpolitiker und auch der Innensenator von Rostock, Magdanz, sind ausgeschlossen. Landesinnenminister Kupfer, Bundesinnenminister Seiters sowie die Polizeiführung von Mecklenburg-Vorpommern stimmen sich ab. Wer genau an diesem Krisenstab teilnahm und was dort besprochen wurde, ist nicht der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Wir können nur Rückschlüsse ziehen aufgrund der folgenden Ereignisse.

Die Kräfte des Bundesgrenzschutzes werden mittags entlassen, so teilt es Bundesinnenminister Seiters später in "Hessen 3" mit. Mit dem Einsatz des BGS und spätestens mit dem Krisenstab wurde das Vorgehen in Rostock übrigens auch Sache der Bundesregierung. Seiters nutzt sein Kommen, um eine neue Asylgesetzgebung zu fordern, Landesinnenminister Kupfer stimmt ein.

Das Flüchtlingsheim wird bis Montag Abend geräumt. Die Entscheidung, alle Flüchtlinge wegzubringen, trifft niemand aus der Landesregierung, auch nicht die Leiterin des Hauses, sondern ein mittlerer Mitarbeiter der ZASt. Sowohl der Ausländerbeauftragte Richter als auch die PDS-Abgeordnete Lederer informieren die Polizei darüber, daß sich noch ca. 150 VietnamesInnen in ihren Wohnungen in dem Gebäude aufhalten. Die Rostocker Polizeidirektion erklärt gegenüber der PDS-Abgeordneten gegen 18.00 Uhr, dies sei ihr bekannt.

Die Angriffe laufen am Abend weiter. Der Berichterstatter der Berliner Zeitung schreibt dazu, das Bild sei von angereisten Profinazis und Skinheads bestimmt gewesen. "Die Gewalt von der Brücke ist nicht ungestüm und spontan. Alles hört auf ein unsichtbares Kommando." Um 21.00 Uhr ziehen die Polizisten vor dem Haus plötzlich ab. Die AngreiferInnen sind überrascht und halten dies zunächst für eine Falle. Doch kurz darauf fliegen die ersten Brandbomben in das ungeschützte Haus. Der RTL-Bericht spricht von 800 angreifenden Rechten unter den Anfeuerungsrufen von 3000 AnwohnerInnen.

"Doch zunächst hält die Polizei die Gewalttäter mit Schlagstöcken und Wasserwerfern im Klammergriff - bis kurz vor zehn Uhr nachts: Die Polizei beginnt damit, alle Einheiten abzuziehen ... In wenigen Minuten sind rund um das Heim kein Wasserwerfer, kein Polizeiwagen und kein einziger Polizist mehr zu sehen. Nur auf der Fußgängerbrücke schauen etwa 50 alleingelassene Polizisten dem Schauspiel verängstigt zu."(Berliner Zeitung vom 26.8.92).

Zwei Stunden lang ist die Polizei nicht im Einsatz. Die Feuerwehr, die bereits seit 21.44 Uhr vor Ort ist, kann erst gegen 23 Uhr mit den Löscharbeiten beginnen. Daß die Verantwortlichen nicht ganz so hemmungslos vor der Öffentlichkeit lügen können, ist u.a. der Anwesenheit eines ZDF-Kamerateams zu verdanken, das zusammen mit den vietnamesischen Familien und einigen Antifas um sein Leben bangen mußte. Buchstäblich in letzter Minute gelingt es den Eingeschlossenen, die Tür zum Dach aufzubrechen. Dort müssen sie noch befürchten, von Angreifern vom Dach gestoßen zu werden.

Die wichtigsten Verantwortlichen, Rostocker Polizeichef und Leiter des Landeskriminalamts in einer Person, Kordus, und Innenminister Kupfer sind in der entscheidenden Phase nicht verfügbar. Kordus wird von seinem Vize Deckert vertreten. Der polizeiliche Notruf ist über zwei Stunden nicht erreichbar. Das ZDF-Fernsehteam verfügt über Funktelefon und kann nach den vergeblichen Versuchen, Rostocker Polizei zu erreichen, Polizei in Hamburg und Berlin informieren. Mittlerweile ist das Einsatzprotokoll der Feuerwehr, die sich die Verantwortung über die Vorgänge nicht anhängen lassen will (dazu gibt es auch keinen Anlaß) veröffentlicht worden. Damit liegt eine minutiöse Darstellung des Ablaufs zwischen 21.00 und 24.00 Uhr vor. Diese deckt sich mit den uns vorliegenden Augenzeugenberichten. Zudem haben verschiedene Feuerwehrleute in der Presse über den Hergang berichtet.

Der erste Notruf bei der Feuerwehr geht um 21.38 Uhr ein, danach klingeln die Telefone eine halbe Stunde lang. Um 21.44 Uhr treffen die ersten Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr ein. Ohne Polizeischutz schaffen sie es nicht durchzukommen. Ihre Zentrale gibt diese Information gleich an den Lagedienst der Polizei weiter. Als es ihnen gelingt, einige wenige Räume im Erdgeschoß nach BewohnerInnen zu durchsuchen, werden sie von mit Eisenstangen und Baseballschlägern bewaffneten Angreifern zum Rückzug gezwungen. Immer wieder geht der Hilferuf um Schutz an die Polizei. Erst um 22.58 Uhr kann die Feuerwehr mit den Löscharbeiten beginnen, nachdem eine Polizeikette vor dem Haus aufgezogen ist, übrigens nach Feuerwehrangaben ohne Schutzuniform mit mürben Schutzschildern.

Nicht alle VietnamesInnen fanden in dieser Nacht Platz in den Bussen, die sie an einen sicheren Ort bringen sollte. Eine halbe Stunde standen sie in einem Wäldchen, doch kein Bus kam, um sie in Sicherheit zu bringen. Sie flohen zurück in das brennende Haus, so wenig vertrauten sie dem Schutz der Polizei. Die Feuerwehr mußte sie erneut aus dem Gebäude bringen.

## Kordus und eine Menge Lügen

- "Mit so vielen Randalierern haben wir nicht gerechnet".

Ein Mann vom BGS berichtete der Ostseezeitung, daß er "am Sonntag darüber informiert hatte, daß mit über 1000 Radikalen zu rechnen sei." Er hatte entsprechende Informationen (OZ vom 25.8.).

- Kordus behauptet: "Nicht genügend Einsatzkräfte"

Der Polizeieinsatz vom Samstag wird im Nachhinein von den Verantwortlichen als "Polizeipanne" dargestellt. Vergeblich hätte die Polizei in der Nacht von Samstag auf Sonntag versucht, eine Hundertschaft zusammenzutrommeln. In Mecklenburg-Vorpommern hätten nur wenige Polizisten einen Telefonanschluß und könnten somit erreicht werden.

Gefangene Antifas sahen Montagabend um 19.00 Uhr bei ihrer Freilassung mindestens zwei Sondereinheiten aus Schwerin und HH.

Berliner Zeitung zum Montagabend: "Von wegen zu wenig Leute", ereifert sich ein Polizist in der Kantine der Einsatzzentrale. "Wir stehen seit vier Stunden hier rum und frieren." Im Fernsehen läuft Tagesthemen extra(...)Fein säuberlich aufgereiht stehen auf dem Hof mindestens 20 Mannschaftswagen. Die Plastik-Rüstungen der Spezialkämpfer liegen zwischen den Autos auf dem Boden."

- Kordus behauptet am Montagabend: "In der gesamten Bundesrepublik gibt es keine Unterstützungskräfte mehr." Bei den Recherchen der Berliner Zeitung stellte sich heraus, daß weder an die Berliner Polizei noch an die von Schleswig-Hostein ein Amtshilfeersuchen gestellt worden war. Hilfe von der Berliner Polizei wurde erst Dienstag um 19.00 Uhr angefordert. Mittwoch lag wieder ein Hilfeersuchen aus Rostock vor - Anlaß: die antifaschistische Demo am Samstag!

- Die Abwesenheit der Polizeikräfte vor dem Haus begründet Kordus mit Schichtwechsel.

- Kordus behauptet, die Polizei habe nichts von Menschen im brennenden Haus gewußt.

-Kordus behauptet, der Anruf der Feuerwehr wäre erst um 22.16 Uhr erfolgt (laut Feuerwehr 21.51 Uhr). "PKWs und Schaulustige versperrten den Weg." Bis dahin hätte der Einsatzleiter vor Ort gemeldet, die Lage sei "nicht kompliziert" - obwohl schon um 21.30 Uhr die Flammen aus der ersten Etage des Gebäudes schlugen.

- Bereits um 22.35 sei ein vollständiger Schutz der Feuerwehr gewährleistet gewesen. Das Funkprotokoll der Feuerwehr belegt, daß sie erst knapp vor 23 Uhr damit beginnen konnten, VietnamesInnen, die sich zum Teil in ihren Wohnungen verbarrikadiert hatten, in Sicherheit zu bringen und mit den Löscharbeiten zu beginnen.

- Seine Abwesenheit vor Ort begründet Kordus mit "Hemdwechsel". Der SPD-Fraktionschef Ringstorff behauptet, Kordus angerufen zu haben und der habe geschlafen.

Stellvertretender Polizeidirektor Deckert, der Kordus bei dessen Abwesenheit am Montagabend vertrat, zum fehlenden Schutz für die Feuerwehr: Sie sei "zu einem üblichen (!) Brandeinsatz gefahren", dies laufe immer ohne Polizeischutz.

Kordus erklärte in den NNN vom Montag, dem 24.August, daß den bis Sonntag Mittag erfolgten 10 Festnahmen nach der Auswertung von Fotos und Videofilmen weitere folgen würden.

Für die Zeit des Brandes schreibt der Spiegel, daß die Kamera (die einzige?) des Dokutrupps der HHer Polizei durch einen Steinwurf außer Betrieb gesetzt worden sei. Dies ereignete sich rein zufällig genau an dem Abend, an dem die Polizei für mehrere Stunden abgezogen wurde. "Keine Videoaufnahmen" - welch ein Zufall! "Kripo wertet Videofilme aus", Überschrift der Ostseezeitung vom 27.8.

"In Rostock wurden laut Aussage des Innenministeriums auch einige Bänder mit "handelnden Personen" gedreht."

"Nichts von VietnamesInnen im Haus gewußt": Montagabend um 18.00 wußte die Rostocker Polizeidirektion noch von den VietnamesInnen; am Tage darauf streitet es der Sprecher der Polizeidirektion schlicht ab. Erklärung von Andrea Lederer, stellvertretender Vorsitzende der Abgeordentengruppe PDS/ Linke Liste im Bundestag:

"Ich habe am 24.8.92 um 18.00 Uhr in einem Telefonat mit Herrn Teichmann von der Polizeidirektion Rostock darauf hingewiesen, daß ... sich in dem angegriffenen Haus in Lichtenhagen noch ca. 150 vietnamesische Bürgerinnen und Bürger aufhalten und daß auch mit weiteren Angriffen zu rechnen sei. Herr Teichmann hat mir bestätigt, daß er, sowie die Polizeidirektion, von der Anwesenheit der Vietnamesinnen und Vietnamesen Kenntnis habe, die Polizei ebenfalls über noch unbestätigte Informationen verfüge, wonach weitere Angriffe zu erwarten seien. Meine Frage, ob der Polizeischutz aufrecht erhalten bleibe, um auch die vietnamesischen Bürger und BürgerInnen zu schützen, bejahte Herr Teichmann.

Wenn seitens der Polizeidirektion Rostock jetzt erklärt wird, sie sei während der Brandstiftung davon ausgegangen, das Haus sei leer, so ist dies schlichtweg gelogen."

AnwohnerInnen berichten, daß die VietnamesInnen bereits am Samstag angegriffen wurden. Die Feuerwehrzentrale, die um 21.51 Uhr um Polizeischutz gebeten hatte, da sie so die Löscharbeiten nicht durchführen konnte, gab dabei zugleich dem Lagezentrum der Polizei die Information, daß sich noch vietnamesische BewohnerInnen in dem brennenden Haus befänden.

**Dienstag, 25.8.:** Erst am Dienstag fordert der Landesinnenminister Hilfe von anderen Bundesländern an. Es kommen Einheiten aus Sachsenanhalt, Schleswig-Hostein, Niedersachsen, NRW und BGS-Einheiten. An diesem Abend geht die Polizei energischer vor und zeigt, daß sie trotz angereister Hooligans (an dem Abend fand ein Fußballspiel Hansa Rostock - Bremen statt) das Heft in der Hand hat. Das Einsatzkonzept ist offensichtlich auf Verhinderung weiterer Ausschreitungen umgestellt worden. Die Berliner Einheit, 80 Beamte der Einsatzbereitschaft 11 der Direktion 1, wissen sofort, wie sie ihren Auftrag, Objekte zu schützen, umzusetzen haben: Sie wollen gleich am Dienstag Abend den Treffpunkt Rostocker AntifaschistInnen, das Jugendzentrum in der Innenstadt, stürmen. Der Rostokker Einsatzleiter hat größte Schwierigkeiten, sie davon abzuhalten.

Der Mittwoch endet mit kleineren Scharmützeln mit der Polizei, die Angriffe richten sich nur noch gegen diese, Autos von AnwohnerInnen werden angezündet.

## Der Anti-Antifaschismus in Aktion

Unmißverständlich war auch die wütende Hetze gegen die antifaschistische Demonstration am folgenden Samstag in Lichtenhagen. Es hieß in den Medien, daß der "Invasion von rechts nun die Invasion von links" folgen würde und Rostocker BürgerInnen im besonderen wurden aufgefordert, dieser Demo fernzubleiben. Ein Bürgerkriegsaufgebot von 3.400 Polizeibeamten gegen die antifaschistischen DemonstrantInnen machte allen unmißverständlich klar, wo diese "Demokratie" ihren Feind nach wie vor sieht - links. Erwünscht war eine Schlacht zwischen AntifaschistInnen und Polizei, um unter Verwendung der alten bundesrepublikanischen Geschichtsklitterung über die Bedrohung des demokratischen Staates von links und rechts, eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze zu rechtfertigen. Als eigentliche Bedrohung waren in den meisten Berichterstattungen die "linken Autonomen" ausgemacht, was durch das Großaufgebot der Polizei bestätigt schien. Eine Schlacht am gleichen Orte des Pogroms hätte dieser Propagandalüge die notwendigen Bilder zugefügt und den Weg zur schnellen Verschärfung der Sicherheitsgesetze geöffnet. Das dieser Plan mißlang, ist ausschließlich dem politischen Bewußtsein der 20.000 DemonstrantInnen zu verdanken.

## Die Rostocker Neonazis

Die Struktur organisierter Neonazis in Rostock ist, gemessen an anderen Städten der ehemaligen DDR, nicht besonders ausgeprägt gewesen. Am 13.Juni dieses Jahres hielt die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) eine Veranstaltung in der Rostocker Innenstadt ab. Damals zeichnete sich die Rostocker Polizei unter der Einsatzleitung von Jürgen Deckert durch besonders rücksichtsloses Vorgehen gegen die antifaschistischen GegendemonstratInnen aus.

Ein Brennpunkt neofaschistischer Organisierung war seit einiger Zeit in den Hochhausvierteln um Lichtenhagen auszumachen. Die Nazis der **DEUTSCHEN ALTERNATIVE** (DA) werben ihren Anhang durch Nazi-Skin-Konzerte und auf dem Fußballplatz von Hansa



*Christian Worch, einer der Drahtzieher des gewollten Pogroms.*

Rostock, die **JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN** (JN) rekrutieren seit einiger Zeit im Lichtenhagener Nachbarbezirk Lütten Klein. In Lichtenhagen selbst gab es im Vorfeld des Pogroms mehrere BewohnerInnenversammlungen, deren TeilnehmerInnen sich über die Zustände vor der ZASt beklagten. Um diesen Unmut zu schüren, griff im Mai dieses Jahres die **HAMBURGER LISTE FÜR AUSLÄNDERSTOPP** (HLA) ein. Es tauchte jemand im Jugendclub "Max Reichpietsch" in Groß Klein auf und stachelte die Jugendlichen an, die HLA-Flugblätter "Rostock bleibt deutsch" flächendeckend in die Briefkästen zu stecken.

Unterzeichnet waren diese Hetzschriften von **Michael Andrejewski**, der seine faschistische Laufbahn bei der JN begann. Die HLA steht der **NPD** nahe. Für kurze Zeit waren zwei Kühnen-Gefolgsleute - **Christian Grabsch** und **Ulrich Thetard** - im Vorstand der HLA vertreten gewesen, mußten aber als bekannte Nationalsozialisten von diesem Öffentlichkeitsamt zurücktreten. Die guten Kontakte aus **Kühnen ANS**-Zeit wurden auch zu Worchs **NATIONALER LISTE** (NL) hinübergerettet, Absprachen zwischen HLA und NL finden auch heute statt.

Der Einfluß von organisierten Neonazis ist in letzter Zeit in Mecklenburg-Vorpommern deutlich angewachsen.

## Die politischen Brandstifter

Die "Unterlassungen", die zu dem Pogrom führten, haben wir bereits benannt. Montag



*Pöbeleien am Rande der Antifa-Demo: "Sieg Heil, Ihr Zecken!"*

Vormittag tagte der Krisenstab, zu dem Bundesinnenminister Seiters angereist war. Am selben Abend sind die entscheidenden Personen überhaupt nicht (wie Seiters) oder zumindest während der Stunden des Brandes, in denen das Gebäude mit den vietnamesischen Familien dem angreifenden Mob überlassen wurde, "nicht anwesend"(Kupfer und Kordus).

Schon am ersten Angriffstag konnten sich die Neonazis und ihre SympathisantInnen aufgrund der Tolerierung durch die Polizeiführung weitgehend ungestört austoben. Das Haus konnte - neben dem spärlichen Einsatz von 35 Beamten, die von ihren Vorgesetzten verheizt wurden - nur durch die Selbstverteidigung der vietnamesischen BewohnerInnen und unterstützender Rostocker Antifas gehalten werden. Daß das Pogrom drei Nächte laufen konnte, ohne daß ernsthaft dagegen eingeschritten wurde, kann kaum jemand ernsthaft -außer den direkt Verantwortlichen - mit "Einsatzpannen" entschuldigen!

Handlungsbereit zeigte sich die Polizei durchaus Sonntagnacht, als sie über 60 AntifaschistInnen in Haft nahm, die damit mehr als die Hälfte der Festgenommenen dieser Nacht stellten (über die Presse verbreiteten die Polizeidienststellen dann, "Rechte und linke Autonome" hätten gemeinsam an den Angriffen teilgenommen). Offensichtlich sollten antifaschistische Kräfte dem hausgemachten Pogrom nicht dazwischen pfuschen. Zwei Monate vor dem Progrom hatten die Polizeioberen Kordus und Deckert gezeigt, wie die Rostokker Polizei vorgeht, wenn es um die Durchsetzung einer Veranstaltung von Faschisten geht: 500 Beamte, mit Verstärkung aus Norddeutschland, boten sie auf, um die Rostocker GegendemonstrantInnen einer DVU-Versammlung erbarmungslos von der Straße zu prügeln.

Erst in der dritten Progromnacht wurde eine neues Einsatzkonzept gefahren; die Gewalttätigkeiten Dienstag und Mittwoch richteten sich in Lichtenhagen, nunmehr "ausländerfrei", fast nur noch gegen die Polizei und gegen Autos der AnwohnerInnen.

Die Erklärungen der PolitikerInnen in den Tagen nach dem Pogrom strotzen nur von kaum noch zu überbietenden Zynismus. Ein Bedauern oder eine Solidaritätserklärung gegenüber den Flüchtlingen und den vietnamesischen Familien kam ihnen nicht über die Lippen. Landesinnenminister Kupfer behauptete wiederholt, daß der Einsatzauftrag der Polizei erfüllt worden wäre, es wäre "keinem Asylbewerber, keinem Anwohner und auch keiner anderen schützenswerten Person Schaden zugefügt worden"( Spiegel 36/92). Obwohl er nochmals vom Ausländerbeauftragten detailliert die Situation der vietnamesischen BewohnerInnen in dem brennenden Haus geschildert bekam, verkündete er kurz darauf vor dem Schweriner Landtag: "Die Polizei hat ihren Einsatzauftrag erfüllt, keinem Asylbewerber wurde auch nur ein Haar gekrümmt" (TAZ v. 28.8.92) und verschwieg wiederum, daß fast 115 VietnamesInnen zusammen mit einem ZDF-Fernsehteam und Rostocker Antifas umgekommen wären. In der zweiten Pogromnacht bedauerte er vor dem Fernsehen, daß "deutsche Polizisten gegen deutsche Bürger" vorgehen mußten und forderte ein Stopp für den "unkontrollierten Zustrom von Ausländern nach Mecklenburg-Vorpommern".

Den Bundesinnenminister hätte es eine Handbewegung gekostet, bereits in der ersten Angriffsnacht massenweise BGS-Kräfte nach Rostock zu schicken. Er kommentierte den Pogrom damit, daß "große Teile der Bevölkerung besorgt über den massenhaften Zustrom von "Asylbewerbern" seien((TAZ v.25.8.92). Zur gleichen Zeit übrigens machten SPD und die Grünen Seiters für die massenhafte Verschleppung von Asylanträgen beim Zirnsdorfer Bundesamt verantwortlich; diese solle offenbar die "Asyldiskussion" anheizen.

Der inzwischen ehemalige Sprecher der Landtagsfraktion Knut Degner warf den Rostocker und Schweriner Politikern "Verantwortungslosigkeit, Ignoranz und menschenverachtenden Zynismus" vor. Er hatte im Gespräch mit dem Rostocker Innensenator Magdanz (SPD) die Gewißheit bekommen, daß die Verantwortlichen die Zustände in Lichtenhagen bewußt zu diesem explosiven Punkt haben kommen lassen, "um weitere Asylbewerber vom Kommen abzuhalten".

Doch die rassistische Stimmung ist schon so weit geschürt, daß ein Pogrom wie in Lichtenhagen gesellschaftsfähig wird. Millionen FernsehzuschauerInnen konnten die Angriffe am Bildschirm verfolgen, keiner der verantwortlichen Politiker brauchte zurückzutreten - der einzige, der seinen Hut nahm, war der SPD-Pressesprecher Degner.

Aus dem Offenen Brief des (ex-)SPD-Pressesprechers Knut Degner:

Ein Gespräch mit Innensenator Magdanz gab ihm "die Gewißheit, daß verantwortliche Politiker in Schwerin und Rostock die politischen "Brandstifter" des Lichtenhaggener Desasters sind."

"Keine Stunde länger dürften Menschen wie Minister Kupfer, der Rostocker OB Kilimann, sein Stellvertreter Zöllick und der Rostocker Innensenator Magdanz im Amt bleiben. Keine Stunde länger dürfen Menschen in diesem Lande so gewissenlosen und zynischen Figuren ausgeliefert sein. Sie aber weichen nicht und lügen weiter, um ihre Haut - nein - ihre Macht und ihre Sessel - notfalls aber wenigstens ihre Versorgungsansprüche zu retten.."

"Als Gast der Landespressekonferenz am Dienstag, dem 25.August 1992, mußte ich mit anhören, wie der Rostocker Innensenator Magdanz mit den Worten zitiert wurde, daß man nur noch mehr Asylbewerber anlocken würde, wenn man weitere Unterkünfte schaffen würde."

"Dabei nahm man offensichtlich das Potenzieren sozialen Sprengstoffs in Kauf und wollte diesen als politisches Druckmittel benutzen."

"Der Rostocker Innensenator Peter Magdanz antwortete mir auf die Frage, ob es in seiner Macht gestanden hätte, die Asylbewerber wegzubringen, in Turnhallen der Stadt oder ähnlichen Unterkünften, daß dies in seinen Augen keine Lösung gewesen wäre. Er hätte dies wohl tun können, aber am nächsten Abend hätte er die nächste Turnhalle vollgehabt, weil "die telefonieren doch mit Rumänien und dann stünde er am nächsten Abend vor dem gleichen Problem."

"Mein Resümee, daß er damit Menschen in ihrer Not zu politischer Manövriermasse zur Abschreckung anderer gemacht habe, quittierte er mit Achselzucken."

"Da ich aus Äußerungen der genannten Verantwortlichen weiß, wie eng sie in dieser Angelegenheit zusammengearbeitet haben und da ich daran auch keinen Zweifel habe, muß ich davon ausgehen, daß auch alle Genannten dafür die Verantwortung tragen. (..)Sie haben nach meiner festen Überzeugung mit dem Feuer gespielt und wir alle haben die Explosion erlebt."

Mit leichten Veränderungen aus:
**Antifaschistisches Infoblatt Nr. 20**

Winfried Holzinger

# Ein willkommener Anlaß?

Mit dem Artikel dieser Ausgabe "Brandstifter mit Schlips und Kragen" wurde aufgezeigt, wie sehr alle verantwortlichen Stellen, hier insbesondere die Sicherheitskräfte, bei der Verhinderung von terroristischen Angriffen auf unsere ausländischen Mitbürger versagt haben. Dieser Vorwurf wird auch offen aus den Reihen der Polizei, hier durch die BAG kritischer PolizistInnen, geäußert. Bei dem Einsatz in Rostock sind offensichtlich grundlegende Führungsgrundsätze der Polizei nicht beachtet worden. Bei der Menge der aufgezeigten Unterlassungen und den bekanntgewordenen Hintergründen besteht der Verdacht, daß das Ergebnis der Ereignisse erwünscht war. Denn soviel fahrlässige Unterlassungen aus dem Bereich der Polizei lassen sich nicht erklären, insbesondere auch deshalb nicht, wenn man bedenkt, daß es sich bei der Führungsspitze der Polizei in Rostock überwiegend um erfahrene Polizisten aus den alten Bundesländern handelt. Die Strafanträge einiger Gruppierungen gegen u.a. verantwortliche Polizeiführer in Rostock wegen unterlassener Hilfeleistung sind ein Zeichen für den Verdacht, der von vielen Bürgern getragen wird.

Anstatt nun jedoch die Fehler innerhalb der Sicherheitsbehörden aufzuarbeiten und sich einer kritischen Diskussion zu stellen, anstatt nun endlich energisch genug gegen rechtsradikale Entwicklungen vorzugehen und die vorhandenen Gesetze und Verordnungen auszunutzen, nutzen Politiker die Gunst der Stunde, um vor dem Hintergrund der Rostocker Ereignisse ihre Vorstellungen von einem neuen Sicherheitsstaat durchzusetzen und um liberale Diskussionen und Entwicklungen über eine Abrüstung der Sicherheitsbehörden aufzuhalten.

In diesem Zusammenhang gewinnt ein Schreiben vom Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters, vom 17. Sept. 1992, an den Vorsitzenden der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), dem Minister Friedel Läpple, besondere Bedeutung. Mit diesem Schreiben wünscht er sich unter Hinweis auf die "Ausschreitungen in Rostock und dem Einsatz der Sicherheitskräfte", daß seine Anregungen in der Innenministerkonferenz aufgenommen werden. So regt er an, den Verfassungsschutz personell wieder aufzustocken und den Stellenabbau einzustel-

Elisabeth Käsemann

# Vor dem Stuttgarter Landgericht läuft der größte Neonazi-Prozeß der BRD

Unter der "Regie" des Hamburger Rechtsanwaltes **Jürgen Rieger** läuft seit dem 5.Februar 1991 vor der Staatsschutzkammer des Stuttgarter Landgerichts der größte Neonazi-Prozeß in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, als Rädelsführer "den organisatorischen Zusammenhalt einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, aufrechterhalten" zu haben. Bei der unanfechtbar verbotenen Vereinigung handelt es sich um die Anfang 1983 von **Michael Kühnen** und **Thomas Brehl** gegründete neonazistische "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA), die per Verfügung durch den Bundesinnenminister am 24.November 1983 verboten worden war. Alle elf Angeklagte - darunter **Michael Swierczek**, Bundesvorsitzender der "Nationalen Offensive" (NO), **Friedhelm Busse**, amtierender Vorsitzender der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), und **Andreas Rossiar**, Chef der "Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" (HVD), - gehören dem Mosler-Flügel der "Bewegung" an. Der in Stuttgart ebenfalls angeklagte **Jürgen Mosler** wurde infolge der sogenannten "Schwulen-Debatte", Gegenstand war die Homosexualität Michael Kühnens, 1986 zum Kontrahenten von Kühnen. Gegen den Kühnen-Flügel der "Bewegung" wird seit April 1992 in Frankfurt/Main verhandelt.

Die Staatsanwaltschaft versucht, in den bisher 59 Verhandlungstagen nachzuweisen, daß die Angeklagten die verbotene ANS/NA im 1984 unter konspirativen Umständen in Madrid gegründeten "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100.Geburtstag von Adolf Hitler" (KAH) fortgeführt haben. Ein Verstoß gegen das Vereinigungsverbot kann gemäß dem Strafgesetzbuch mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Der Neonazi-Prozeß findet, anders als der im Mai abgeschlossene Stuttgarter Schwammberger-Prozeß, weitgehend ohne das Interesse der Öffentlichkeit statt. Lediglich die beiden Stuttgarter Lokalblätter berichten in großen Abständen über das Geschehen vor der 17.Großen Strafkammer. Die Strafverteidigung, angeführt vom erfahrenen ultrarechten Jürgen Rieger, präsentiert immer wieder neue Entlastungszeugen aus der ganzen Welt. Darunter auch den Deutsch-Kanadier **Ernst Zündel** aus Toronto, "Papst" der Revisionismus-Bewegung, die den industriellen Massenmord an Juden sowie Sinti und Roma leugnet, und den Führer der weltweit im Untergrund operierenden "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands-und Aufbauorganisation" (NSDAP/AO), **Gerry Rex Lauck** aus den USA.

Der Vorsitzende der 17.Großen Strafkammer, Kleist Eberlein, will aufgrund der erkennbaren Verschleppungstaktik nun keine weiteren Zeugen mehr zulassen. Trotzdem zeigt sich Richter Eberlein gegenüber der Strafverteidigung ungewöhnlich kulant. Nur die wenigsten der Angeklagten erscheinen regelmäßig zu "ihrem" Prozeß. Dem Verfahren wäre ein Richter wie im Prozeß gegen den einstigen SS-Unterscharführer **Josef Schwammberger** zu wünschen gewesen.

Für das im Herbst zu erwartende Ende des Strafverfahrens wird innerhalb der neonazistischen Szene zu einer Großdemonstration nach Stuttgart aufgerufen. Per Telefonkette sollen Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland in die baden-württembergische Landeshauptstadt mobilisiert werden.



Widerstand gegen die Ausländerflut

Aktion ‚Rostock bleibt deutsch'

Liebe Rostocker Landsleute!

Seid nicht so vertrauensselig, wie wir es im Westen gewesen sind, als uns die Politiker versicherten, es würden nur wenige Ausländer kommen, und das auch nur als Gastarbeiter auf Zeit. Heute haben wir 6 Millionen. Sie nennen sich Einwanderer und erzählen uns, Deutschland gehöre jetzt auch ihnen. Sie fordern unsere Wohnungen, Arbeitsplätze und Steuergelder. Ganze Stadtviertel haben sie schon besetzt. Die vielen Kriminellen unter ihnen brachten uns Rauschgifthandel und organisiertes Verbrechen. Mit einem Asylantenheim fängt es an - und schon ist Rostock 'multikulturell' (wie Hamburg: Afrikaner, Asiaten, Orientale, Zigeuner, Türken usw.). Wozu, warum, weiß niemand zu sagen.

"Asylanten"-Kinder zum Betteln abgerichtet

COHN-BENDIT

Was wollen wir von Ihnen?

Sie anregen, in Rostock eine Bürgerinitiative zu gründen, die deutsche Interessen in Rostock vertritt und zu den Kommunalwahlen im Frühjahr 1994 für das Rostocker Rathaus sich zur Wahl stellt und ins Rathaus einzieht.
Wir, Hamburger Bürger, werden Ihnen dabei uneigennützig helfen. Wir haben eine ähnliche Aktion in Hamburg gegründet.

BITTE AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN AN
Aktion 'Rostock bleibt deutsch' (Bald in Rostock)
Postfach 11 15 21, 2000 Hamburg 11

O Ich möchte weitere Informationen
O Im Prinzip stimme ich überein
O Ich möchte der 'Aktion' aktiv helfen
O Ich möchte der 'Aktion' beitreten

Name / Vorname / Straße / Hausnr. / PLZ, Wohnort / Telefon / Alter

Mecklenburg/Vorpommern ist nicht die Kolonie, Kaufhalle und Müllhalde Westdeutschlands

Die CDU/CSU ist nicht das kleinere Übel, wie manche meinen. Die CDU/CSU ist dasselbe Übel wie die SPD, FDP und die Grünen.

Grenzen dicht machen für Asylbetrüger und illegale Einwanderer

Schluß mit dem Asylschwindel.
Deutschland ist kein Einwanderungsland.

Die Ausländer und das Ausland kosten uns Jahr für Jahr fast 100 Milliarden DM an guten, schwer erarbeiteten Steuergeldern.

Nur etwas davon hilft Mecklenburg/Vorpommern sehr

Wir fordern deshalb: Deutsche Steuergelder für deutsche Aufgaben. Zur Erhöhung des Kindergeldes für deutsche Kinder, damit unser Volk lebt. Zur Erhöhung der Renten, zur Senkung der Steuern.

Asylanten

Wer soll das bezahlen?

Sagen Sie Ihre Meinung

Aktion ‚Rostock bleibt deutsch'
Postfach 11 15 21, 2000 Hamburg 11
(Bald in Rostock)

Ausländerflut, Wohnungsnot...

Deutschland uns Deutschen

Keine ECU-Währung statt DM

Wohnungen für uns Deutsche

Sofort Mietstop

Mieten runter.

*Neonazi-Flugblätter, die während des Pogroms in Rostock kursierten( Searchlight)*

len bzw. aufzuschieben. In seinem Zuständigkeitsbereich will er dieses schon durch die Bildung einer neuen Abteilung durchgeführt haben. Weiterhin erklärt er, daß der Aufbau des Verfassungsschutzes in den neuen Bundesländern ein besonderes Anliegen sein müsse und daß der Aufbau dort zu beschleunigen sei.

Positiv erwähnt er hierbei die Initiative des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur Intensivierung der Quellenwerbung (d.h. Anwerben von V-Leuten z.B. aus dem Szenebereich).

Weiterhin hält er die Aufstellung einer 1000-2000 Mann starken Polizei-Sondertruppe für erforderlich. Hierunter stellt sich Seiters das Vorhalten von "gut trainierten und einsatzerfahrenen geschlossenen Zugriffseinheiten durch die Bereitschaftspolizeien der Länder und den Bundesgrenzschutz" vor. Aufgrund eines von ihm in diesem Schreiben angeführten AK II-Beschlusses vom 26./27.3.92 entsteht der Eindruck, daß es hierzu bereits zwischen den Ländern zu Absprachen gekommen ist, da er die Forcierung der Fortsetzung der Aufstellung und die jederzeitige Verfügbarkeit dieser "Spezialkräfte" anmahnt. Weiterhin erklärt er hierzu, daß er in seinem Zuständigkeitsbereich dieses für den Bundesgrenzschutz bereits angeordnet hat.

Seiters weist in seinem Schreiben darauf hin, daß im Rahmen der abgeschlossenen Verwaltungsabkommen die Einsatzstärken der Bereitschaftspolizeien zu erreichen und verfügbar zu halten sind. Weiterhin bittet Seiters eindringlich darum, daß die Arbeiten an dem Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland wieder aufgenommen und "erfolgreich abgeschlossen werden".

Es handelt sich hier um ein Programm, daß die IMK im Jahre 1972 verabschiedete und 1974 fortschrieb. Zentrale Bestandteile dieses Programms waren die Stärkung der Hoheitsbefugnisse des BKA, die Aufstockung der Polizeien der Länder, die Koordination der Länderpolizeien über das BKA, die personelle und rechtliche Aufrüstung des Verfassungsschutzes, der rechtliche Ausbau des BGS zur "Polizei des Bundes" und eine Ausweitung der rechtlichen Eingriffsbefugnisse für diese Behörden. Hierbei ist auffallend, daß gerade in der Zeit der sozialliberalen Koalition der Ausbau jener Behörden, deren ureigenste Funktion die politische Überwachung und Kontrolle der Bürger war, also die Staatsschutzabteilungen der Länderpolizeien, das BKA sowie die Ämter für Verfassungsschutz ausgebaut wurden.

Mit dem vorgeschlagenen und angemahnten Katalog setzt Seiters wieder auf die Sicherheitsapparate und vernachlässigt die Pflicht und die Verantwortung der Politik für die Ausschreitungen an allen Orten in der Bundesrepublik, an denen ausländische Mitbürger von faschistischen Terroristen angegriffen, verletzt und getötet werden. Er setzt auf einen Sicherheitsapparat, bei dem bis jetzt der Feind immer "links" gestanden hat und der nun mit einem anderen Verständnis die Bedrohung des Staates erkennen soll.

Daß Teile dieses Kataloges in diesem Schreiben verfassungsrechtliche Grundsätze in Frage stellen bzw. ihnen zuwiderläufen, scheint für Herrn Seiters zunächst nicht wichtig zu sein. Der Anlaß rechtfertigt jedes Mittel und die Verfassung stand in der Vergangenheit für sicherheitsrelevante Anforderungen immer zur Disposition. Nun werden auch unter dem Zeichen der neuen Bedrohung die Reformbemühungen und -diskussionen im Zusammenhang mit den Sicherheitsbehörden in den einzelnen Bundesländern (hier insbesondere zum Thema Auflösung der Bereitschaftspolizeien, Abschaffung bzw. Verkleinerungen und rechtliche Eingrenzungen der Verfassungsschutzämter, Diskussion über die Auflösung der Geheimdienste, Diskussion zu Eingriffsbefugnissen und Eingrenzungen von Bürgerfreiheitsrechten) zunichte gemacht. Hier liegt die Hauptgefahr. Diese Politik bedient sich der faschistischen Angriffe, um die Aufrüstung zum starken Staat vor den Bürgern zu rechtfertigen und sie entsprechend der IMK-Beschlüsse aus den 70er Jahren fortzusetzen. Es besteht jetzt die Gefahr, daß die Reformbemühungen der letzten Jahre im Sicherheitsbereich aufgegeben werden und auch keine Chance mehr haben, politisch durchgesetzt zu werden. Liberale Ansätze und Entwicklungen in Bezug auf staatliche Gewalt und Repression werden mit der Begründung des Schutzes vor rechtsradikalen Entwicklungen umgekehrt bzw. rückgängig gemacht und die Entwicklung zum Überwachungsstaat, der nur der Herrschaftssicherung (durch den Ausbau der gesetzlichen, technischen und personellen Voraussetzungen im Bereich der "inneren Sicherheit") dient, fortgesetzt. Dieses bedeutet eine Abkehr von demokratischen Grundpositionen und Verwirklichung von verfassungsrechtlichen Grundrechten. Mit den Argumenten "gegen Rechts" wird ein "rechter" Staat kreiert.



*Als AntifaschistInnen gegen den Rostocker Pogrom demonstrierten, war es kein Problem, "genügend" PolizistInnen heranzuschaffen*

Wenn hier nun die Sicherheit der ausländischen Mitbürger der Störung durch ein Pfeifkonzert in München beim Weltwirtschaftsgipfel gegenübergestellt wird, dann besteht Grund zum Zweifel am Anspruch der Sicherheitspolitik, wenn der polizeiliche Aufwand zu Grunde gelegt wird. Wenn man die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden bei der Ausforschung des bürgerlichen Protestes in der Vergangenheit der Ausforschung faschistischer Aktivitäten gegenüberstellt, dann bestehen Zweifel über die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen, Rechtsradikalismus als eine Bedrohung des Staates anzuerkennen.

Herr Seiters setzt nun seinen Schwerpunkt auf den starken Staat und vernachlässigt die Verantwortung der deutschen Politik für die sozialen Probleme dieser Zeit, hier und in der Welt und nimmt diese aus der Verantwortung. Die politische Verantwortung für die katastrophalen Entwicklungen in Rostock und anderswo werden auf vorhandene Unmöglichkeiten bei den Sicherheitsbehörden herabgewürdigt; die Verantwortung für die Ereignisse und das Verhalten der Sicherheitsbehörden zu dem Auftrag, unsere ausländischen Mitbürger zu schützen und faschistische Gewalttäter zu überführen, wird in der Diskussion auf personelle, materielle und rechtliche Unzulänglichkeiten verzerrt. Die Kritik an dem Dilettantismus der Polizeiführungen in den Orten der Ereignisse, die Gewöhnung an die Übergriffe durch Faschisten bei den Sicherheitsbehörden (und in der Bevölkerung), das Nichtnutzen bestehender rechtlicher Möglichkeiten in der strafprozessualen Verfolgung faschistischer Gewalttäter wird in der Betrachtung in den Hintergrund gedrängt.

Bei dem Verdacht, daß die Vorgänge um das Progrom in Rostock und anderen Städten sowie auch die Folgen politisch erwünscht waren, so besteht hier nun der Verdacht, daß sie zum willkommenen Anlaß genommen werden.

# Neonazis machen mobil gegen AntifaschistInnen

Nach den Pogromen in Rostock, Quedlinburg und anderen Städten fühlen sich die Neonazis gestärkt. Nach der Jagd auf AusländerInnen bereiten sie sich auf Angriffe auf politische Gegner vor. In Braunschweig fand die Polizei bei einer Hausdurchsuchung "Haß-" bzw. "Todeslisten" mit Namen von AntifaschistInnen. Bereits seit Jahren ist der niedersächsische NPD-Chefideologe Hans-Michael Fiedler bemüht, in seinem Blättchen "SBS-Nachrichten" AntifaschistInnen zu outen. Und seit kurzem versucht der Neonazi-Kreis um den Hamburger Christian Worch organisiert alternative und antifaschistische Projekte auszuforschen. Zwei Beispiele:

Andres Garcia

## Rechte Drohgebärde "Anti-Antifa"

Es ist eigentlich nichts neues, daß Menschen, die sich in der Bundesrepublik antifaschistisch betätigen, anonymen Drohungen ausgesetzt sind. Was aber Ende September zum Teil bundesweit in diversen Briefkästen landete, ist

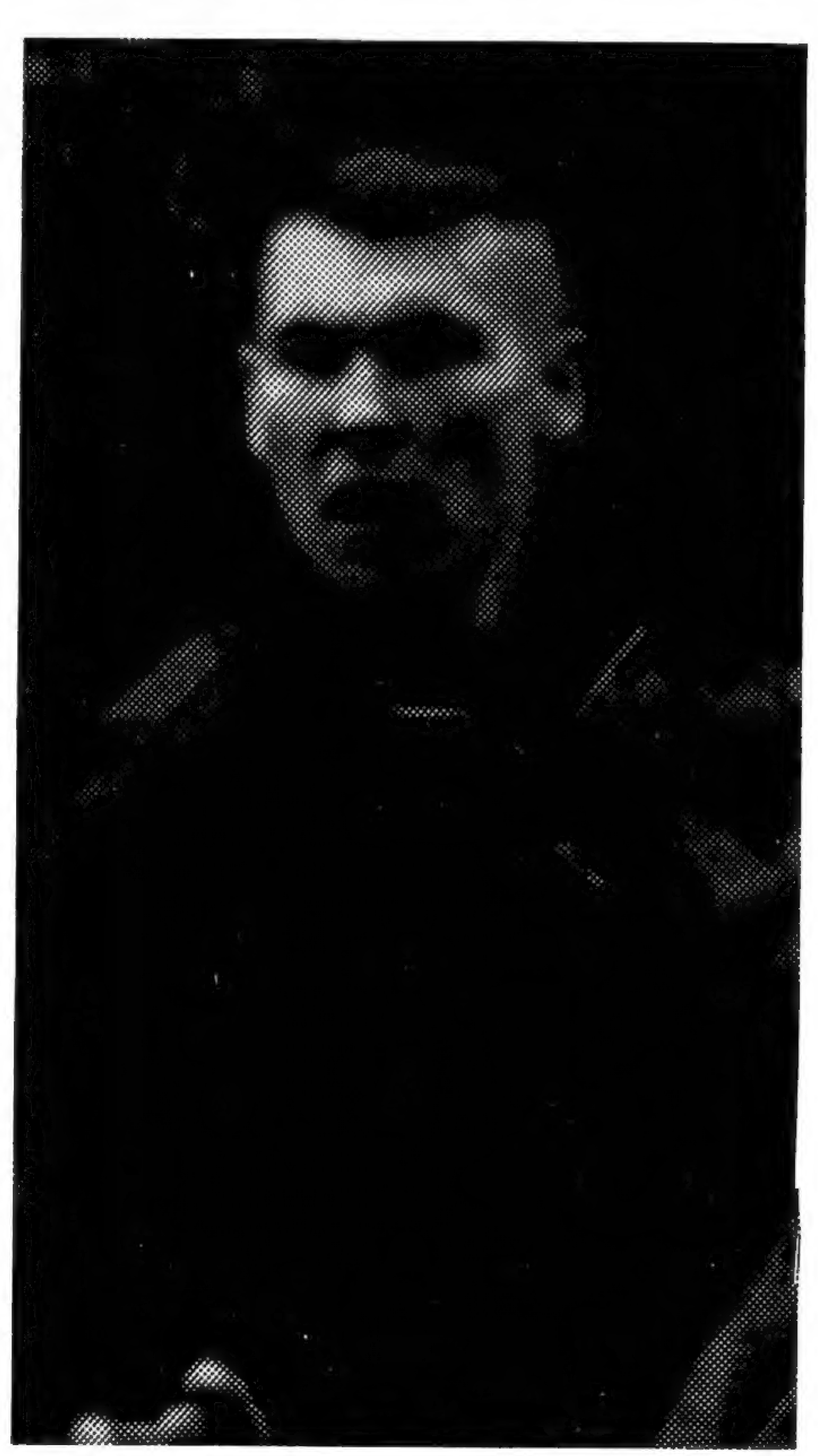
> 25.8.92
> Sehr verhasste Antifa-Jugendfront!
> Wir möchten Euch von der nun fast ausländerfreien Stadt Rostock grüßen. Was Ihr in Bonn fabriziert habt mit Euren 100 Mann ist ja lächerlich, hier ist es schön. Die Stimmung ist geil und wir lernen viel, z Bsp. was man mit Kanacken und Zecken so alles machen kann.
> Eure ANTI-ANTIFA BONN & FAP: INITATIVE GESAMTDEUTSCHLAND

*Gruß aus Rostock von Norbert Weidner und Dirk Wilbertz*

bemerkenswert. Mit Poststempel vom 23.9.92, aufgegeben in Bonn, flatterte mit "Herzlichen Glückwunsch" ein dreiseitiges Schreiben ein, in dem die Neonazis Aktionen gegen alternative und linke Organisationen und Einzelpersonen ankündigen. Im Wortlaut: "Über gewaltbereite Autonome, bürgerliche Antifaschisten, linke Medien oder Gegner überhaupt, werden wir künftig alle bekannten Daten speichern. Im Falle einer gegen uns gerichteten Aktion werden wir die Daten auszuwerten wissen, und uns auf die eine oder andere Art `bedanken'. Keine Provokation ohne Revanche!"Gegen die Urheber des "Anti-Antifa"-Drohbriefes haben in Bonn jetzt zahlreiche Organisationen wie der DGB und DIE GRÜNEN Strafanzeige gestellt.Diesem Beispiel sollten alle EmpfängerInnen dieses Schreibens folgen.

Absender dieser Dreistigkeit ist eine "Anti-Antifa-Bonn" mit dem Postfach 300126 in 5300 Bonn 3. Stolzer Besitzer dieses Postfaches ist der eitle **Norbert Weidner**, seit 2 Jahren FAP-Kreisvorsitzender in Bonn. Weidner, einige Male schon wegen schwerer Körperverletzung verurteilt und zur Zeit auf Bewährung, scheint in letzter Zeit endgültig Amok zu laufen. Mit seinem zu zwei Jahren Gefängnis verurteilten Kameraden **Dirk Wilbertz** (vor einem Jahr verurteilt und immer noch auf freiem Fuß) fuhr er nach Rostock, um dort tatkräftig zu organisieren. Er entblödete sich nicht, ein Interview mit "Report" zu geben und Postkarten an die Polizei und die Antifa-Jugendfront Bonn zu schicken: "Wir möchten Euch von der nun fast ausländerfreien Stadt Rostock grüßen. Die Stimmung ist geil und wir lernen viel, z.B. was man mit Kanacken und Zecken so alles machen kann". Absender "Anti-Antifa-Bonn", FAP und "Initiative Gesamtdeutschland".

Die narzißtischen Aktivitäten Weidners, der schon fast krankhaft versucht, alle Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, hat einen strategi-



*Postfachinhaber der "Anti-Antifa-Bonn": Norbert Weidner*

schen Nebeneffekt. Seine Hintermänner bleiben im Dunkeln. So z.B. der Unternehmersohn **Ralf Tegethoff** aus Bad Honnef, der von Hause aus über mehr als ausreichende finanzielle Mittel verfügt und nach wie vor zentraler Motor und Führer der Neonazis im Bonner Raum ist. Weidner wurde von dem öffentlichkeitsscheuen Tegethoff als Kreisvorsitzender der FAP eingesetzt.

Selbst wenn Weidner längst im Gefängnis sitzt: Mit Bestimmtheit wird Tegethoff aus dem Kreis der 50 - 80 rechtsextremen Bonner Aktivisten mit zusätzlich 150-180 Sympathisanten den nächsten Dummen für diesen Job finden.

## Anti-Antifa mit Tradition

In der aktuellen "Schwerpunkt-Ausgabe" von INDEX wird eine "Anti-Antifa"-Arbeit vorgestellt. In der zwölfseitigen Nr.29 von INDEX, dem Blatt der Nationalen Liste (NL), heißt es zur "Anti-Antifa-Arbeit": "Immer größere Kreise von Kameraden/Kameradinnen und Lesern des INDEX begreifen die Wichtigkeit dieser Aufklärungsarbeit und tragen uns Material zu. Wir wollen mit dieser Ausgabe einen ersten Überblick bieten, wie so etwas aussehen könnte, und einen Ansporn zu weiterer Unterstützung geben." Doch ist diese Arbeit keinesfalls neu. Am 1.Mai 1985 wurde das "Referat für Sicherheit" (RfS) gegründet. Leiter des Referates wurde der damalige Sektionsleiter West des "Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH), **Christian Malcoci** (29). Mitarbeiter des RfS waren **Hans Klärner**, **Oliver Bode** (heute DJBW), **Christian**




*Index, Zeitung der "Nationalen Liste" Hamburg.*

**Haas**, **Steffen Föll** und **Michael Krämer**, späterer Redakteur der rechtsintellektuellen "Jungen Freiheit" und Mitglied der REP sowie ÖDP. Rund 1200 Eintragungen über "DKP, MLPD, VVN, VVN/BDA, SDAJ, KPD, Linke Förderer und Hetzer, Die Grünen, Erkannte Fahrzeuge der Roten, Haus der Jugend, JUSOS, Linke Anarcho Punker, Treffpunkte und Büros der Roten" beweisen den "Erfolg" der Arbeit des RfS.

# Warum in die Ferne schweifen, wenn das Übel vor der Haustür liegt?

Nach dem diesjährigen Aufmarsch der militanten Rechten im thüringischen Rudolstadt, bzw. der Gegendemonstration im bayerischen Hof, stellt sich der antifaschistischen Bewegung die Frage, wie sie zukünftig auf derartige Aufmärsche reagieren will. Als Einstieg in diese Diskussion dokumentieren wir (leicht gekürzt) ein Flugblatt, das von Oldenburger und Bremer AntifaschistInnen veröffentlicht worden ist:

Wunsiedel - ein Wallfahrtsort, an dem alljährlich tausende von Pilgern einem Märtyrer huldigen? (...) In dem bayerischen Touristenstädtchen liegt der ehemalige Stellvertreter des "Führers" begraben, der Repräsentant einer besonderen Fraktion des Faschismus, der die Führerschaft seines Herrn und Meisters spirituell begründen half. Seine wirklichen Erben sind nicht die Organisatoren des "Aufmarsches" in Wunsiedel, sondern die **Rainer Langhanse** und **Rudolf Bahros**, die sich Adolf Hitler ebenfalls spiritistisch annähern.(...)

Für die Neo-FaschistInnen erhält **Hess** aus folgenden Gründen eine besondere Begründung: Seine Leiche ist an bekanntem Ort begraben. Hess repräsentiert von Beginn seiner politischen Karriere in der Thule-Gesellschaft und dem Freikorps Epp (mitverantwortlich für die Zerschlagung der kommunistischen Räterepublik in München) den Anti-Semitismus. Sein Engagement für die sogenannten "Nürnberger Gesetze", dem "Berufsverbot" für alle jüdischen Beamten ist historisch dokumentiert. Seinen persönlichen Haß gegen die "Schwulen" in der SA reagierte er mit starkem Engagement bei der Ermordung der "SA-Kameraden" während des sogenannten "Röhm-Putsches" 1934 ab. Hess eignet sich deshalb für die Mythenbildung der Neo-Faschisten, weil nur wenige Primärquellen seine Aktivitäten im Faschismus belegen. So wird er für den "schwulen" **Kühnen** genauso verwertbar wie für den "Schwulenhasser" **Friedhelm Busse**, dem Vorsitzenden der FAP.

Inzwischen können die Wunsiedler Aufmärsche als sinnvolle Ergänzung zu den Bayreuther Festspielen betrachtet werden und da gehören sie auch hin. Um einen antifaschsitischen Widerstand dort zu organisieren, muß übrigens nicht mit der unehrlichen Argumentation geworben werden, daß in Wunsiedel der "größte Aufmarsch" seit 1945 in der BRD stattfindet. Das ist objektiv falsch, wenn mensch sich vergegenwärtigt, daß einige Monate vorher bei den "Passauer Passionsspielen", um beim religiösen Jargon zu bleiben, die DVU tausende mehr in die Festhalle zwängen konnte.

Wenige tausend AntifaschistInnen werden gegen den Aufmarsch in Wunsiedel/Bayreuth vor Ort demonstrieren und zwar so, wie die bayerische Staatsregierung, die Oppositionsparteien und die polizeiliche Führung es zulassen. Es spricht nichts dagegen, die Faschisten, die sich am meisten die Wiederzulassung der NSDAP wünschen, bei ihrer Aufbauuarbeit zu stören und anzugreifen. Wer aber solche "Großveranstaltungen" wie eine Antifa-Demo in Wunsiedel organisiert, muß sich darüber klar sein, daß die Linke (wer immer das noch ist) über kei Konzept verfügt, die Polizei militärisch zu schlagen. Die Polizei, die dafür zu sorgen hat, daß die FaschistInnen ihr "demokratisches" Recht auf Versammlungsfreiheit nutzen können.

Erfahrungen mit den letzten "Großdemos" in Passau und auch in München waren Resignation und Ohnmacht. Schon im vergangenen Jahr waren ökonomische, physische und psychische Verschleißerscheinungen so stark, daß heute in keinem Aufruf mehr von "Verhinderungsaktion" gesprochen wird. Deshalb hat es keinen Zweck zu Großaktionen aufzurufen, die wie "Dinner for one" einem jährlichen Wiederholungszwang unterliegen, dabei aber nichts außer Präsenzpflicht verlangen und somit die Anzahl der Anwesenden über alle inhaltlichen Auseinandersetzungen hinweg an Bedeutung gewinnt. (...)

Die Geschichte von Wunsiedel ist nicht nur durch die jährlich steigende Anzahl der FaschistInnen geprägt, die dort leibhaftig aufmarschieren, sondern auch durch die wechselnden Bündnisse von AntifaschistInnen. Verschiedene Ansätze, eine "Massendemonstration" gegen die FaschistInnen auf die Beine zu bekommen, sind gescheitert. Oft genug war es der politische Opportunismus einzelner Organisationen, war es ein verbaler Anti-Faschismus oder das 'BürgerInnen schließt eure Fenster (Augen und Ohren) vor den Faschisten" des Wunsiedler Stadtrates. Weder GrünInnen, noch SozialdemokratInnen haben das stetige Anwachsen der FaschistInnen verhindert. Die parlamentarischen Parteien haben eher ein taktisches Verhältnis zum Antifaschismus. Die autonome Antifa wird von SPD und Grünen gleichermaßen bekämpft, man neidet ihnen die Fähigkeit tausende von Menschen mobiliesieren zu können. Im letzten Jahr wurden die Autonomen dafür mit Transparenten begrüßt, auf denen "Nazi und Chaoten nicht willkommen!" zu lesen war. Diese Forderung wurde von allen Parteien im Kommunalparlament unterstützt. (...)

Soll Widerstand gegen Neo-Faschismus in der Bevölkerung verankert sein, dann gibt es einen gewichtigen Grund, nicht zur Großdemo nach Bayreuth/Wunsiedel zu fahren. In den bürgerlichen Medien wird im Anschluß an die "Hess-Veranstaltungen" regelmäßig die Polizeiarbeit gelobt, die dafür gesorgt habe, daß die "Extremisten" keinen größeren Schaden anrichteten. Für manche ist es auch sehr beruhigend, in den Medien zu lesen, daß immer ein paar mehr AntifaschistInnen gegen die Neo-FaschistInnen demonstriert haben. Solange wie das so läuft, muß mensch sich auch keine größeren Sorgen machen. CDU-Innenminister Schäuble oder SPD-Vordenker Peter Glotz können sich weiterhin in die Reihe aufrechter AntifaschistInnen stellen. Nehmen wir diese Herren doch einmal beim Wort: warum gehen die denn nicht in Wunsiedel auf die Straße, wo sie doch so besorgt um den Bestand der Bonner Demokratie sind? Müssen wir für diese halbherzigen die "Putz"-Dienste übernehmen? Wir wollen keine Alibifunktionen übernehmen.

Die bundesweit organisierte Antifa-Arbeit kann nur so gut sein wie ihre Basis. Aufmärsche wie in Rudolstadt im August oder in Halbe im November sind bei gut funktionierender Antifa-Arbeit vor Ort - einerlei ob in Berlin (keine Metropolenherrschaft) oder Carolinensiel (der historische Faschismus organisierte sich vom Land her) - massiv zu verhindern. Wer weiß, von wo die Faschisten sich wie bewegen, hat etliche Möglichkeiten, die tatsächliche Teilnehmerzahl am Aufmarsch zu beeinflussen.

Außerdem: Ist es politisch überhaupt richtig, sich auf die "militanten Faschisten" als die "Drahtzieher im braunen Netz" zu konzentrieren? Was ist mit den Mitgliedern der "besten Gesellschaft", die in unseren Alltag viel stärker hineinwirken, wie der Lokalpolitiker der CDU, der behauptet, "Asylanten" würden die Umwelt verschmutzen, wie der Sozialdemokrat, der die "Ausländer" an ihren Köpfen packen will, wie der zartbesaitete Anthroposoph für den "Neger" Tiere sind, wie der "Freie Humanist", der die christliche Kirche verdammt und nur deutsche auf seinen ökologisch bestellten Waldfriedhöfen bestattet. Was ist mit dem alternativen Buchladen, der Bücher des Faschisten **Bruker** verhökert, der mit seiner "gesunden Ernährung" an unsere Körper will? Kommen wir den Dingen doch auf die Spur und bekämpfen wir ihre Beliebigkeit. Trennungslinien ziehen und polarisieren gegen die herrschende Ideologie. (...)

Wirkungsvoller Widerstand funktioniert nur, wenn er überall von vielen kleinen und kleinsten Gruppen praktiziert wird. Nur so können Aufmärsche der Neo-Faschisten, können alle Versuche von staatlicher Seite, uns eine Niederlage aufzudrücken, verhindert und unmöglich gemacht werden. Unser Konzept lautet: vor Ort aktiv werden gegen jeden Versuch, die mörderischen Schweinereien des Faschismus zu verharmlosen oder neu zu beleben.

Rosa Weiß

# Rechtsextremismus in Dänemark

**Mit einer Betrachtung der rechtsextremen Bestrebungen in Dänemark setzen wir unseren Überblick über faschistische und rassistische Bewegungen in unseren Nachbarländern fort.**

Völlig unbedeutend blieb Dänemarks Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) in der Zeit vor 1945. Nicht einmal ein Prozent der Wählerstimmen konnte sie in ihrer Hochphase auf sich vereinigen. Ihr damaliger Führer, Tierarzt **Frits Clausen**, war in den Augen der dänischen Bevölkerung nichts anderes als eine lächerliche Figur. **Christian Frederik von Schalburg** (1906-1942), Mitglied der DNSAP, Führer der Jungnazis und Kaptänleutnant der Garde, nahm die Gelegenheit wahr und eilte als Freiwilliger mit zahlreichen DNSAP-Angehörigen 1940 nach Finnland, um dort gegen die Sowjets zu kämpfen.

Zurückgekehrt und als Helden gefeiert, erfolgte am 9.4.1940 der Überfall deutscher Truppen auf Dänemark. Die Schalburgleute und andere begeisterte junge Dänen schlossen sich der Waffen-SS im "Frikorps Danmark" an. Frikorpschef Schalburg fiel am 2. Juni 1942 im Range eines Obersturmbannführers an der Ostfront. Dieser Tag wird auch heute noch von den dänischen Faschisten bedacht.

Neben dem Frikorps standen den Dänen hauptsächlich das SS-Regiment Nordland, die Organisation Todt, sog. Sommerkorps, Polizei und Hilfspolizei zur Verfügung.

Nach Kriegsende wurden ca. 12000 Kollaborateure angeklagt, ca. 700 freigesprochen und bis 1950 46 Todesurteile vollstreckt. Allerdings wurde dadurch auch in Dänemark weder die europaorientierte SS-Ideologie noch das sich mittlerweile etablierte SS-Untergrundnetz zerschlagen.

Die inzwischen legalisierten Traditionsverbände wie die HIAG und das Kameradenwerk Steiner e.V. faßten auch auf der nördlichen Halbinsel schnell Fuß. Diese Traditionsverbände sowie die Untergrundorganisationen schafften (und schaffen) wichtige logistische Voraussetzungen für ein weltweit operierendes Netzwerk der faschistischen Internationale. Das Kameradenwerk Steiner e.V., hat heute noch allein in Dänemark ca. 150 Mitglieder.

Infolge des ersten "Europäischen Nationalkongresses" am 12. Mai 1951 auf Malmö, an dem 60 Delegierte von allen faschistischen Organisationen Westeuropas, einschließlich exilungarischer Pfeilkreuzler teilnahmen, wurde 1952 in Kopenhagen die DNSAP, die bis 1970 vor sich hinvegetierte, neu gegründet. Im gleichen Jahr verließ der damals 21-jährige **Povl Heinrich Riis Knudsen** die DNSAP (Leiter war **Svend Salicaths**) und gründete die DNSU (Dänemarks Nationalsozialistische Jugend), die später in DNSB (Dänemarks Nationalsozialistische Bewegung) umbenannt wurde. Generalsekretär wurde **Hans Christian Krog Pedersen**.

## Danmarks Nationalsocialtiske Bewægelse (DNSB)

Das öffentliche Erscheinungsbild der 1984 gegründeten dänischen Nazibewegung wurde im Grunde genommen nur von ihrem selbsternannten "Reichsführer" P. H. Riis Knudsen geprägt. Anfangs stets begleitet durch seinen Schwager und Generalsekretär H. Chr. Krog. Pedersen, der später in Sörup bei Flensburg für Schlagzeilen sorgte, repräsentierte Knudsen die dänischen Nazis allein. Gelegentliche Auftritte seines Führungskaders waren unbedeutend.

Das Programm seiner Bewegung entsprach modifiziert dem 12-Punkte-Programm der NSDAP. Kern der Bewegung waren Mitglieder der A-Kategorie, Funktionäre mit Stimmrecht in der Größenordnung bis zu 100 Personen. Darüber hinaus gab es bis zu 900 Aktivisten ohne Stimmrecht in der B-Kategorie. Andere Einschätzungen liegen bei einer Mitgliederstärke bis zu 800 Personen.

Die Ziele der DNSB sind in der deutschen Ausgabe von "Notre Europe", ("Unser Europa") vom Juli 1984 (Herausgeber ist die ANS/Paris) wie folgt formuliert: "Mit Kontakten zu Basis-Bewegungen, Infiltration der Friedens- und Umweltschutzbewegung ... will DNSB-Leiter Kamerad Knudsen die dänische NS-Bewegung voranbringen, ... Dabei führt diese Taktik keinesfalls zur Abkehr von unseren Grundsätzen. Eindeutig bekannte sich Kamerad Knudsen zum Ziel des DNSB, die Gedanken Adolf Hitlers weiterzuführen, ...".

Am 5. November 1990 wurde die DNSB offiziell aufgelöst. In der letzten Ausgabe des internen Mitteilungsblattes "Kamptegnet" ("Kampfzeichen"=Hakenkreuz) werden Rücktrittsersuchen mehrerer Vorstandsmitglieder, desolate Arbeitshaltung und Geldmangel als ausschlaggebende Gründe angegeben, dem einzig anwesenden Vollmitglied zu empfehlen, den Antrag auf Auflösung zu stellen. Laut Protokoll geschah dieses unter Protest der nichtstimmberechtigten Aktivisten.

Tatsache ist, daß der damalige Organisationssekretär **Jörgen Nielsen** verurteilt wurde, dem Journalisten Bent Henius 15.000 Kronen Schadensersatz und dem Gericht 12.000 Kronen Prozeßkosten zu zahlen, da Henius durch Nielsen beleidigt wurde. Nielsen hatte in Anspielung auf die jüdische Herkunft von Henius über dessen verstorbenen Vater geäußert, dieser würde das Grundwasser des Kirchhofs mit seiner Asche verunreinigen. Da Nielsen selbst nicht zahlungsfähig war, eine Haftstrafe wurde ihm grundsätzlich auferlegt, hätte die DNSB zahlen müssen. Diese existiert nun nicht mehr und so konnte Riis Knudsen Henius Anwalt kurzerhand mitteilen: "Kein Geld!"

Doch damit war der Schachzug noch nicht beendet. Neu ist jetzt Danmarks Nationalsocialistiske "Bevaegelse ut 1991"

## Danmarks Nationalsocialistiske Bevægelse ut 1991

Waren in der alten DNSB die Rechte der Mitglieder noch nach Vorbild der NSDAP geregelt, so hat die DNSB vom 1.1.1991 klare Verhältnisse geschaffen. Der Vorstand, einmal bei Gründung gewählt, hat das absolute Sagen. Selbst die eigene Wiederwahl geschieht durch den Vorstand selbst und dieser setzt sich zusammen aus dem 1. Vorsitzenden **Jonni Hansen**, dem Kassierer **Henrik Asferg** und dem Führungsmitglied **Espen Kristensen**.

Hansen wiederum war von 1987 Mitglied im DDF und wurde 1989 wegen Beitragsrückstand ausgeschlossen. Hansen beteuert, daß die neue DNSB nichts mehr mit Riis Knudsen zu tun habe, dieser aber als Gastredner jederzeit willkommen sei.

In der Öffentlichkeit ist die DNSB/91 nur durch rassistische Aufkleber zu bemerken. Kurz betrachtet handelt es sich hier nur um eine Umorganisierung, umfinanziellen Konsequenzen aus dem Wege zu gehen.

## Partiet "De Nationale" (PDN)

Vorsitzender und Gründer dieser Nazipartei ist der Friedhofswärter **Albert Larsen**, Sørö. Larsen war früher Gemeinderatsmitglied für **Glistrups** Fortschrittspartei in Sørö und bis 1989 Informationschef für Knudsens DNSB. Die DNSB verließ er, weil Knudsen einen Griechen, der so Knudsen noch nicht türkisch vermischt wäre, in das Führungsgremium seiner Bewegung aufgenommen hatte. Programmatisch fordert die PDN die Abschaffung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände. Juden so Larsen dürften in Dänemark bleiben, wenn sie ihre Religion nicht ausübten, ansonsten sollten sie nach Israel deportiert werden. Türken und Pakistaner will er aus dem Land werfen. Darüberhinaus entspricht das PDN-Programm buchstabengetreu dem der DNSB.

Als am 6. Juni 1990 die in Pakistan geborene sozialistische Politikerin Lubna Elaki überfallen und zusammengeschlagen wurde, erklärt der jetzt 49jährige Larsen, er kenne die Täter und machte keinen Hehl aus seiner Sympathie für sie. Auch nachdem am 16. März 1992 eine Briefbombe den 29jährigen Familienvater Henrik Christensen von den Internationalen Sozialisten in Kopenhagen zerriß, meldete sich Larsen kurz darauf mit der Drohung zu Wort: Er wolle rechtsradikale Hilfstruppen der DVU nach Dänemark holen. Tatsächlich erschienen am 1. Mai ungefähr 20 bis 25 Skinheads und skandierten: "Juden raus" und "Ned med de röde" (Nieder mit den Roten). Ihr Auftritt währte jedoch nicht lange. Kopenha-

gens Arbeiterschaft hatte etwas gegen Rassisten.

## Den Danske Forening / Der Dänische Verein (DDF)

Der DDF gruppierte sich ursprünglich um Pastor **Søren Krarup** aus Ribe, Chefideologe der dänischen "Ausländer-raus"-Bewegung. Dessen Sichtweise ist in der Zeitschrift des Nordischen Ringes (1. Vorsitzender ist der Hamburger Neonazi-Anwalt **Jürgen Rieger**) wiedergegeben: "Es sind die scheinbar edlen Motive, die den Vertretern der Asylanten solche Macht über Politiker, Parteien und Kirchen verleihen, daß sie sich über unser Recht und Gesetz hinwegsetzen und sich jetzt schon wie eine Besatzungsmacht in einem fremdbesetzten Land aufführen. Sie haben zumindest Partei ergriffen - gegen die Dänen, gegen unser Volk. Und nun kommen sie und betteln, um uns noch weiterhin terrorisieren zu können! Darum: Keinen Pfennig!"

In den Konsequenzen unterscheidet sich Krarups Aussage nicht im geringsten von der hitleristischen DNSB. Jedoch die Akzeptanz der dänischen Gesellschaft gegenüber dem Pastor läßt erschrecken. So leidet er keinen Mangel an Einladungen zu Vorträgen. Beim südschleswigschen Verein in Glücksburg äußerte sich Krarup am 22.4.89 dann auch sinngemäß: "Aus meiner Sicht hätte man die Einwanderer Anfang der 70er Jahre nach Hause schicken sollen, als ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde. Aber man hat sie aus sog. humanitären Gründen hierbleiben lassen. Es wirkt für mich wenig human, Menschen mit verschiedenen Wesens- und Kulturansichten so zu verpflanzen."

Seit Anfang September 1991 fürchtet der Vorsitzende der DDF Prof. **Ole Hasselbalch** nunmehr einen internen Putsch von Seiten der dänischen Nazis ("Ekstra Bladet" vom 5.9.91). Anhaltspunkte dafür sieht er darin, daß auch der ehemalige DNSB-Chef Riis Knudsen nebst Adjudant **Hendrik Olling** versucht hat, in die Vereinigung biederer Ausländerfeinde einzudringen.

Nach Vereinssatzung dürfen Nazis nicht aufgenommen werden, was Herrn Hasselbalch jedoch nicht daran hinderte, Jütlands Naziführer H. Olling säuberlich auf einer Karteikarte zu erfassen. Von "Ekstra Blaset" darauf gestoßen, wird der natürlich ausgeschlossen. Die Namen zweier weiterer Top-Nazis, ebenfalls Mitglieder, mochte er gegenüber der Zeitung nicht nennen.

Inhaltlich würde ein "Putsch" durch die Neonazis nichts ändern. Und personell wurde vorgesorgt. Demokratische Vorstandswahlen gibt es im Verein nicht. Der Vorstand bestimmt sich aus dem Führungskader selbst. Nach Hasselbalch wären die Mitglieder nicht mündig genug, um bei etwaigen Vostandswahlen zu verhindern, daß DNSB-Leute die Führung übernehmen.

Unterwanderung und Vereinsdiktatur waren für den DDF-Landessekretär **Flemming Hammerild** Grund genug, dem Vorsitzenden den Krempel kurzerhand vor die Füße zu schmeißen. Gegenüber Journalisten äußerte er, Hasselbalch besitze eine Anleitung zum Bomen bauen.

Indessen mobilisierte Soeren Krarup weitere 32 Priester der dänischen Volkskirche gegen einen Parlamentsbeschluß, der es palästinensischen Asylbewerbern ermöglichte, trotz abgelehnter Asylanträge weiteres Aufenthaltsrecht in Dänemark zu erhalten. In ihrer Unterschriftenliste forderten die Priester die sofortige Ausweisung. Unterstützt wurden diese sauberen Christen von der NPD.

## Nationalpartiet Danmark (NPD)

Aufgrund von Unstimmigkeiten in "Den Danske Forening" gründeten Mitglieder im Februar 1990 die Nationalpartei Dänemarks. Vergleichbar ist diese Organisation mit den

**Porträt:**

## Povl Heinrich Riis Knudsen

Geboren wurde er am 28.10.1949. Der Vater, ein SS-Freiwilliger (Hauptscharführer) benannte seinen Sohn mit dem zweiten Vornamen nach Heinrich Himmler.

1968 machte Riis Knudsen in Silkeburg sein Abitur mit Auszeichnung und erhielt 1973 an der Universität Aarhus einen Lehrauftrag zum Themengebiet "Ältere deutsche Literatur". 1977 wechselte er zum Aalborger UniversitätsCenter. Verheiratet ist Riis Knudsen mit **Annette Pedersen**, Tochter des SS-Freiwilligen **Henry Krog Pedersen** und Schwester von **Hans Christian Krog Pedersen**, früherer Generalsekretär der DNSU.

1970 verließ Riis Knudsen die DNSAP und gründete die DNSU, die 1984 in DNSAB umbenannt wurde.

Der selbsternannte Reichsführer Knudsen fand von Anfang an die Unterstützung ehemaliger SS-Leute, die ihm halfen, eine internationale Größe zu werden. Insbesondere **Thies Christophersen**, ehemaliger Auschwitzaufseher und Verfasser der "Auschwitz-Lüge" nahm sich seiner an.

Neben zahlreichen öffentlichen Auftritten u.a. beim reichtsag zu Flensburg 1975, organisiert durch **Manfred Roeder**, wurden Knudsens Aktivitäten zunehmend konspirativer. Noch im selben Jahr lud er zu einem geheimen WUNS-Treffen (Weltunion der Nationalsozialisten) nach Aarhus ein. Laut "Revue" nahm an diesem Treffen, auf dem die Durchführung von Anschlägen auf die BRD beschlossen wurde, auch der Kreis um



**Wilhelm Wübbels** (Neugründung der NSDAP) teil. Zu einer weiteren Tagung, an der auch der Deutsch-Amerikaner **G. Lauck** und der Mainzer **Müller** teilnahmen, kam es 1977, wiederum im Keller Knudsens.

Im September und Oktober 1977 explodierten dann Bomben vor dem Flensburger und Hannoverschen Amtsgericht.

"Reichsführer" Knudsen verschickte zwischenzeitlich Propagandamaterial nach Deutschland, u.a. die NSDAP/AO-Zeitung "Wille und Weg". Nach mehreren Hausdurchsuchungen 1977 und 1978 verlegte Knudsen sein Hauptquartier nach Aalborg. Dort unterhält er bis heute eine gutgehende Druckerei, mit der er die deutsche Neonaziszene mit einschlägigen Pamphleten versorgt.

1979 wurde er Generalsekretär der WUNS und trat mit seiner DNSB 1986 der "Europäischen Bewegung" bei. nachdem diese 1987 in der WUNS aufgeht, übernimmt Knudsen auch deren Vorsitz.

Anfang 1990 (die Vereinigung beider deutschen Statten zeichnet sich ab) trifft sich nahe des Exilwohnortes Thies Christophersens im dänische Kollund die Spitze der NSDAP/AO. Neben dem US-Amerikaner Garry Lauck (Vorsitzender) sind auch **Michael Kühnen** und **Christian Worch** anwesend. Nicht so Riis Knudsen, der sich jedoch - bestens informiert - medienwirksam distanziert. Kühnens Konzept, nach Nordirischem Vorbild die Wiederherstellung eines "Nationalsozialistischen Großdeutschlands" und einer legalen NSDAP durch 1. eine legitime Wahlpartei ("Deutsche Alternative") und 2. durch eine Untergrundarmee zu erreichen, lehnt er strikt ab. Zumindest öffentlich.

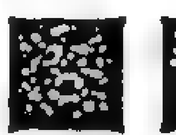
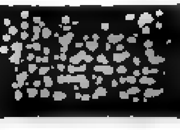
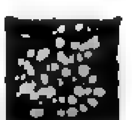
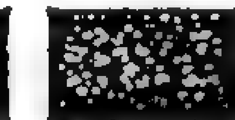
Knudsen ist zur Zeit Kontaktmann der "Revisionisten" und Wunsiedelmarschierer in Dänemark. Sein Handel mit NS-Propagandamaterial, hergestellt im eigenen Nordland-Veralg, floriert. Mit Thies Christophersen, der weiterhin weltweite Revisionistentreffen organisiert, intensiviert er die Zusammenarbeit.

Nachtrag: Nachdem Knudsen mit einer 20 Jahre jüngeren Palästinenserin angebändelt hat, ist er aus dem DNSB ausgeschlossen worden. Seine Unterlagen sollen sich derzeit bei J. Hansen befinden. Seine Gesinnung hat Knudsen jedoch nicht geändert, schließlich handele es sich bei der Palästinenserin um eine "Weiße".

"Republikanern" in der BRD. Der Vorsitzende **Kai Bolvig** formulierte die Parteiziele: "Lög og orden" (Gesetz und Ordnung) und gegenüber Danmarks Radio sinngemäß: Die Idee der Nationalpartei ist, alle Fremdarbeiter nach Hause zu schicken und die weitere Einwanderung zu stoppen."

Dementsprechend platt sind auch die Parolen der von der NPD verbreiteten Aufkleber: "Bekämpft den Islam - Schickt die Muslims heim", "Nein zur Moschee" usw.



Send muslimerne hjem!

Stat
Nationalpartiet-Danmark
BBC Postbox 51 - Vesterbrogade 208 - 1800 Frb. C.
Tlf.: 31 60 51 26 - Giro 2 71 23 34

*NPD-Aufkleber*

Sitz dieser rassistischen Vereinigung ist Kopenhagen. Unter der gleichen Adresse trat vor der NPD-Gründung die rechtssradikale Gruppe "Patriotene" (Patrioten) auf. Auch inhaltlich gibt es keine Unterschiede zu dieser Gruppe, die u.a. formulierte: "Stoppt die Einwanderung, wir lieben unser Land, schickt die Fremden nach Hause".

## Fremskridtspartiets - Fortschrittspartei

Gegründet wurde diese Partei am 28.8.1972 von dem Steuerrebellen Mogens Glistrup gegen das dänische Steuerzeichen. Im Laufe der Jahre rückte Glistrup immer weiter nach rechtsaußen und propagierte "Dänemark den Dänen". Dabei geriet er in der eigenen Partei ins Abseits. Folglich trennte man sich 1991. Der jetzt 66jährige gründete prompt die "Trirselspartiet" (Partei des allgemeinen Wohlbefindens).

Glistrup neigt zu exotischen Parteikonstrukten. Schon einmal wollte er eine Gedeihens-Partei gründen. Noch exotischer und bizarrer sind seine Allianzen.

Um die nötigen Unterschriften für die Wahlzulassung seiner Gedeihens-Partei zu sammeln, ging er mit dem Seeleute-Boß **Preben Møller Hansen** zusammen. Møller Hansen entstammt der Kommunistischen Partei und setzte ebenfalls auf Fremdenfeindlichkeit.

## Schlußbetrachtung

In seiner Größenordnung ist der organisierte Neofaschismus in Dänemark, gemessen an den großen europäischen Staaten, kaum nennenswert. Zu tief sitzt der Schock deutscher Besatzerstiefel im Bewußtsein der Bevölkerung.

Nazismus als importiertes und verwerfliches Gedankengut stößt auf breite Ablehnung bis in Kreise hinein, die in der Bundesrepublik mehr oder weniger offen mit den Neonazis sympathisieren.

Dennoch, Untersuchungen haben gezeigt, daß es auch hier das gleiche Potential an Menschen mit festem rechtem Weltbild gibt, wie im übrigen Europa.

Konzentrierte sich der Antifaschistische Block bisher vornehmlich auf nationalsozialistische Gruppen, ist in der letzten Zeit ein tiefer Schnitt in diesem Lager gezogen worden. Mehr und mehr wird Position gegenüber dem schleichenden Faschismus unter dem Deckmäntelchen der Liberalität bezogen. Gruppierungen, die die Bestrebungen ausländerfeindlicher Organisationen nicht bekämpfen wollen, geraten zunehmend ins Abseits.

Auch im dänischen Königreich haben Neonazis rapiden Zulauf. Ihr gut funktionierendes Untergrundnetz ist für die "Großdeutsche Nazibewegung" von großer Bedeutung. Dänemark hat die gleiche Funktion wie die Schweiz. Es ist auf Grund liberaler Gesetzgebung logistisches Hinterland und Brückenkopf nach Skandinavien, Großbritannien und Nordamerika.

Unmengen faschistischer Schriften werden in Dänemark gedruckt über Dänemark nach Deutschland geschmuggelt. Zahlreiche konspirative Treffen von der HIAG bis zur NSDAP/AO wurden dort durchgeführt oder geplant. Von den Behörden unbehelligt verziehen sich deutsche Nazis, wie **Thies Christophersen** ins dänische Exil und verbreiten von dort ihre Propaganda weiter.

Dänemarks Naziorganisationen sind integraler Bestandteil der internationalen Veflechtungen auf allen Ebenen. Feste Verbindungen bestehen u.a. auch zur WikingJugend, zur ANSE (Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände), zur Druidenloge in Kassel, zum Nordischen Ring, zur AUD usw. Desgleichen in die Skandinavischen Länder: So waren dänische Nazis mit dabei, als der norwegische Faschistenführer **Arne Myrdal** 1989 ein Sprengstoffattentat auf Einwanderer plante. Dänische Nazis marschierten dieses Jahr in Rudolstadt (Thüringen) mit. Und auch in Kroatien sind sie als Söldner anzutreffen.

Über Dänemark reisen deutsche Nazis zu Wehrsportübungen nach Schweden. Über Dänemark wurden Fluchtwegge organisiert oder Verbindungen zu **Ernst Zündel** in Kanada oder zu **G. Lauck** in den USA aufrecht erhalten.

Die antifaschistische Bewegung in Dänemark ist nicht mehr bereit, dies hinzunehmen. Vor dem Hintergrund rassistischer Krawalle in "Großdeutschland" mehren sich die Stimmen für klare Fronten gegenüber Faschismus und Rassismus.

"Es ist an der Zeit."

## Antifa Wiesbaden

"Unsere Antifa-Gruppe hat in den letzten Wochen und Monaten einige interessante Infos über zwei bisher recht unbekannte Nazis aus dem Rhein-Main-Gebiet gesammelt.

Es handelt sich um **Michael Petri** ... aus Hochheim und **Stephan Cumic** ... aus Wiesbaden. Beide sind hier führende Aktivisten der GdNF. Petri ist seitkurzem Landesvorsitzender der



*Petri, Reisz, Cumic (von links nach rechts)*

rheinland-pfälzischen "Deutschen Alternativ", die im Raum Mainz aktiv ist.

Cumic ist seit Mitte der achtziger Jahre in der GdNF aktiv. Der "Neuen Front" Nr. 76 November/Dezember 1990 entnehmen wir, daß er Beisitzer im Landesvorstand der hessischen FAP war. Nach deren Auflösung bzw. Umbenennung in "Deutsches Hessen" war er in dieser Gruppe in führender Position. Für den 7. März 1992 meldete Cumic in Mainz eine Demo zum Thema "Miultikultur - Nein Danke!" an. Petri war auf den Einladungen zu dieser Demo neben den bekannten Faschisten **Heinz Reisz** und **Chhristian Worch** als Redner vorgesehen. Die Demo wurde kurzfristig verboten, nachdem die Antifa Mainz/Wiesbadenmassiv dagegen mobilisierte. Die Nazis konnten dann nur eine Kundgebung auf einem Rheindampfer mit ungefähr 100 Personen durchführen.

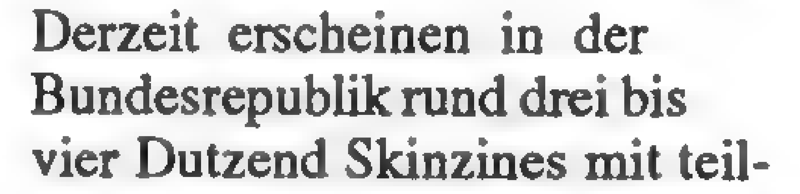
Für den 19. September organisierte Michael Petri eine Saalkundgebung der DA-Rheinland-Pfalz in Schifferstadt. Er war wieder, neben Worch und dem sächsischen DA-Vorsitzenden **Roman Dannenberg**, als Hauptredner angekündigt. zu dieser Veranstaltung kamen ungefähr 60 Nazis. Petri versuchte mit diesen Kundgebungen, weitere Stützpunkte für die GdNF in Rheinland Pfalz aufzubauen. Wir betrachten diese beiden Faschisten als gefährliche Hauptagitatoren der Neo-Nazis in Hessen und Rheinland-Pfalz. Sie verfügen über gute Kontakte zu bundesweit bekannten Faschisten. Cumic ist in der "Neuen Front" Nr. 79, September 1992 auf einem Foto mit dem tödlich verunglückten Chef der "Sauerländer Aktionsfront", **Thomas Fink**, dem NSDAP/AO-Leiter **Gerhard Lauck** und dem Chef der "Nationalen Liste" Christan Worch abgebildet. Dieses Foto, an einem nicht bekannten Ort aufgenommen, ist ein Beweis für bundesweite und internationale Kontakte dieser Neo-Nazis. (...) Wir werden die genannten Persionen und ihre Aktivitäten im Auge behalten. (...)".

Sönke Braasch

# Skinzines: Vom "Aktivist" bis zum "Totenkopf"

Skinzines, dieser englische Name ist eine Verballhornung der beiden Substantive Skin und Magazine, haben eine wichtige Informations- und Kommunikationsfunktion innerhalb der Glatzen-Szene. Die Skinzines sind meist einfach gemachte Heftchen im DIN A 5- oder A 4-Format, 20 bis 30 Seiten im Umfang stark und mit einer Auflage von einigen hundert Exemplaren. Spitzenreiter sind hier die erfahrenen Macher des "Ketzerblatt FRONTAL". Der Vorgänger "Querschläger" aus dem FAP-Umfeld war in den späten 80er Jahren ein Kultblatt der rechten Skin-Szene, mit einer 800er Auflage. Die Lebensdauer der Skinzines beträgt häufig nur wenige Ausgaben, ihre Erscheinungsweise ist unregelmäßig, meist nur zwei Nummern pro Jahr.

Skinzines gibt es hier bereits seit Anfang der 80er Jahre. Vorbildfunktion haben die britischen Skin-Fanzines. Eines der frühesten Blättchen war die West-Berliner "Attacke", mitherausgegeben von **Andreas "Pole" Pohl** (32), damaliger Trommler der Skinband "Kraft durch Froide". Pohl, inzwischen führender Funktionär und Ortsgruppenleiter der neonazistischen "Nationalistischen Front" (NF), stieg 1988 endgültig aus der Skin-Szene aus. "Zu Skins oder Hools", so Pohl in einem Interview mit dem 23jährigen NF-Mitglied **Andreas Gängel** in dessen "Endsieg. Das Zine der nationalistischen Bewegung", halte er nur dann "Verbindung, wenn sie wirklich politisch aktiv sind." Das älteste bestehende Skinzine in der Bundesrepublik ist "Clockwork Orange" - benannt nach dem gleichnamigen Kultfilm von Stanley Kubrick - aus Coburg, Bayern. Es erscheint, mit Unterbrechung, seit Januar 1984. Herausgeber **Ulrich Großmann** alias **Uhl** versteht sich als Chronist und Kommentator der gesamten Skin-Bewegung. 1987 lieferte Uhl zwei Beiträge für das Themenheft "Skinheads. Buhmänner der Jugendkultur" von NATION EUROPA (NE), dem ältesten rechtsextremen Periodikum der Bundesrepublik. Im Vorwort wies NE-Herausgeber **Peter Dehoust** (56) die Richtung: "Wir müssen uns dieser jungen Deutschen annehmen und froh sein, daß es nichtangepaßte junge Deutsche gibt. Unsere Aufgabe ist es, sie für das Volksganze und einen freiheitlichen Rechtsstaat zu gewinnen zu versuchen, ihnen den Weg dahin zu zeigen." Neben dem Beitrag "Ausländer jagen Deutsche" pries Uhl in dem Artikel "'Rock für Deutschland'" das "Rock-O-Rama"-Label von Plattenproduzent **Herbert Egoldt**. Egoldt produziere "antikommunistische und nationalistische Bands" und unterhalte den einzigen unabhängigen Plattenladen, der nicht "fest in der Hand linker Plattenhändler" sei. Gegen Egoldt, der im übrigen auch NPD-Mitglied und Sympathisant der FAP sein soll, erstattete die Kreisvereinigung Bonn der VVN-BdA 1986 eine Strafanzeige. Erfolg war der Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß jedoch keiner beschieden.



*Selbstdarstellung*

Derzeit erscheinen in der Bundesrepublik rund drei bis vier Dutzend Skinzines mit teilweise martialischen Namen wie "Nahkampf", "Schlachtruf", "Oi - Deutsches Echo", "Proissens Gloria", "Der Aktivist" und "Radi-Kahl". Aber auch im europäischen Ausland gibt es die begehrten Heftchen; beispielsweise "Luz del Norte" in Spanien, "Nordikfist" in Norwegen und "Boot Boys" in Schweden, "Stahlfront" und "White Pride" in Österreich, "Kriminal Klass" in Italien, "Totenkopf" in der Schweiz sowie "Blood & Honour" in England, dem Mutterland der Skinheads. "Blood & Honour" umfaßt ein ganzes Netzwerk an Aktivitäten, die von **Ian Stuart Donaldson** gebündelt werden. Neben dem Management der 1977 gegründeten und wohl bekanntesten faschistischen Skin-Gruppe "Skrewdriver" veranstaltet "Blood & Honour" regelmäßig "Rock Against Communism" (RAC), Festivals in ganz Europa mit zahlreichen Skinbands vor teilweise weit über tausend Zuhörern.

In der Machart sind sich die Skinzines weitgehend ähnlich. Konzertberichte und Interviews mit Bands nehmen den größten Raum ein. Kurzbesprechungen von anderen Zines mit Tips, unter Angabe von Preis und Bestelladresse, schlecht reproduzierte Photos sowie Grüße, Kontakte und Kurznachrichten finden sich überall wieder. Unterschiede gibt es in der politischen Ausrichtung. Während die einen mit Politik gar nichts zu tun haben wollen und stattdessen ein bloßes Lebensgefühl propagieren, nutzen andere das Medium als agitatorische Plattform. Eine einfach zusammengestückelte Ideologie um die Versatzstücke AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus tritt dabei an das Tageslicht. Bezüge zum Neonazismus werden dabei nicht nur an den Aufrufen zum Rudolf-Hess-Gedenkmarsch deutlich. Zahlreiche Macher von Skinzines sind zudem Mitglieder und Aktivisten in neonazistischen Organisationen wie der FAP, der "Ruhrfront", der NF und der "Nationalen Offensive" (NO). Noch 1990 wird im Verfassungsschutz des Bundes nur ein einziges "eindeutig rechtsextremistisches Skinhead-Magazin", "White Power", erwähnt. Ende 1991 rücken die rechtsextremen Skinheads dann in das Blickfeld der Verfassungsschützer. Die Landesämter Baden-Württemberg und Niedersachsen legen zwei über weite Teile identische Broschüren zum Thema Skinheads vor.

Aus presserechtlichen Gründen erscheinen die Skinzines nicht als Publikationen im Sinne des Presserechts, sondern als Rundbrief zum Selbstkostenpreis. Zudem wird pauschal darauf hingewiesen, daß strafrechtlich relevante Inhalte bloße Ironie darstellen. Ein durchsichtiges Manöver, auf das keine Staatsanwaltschaft hereinfallen dürfte.

## Werbung für Söldner in Kroatien

Die Beziehungen zwischen Neonazis / Rechtsextremisten und Werbung für Söldner für Kroatien sind eindeutig bewiesen worden. Im November 1991 gab es eine Anzeige in der Zeitung, in der das "Niederländisch-Kroatische Arbeitskollektiv (NKW)" nach "Freiwilligen für das Ausführen von aktiven militärischen und humanitären Aufgaben in Kroatien" fragte.

Nederlands Kroatische Werkgemeenschao vraagt VRIJWILLIGERS voor het uitvoeren van actieve militaire en humanitaire taken in Kroatië. Mil. ervaring gewenst. Roept Ned. en de wereldgemeenschap op om Kroatië en Slovenië te erkennen. NKW, Postbus 256, 8470 AG Wolvega, telef. 05619-399 of 01640-40715.

Die drei Gründer dieses Kollektivs kommen aus der neonazistischen Szene: **Douwe van Bos**, 34 Jahre alt, Mitglied der "Centumpartij" (CP), später der Centrumdemocraten (CD), schreibt für Revolte, die Zeitung des "Vlaamse Blok". **Broer Wiersma** war Vorsitzender der flämischen neonazistischen Organisation "Voorpost", später Mitglied der CD. Er wird auf der Versandliste der Zeitschrift "Consortium de levensboom" der "schwarzen Witwe" **Rost van Tonningen** aufgeführt. Wiersma war auch stellvertretender Vorsitzender des NKW Sint Maartenfonds, eine Organisation vom flämischen ex-SSlern und Ostfrontkämpfern, die auch heute noch nazistische Propaganda macht. **Henk de Roode**, war Mitglied der CP und gründete 1989 die politische Partei "Realisten Nederland". Das sind schon die wichtigsten der 15 Mitglieder des NKWs. Fünf Mitglieder des NKWs sind gleichzeitig Mitglied in der "Apèl Bestrijing Criminaliteit" (ABC; freie Übersetzung: Union zur Bekämpfung der Kriminalität). Die ABC wurde 1974 gegründet. Seit 1987 ist Douwe van der Bos Vorsitzender der Organisation. Seit dieser Zeit ist die ABC eine offen neonazistische Organisation. Seit Oktober 1989 ist auch **Jan Kruls** Mitglied. Jan Kruls ist ein Altnazi (Mitglied der Nationalsozialistischen Bewegung - NSB)und war Generalsekretär der Northern League. In der Northern League treffen sich die niederländischen Atnazis wie Florie Rost van Tonningen mit Neonazis wie **Martin Freling**, der im Adressbuch von Kühnen aufgeführt war.

*Antifa Utrecht*

Ulrike R. Kreutzer

# Za dom spremni: Für die Heimat bereit

**Bei der Behandlung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien blieben die Aktivitäten kroatischer Extremisten im Ausland bislang weitgehend unbeachtet. Doch hat sich lange vor Ausbruch der Feindseligkeiten ein weltweites Netzwerk rechtsextremistischer kroatischer Organisationen gebildet. Ein Schwerpunkt liegt in der (alten) Bundesrepublik.**

Im Februar 1974 wurde in Toronto (Kanada) als Dachorganisation der kroatischen EmigrantInnen der "Kroatische Nationalrat" (HNV) gegründet. Dessen Ziel ist die Wiederherstellung des "unabhängigen Staates" Kroatien in seinen ethnischen Grenzen, also des historischen "Unabhängigen Staates Kroatien" des Poglavnik **Ante Pavelic**. Alle zwei Jahre wird das höchste Organ des Verbandes, der Sabor, gewählt. Von dessen 30 Mitgliedern stammen sieben aus der Bundesrepublik Deutschland, inzwischen je zwei aus Bayern und Baden-Württemberg. Publikationsorgan des HNV ist die unregelmäßig erscheinende Publikation "Vjesnik" (Bote).

Koordinator der rund 15 Ortsgruppen des HNV in der Bundesrepublik ist der Stuttgarter Kaufmann **Petar Hinic** (54). Der Multifunktionär Hinic ist seit Januar 1980 Vorsitzender des "Kroatischen Koordinationsausschusses der Vereinigung der Ortsausschüsse des Kroatischen Nationalrates in der Bundesrepublik Deutschland e.V.", Stuttgart, zweiter Vorsitzender der "Kroatischen Kulturgemeinschaft e.V.", Stuttgart, und Mitglied des lokalen Koordinationsausschusses der Kroatischen Vereine in Stuttgart. Organisationen wie der HNV rufen zu Demonstrationen und Spendenaktionen auf. Bei den Veranstaltungen des HNV, u.a. zum Gedenken an den Gründungstag des "Unabhängigen Staates Kroatien" am 10. April 1941, nehmen auch VertreterInnen des obskuren rechten Schillerinstitutes - 1984 auf Initiative der Vorsitzenden der Europäischen Arbeiterpartei (EAP), **Helga Zepp-LaRouche**, gegründet - teil. Dessen Solidaritätsaufruf unter dem Titel "Tut endlich was für Kroatien" wurde auch vom ehemaligen Leiter des MAD der Bundeswehr, General a.D. **Albert Scherer**, mitunterzeichnet. In den Spendenaufrufen "wird den Spendern nicht verschwiegen", so der aktuelle Verfassungsschutzbericht von Baden-Württemberg, "daß die Gelder teilweise auch für den Kauf von Waffen zur Unterstützung kroatischer Einheiten verwendet werden sollen." Bei der Waffenbeschaffung für die kroatische Nationalgarde und die in der Ustascha-Tradition stehenden HOS-Einheiten spielt die Bundesrepublik eine entscheidende Rolle. So hob das Landeskriminalamt Stuttgart kürzlich einen Waffenhändlerring in Stuttgart aus. Bei einer Durchsuchung im Mai, mit Schwerpunkt in den Landkreisen Tuttlingen und Rottweil (Baden-Württemberg), wurde ein umfangreiches Waffenarsenal samt Kriegswaffen beschlagnahmt. In Tuttlingen wohnhaft ist im übrigen auch der Schatzmeister des Koordinationsausschusses der HNV-Ortsgruppen in der Bundesrepublik, **Bozidar Lovrekovic**.

Ebenfalls in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart ist das im Februar 1991 gegründete "Kroatische Büro", das erste Auslandsbüro der Republik Kroatien, ansässig. Es wird von der stellvertretenden Vorsitzenden der HDZ (Hrvatska demokratska zajednica; Kroatische Demokratische Gemeinschaft), **Zdenka Babic**, geleitet. Sie ist durch ihre Vorstandsarbeit in den einschlägigen kroatischen Vereinen Stuttgarts bekannt. Im Vorstand der "Kroatischen Kulturgemeinschaft e.V." wurde sie im April 1992 von dem oben genannten Petar Hinic abgelöst. Die Kontakte des Kroatischen Büros reichen bis in den Bereich des organisierten Neonazismus. In "Perserverance. Hungarian Nationalist and Socialist Bulletin in the Service of Co-Nationalism", Ausgabe Nr. 2 vom 15. Februar dieses Jahres, ruft der deutsch-kanadische Revisionist **Ernst Zündel** zur Hilfe für Kroatien auf: "Anyone wanting to help the Croatiens in their current flight should call the Croatien Büro in Stuttgart, Germany (...) and ask for Mrs. Zdenka Babic, offer any assistance you can! They deserve it!" Vor laufender Kamera wollte sie dem Süddeutschen Rundfunk eine Involvierung des Kroatischen Büros in Waffenlieferungen für Kroatien jedoch nicht zugeben.

**GEFALLEN FÜR UNSER EUROPA**

**Auf dem Kriegsschauplatz Kroatien ließ der französische Kamerad**

**Mario REHOR**

**(16 ½ Jahre alt)**

**für unseren Traum eines freien und antityrannischem Europa sein Leben.**

*Fast noch ein Kind-Opfer einer mörderischen Ideologie*

Neben den internationalen Waffenlieferungen, vor allem aus Kanada, Argentinien und der Bundesrepublik Deutschland, treffen auch Kombattanten aus 37 Nationen, unter deutscher Führung, in den umkämpften Gebieten auf der Seite kroatischer Truppen ein. Die Kroatischen Einheiten lassen sich in die Kroatische Nationalgarde und die HOS (Hrvatske odbrambene snage; Kroatische Verteidigungskräfte) aufteilen. Der HOS, militärischer Arm der HSP (Hrvatska stranka prava; Kroatische Partei der Rechte) unter dem Vorsitzenden **Dobroslav Paraga**, kommt dabei die größte Unterstützung zuteil. Die Uniformen der HOS-Kombattanten sind mit den Symbolen und dem Gruß ("Za dom spremi"; Für die Heimat bereit) der Ustascha gekennzeichnet. Unter den Neonazis in Kroatien finden sich der ehemalige Kühnen-Vertraute **Thomas Hainke**, Bielefeld, der sich mit seiner militärischen Auszeichnung für 16 erschossene Serben brüstet, sowie **Michel "Leloup" Faci**, einstiger Weggefährte Jean Marie Le Pens.

Umgekehrt besuchte Dobroslav Paraga, für den sich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in den 80er Jahren eingesetzt hat, im Sommer dieses Jahres Hannover.

**Katharina Hinic**, einzige Tochter von Petar Hinic, fungiert als Geschäftsführerin des lokalen "Kroatischen Studentenvereins an der Universität Mannheim e.V.". Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins ist **Mario Grcevic** (23), der nach eigenen Angaben Mitglied des "Republikanischen Vereins **Ante Starcevic**"* (Sitz in Stuttgart) ist. Grcevic schreibt für die "Vecernji List" (Das Abendblatt). Über diese Tageszeitung schreibt **Mladen Schwartz** (45) in der Mai/Juni Ausgabe von "Criticón": "(...) eine gut redigierte und informative Mischung aus Tudjman-Propaganda und unabhängigen Positionen, letztere vor allem durch brillante rechtsnationale Federn". Mladen Schwartz, gebürtiger Kroate, publiziert nicht nur regelmäßig in der rechtskonservativen "Criticón", sondern auch in der "Deutschen National-Zeitung" (DNZ). Jüngst erschien im nationalrevolutionären Verlag Siegfried Bublies, Koblenz, das 148-seitige Buch "Das kroatische Trauma". Koautor des 1973 in die Bundesrepublik emigrierten Schwartz ist u.a. Prof. Dr. med. **Hrvoje Lorkovic**, Universität Ulm. Lorkovic ("Kroatien: Letztes Opfer des Kommunismus oder Schlachtlamm des Westens?") und Schwartz schreiben regelmäßig für das im Verlag Siegfried Bublies erscheinende Periodikum "wir selbst".

* Ante Starcevic, kroatischer Politiker 23.5.1823 - 28.2.1896. Starcevic versuchte "mit pseudowissenschaftlichen Argumenten nachzuweisen, (...) daß es in der Vergangenheit 'keine Spur eines serbischen Volkstums, keine serbische Literatur und keine serbische nationale Geschichte' gegeben habe".

## Führungswechsel

Auf dem am 8. August in Kemmem bei Oranienburg abgehaltenen Sonderparteitag der "Nationalistischen Front" fand ein Führungswechsel statt. Der bisherige Vorsitzende **Meinolf Schönborn** wurde durch **Andreas Pohl** ersetzt. Gegen Schönborn und einige andere NF-Mitglieder ermittelt das BKA wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung so daß vermutet werden kann, daß mit dem Führungswechsel die NF als Organisation aus der Schußlinie des BKA genommen werden soll.

Peter Kratz

# Bahros "grüne Adolfs"

## Die "Neue Rechte" an der Berliner Humboldt-Universität

Für viele Linke, besonders aus den neuen Bundesländern, ist Rudolf Bahro immer noch ein politischer Hoffnungsträger für einen Sozialismus "mit menschlichem Antlitz". Für die "neuen sozialen Bewegungen" ist er ein Haupttheoretiker geworden. Seine Vorlesungen an der Berliner Humboldt-Universität sind überfüllt, Ministerpräsident Biedenkopf läßt es sich nicht nehmen, hier als Gast zu sprechen, das "Neue Deutschland" brachte vor kurzem ein ganzseitiges und völlig unkritisches Interview mit Bahro. Nur wenige aber haben seine Texte genau gelesen, und auch Bahros Forderung nach einem "grünen Adolf", der die Deutschen aus der eigenen "Volkstiefe" heraus in ein Goldenes Zeitalter führen soll, scheint kaum zum Nachdenken bewegt zu haben.

Dabei hat der ehemals marxistische Wirtschaftswissenschaftler, dessen fortwährende Popularität allein auf dem kommunistischen Kunstfehler beruht, **Bahro** eingesperrt zu haben, sich spätestens seit Mitte der 80er Jahre zum altbekannten nazistischen Neuheidentum und dessen Quellen hingewendet und dies in seinen Schriften auch ausgesprochen. Bahro ist neben dem früheren APO-Schreck **Rainer Langhans** heute derjenige Theoretiker des "Neuen Denkens", der sich am weitesten, offen und ohne jede Scham zum spirituellen Gehalt des Faschismus als der angeblich einzigen Möglichkeit für eine "Rettung" von Natur und Menschheit bekennt. Von Kritikern wird er bisher allenfalls als religiöser Spinner abgetan. Daß sein spiritueller Ansatz weitgehend identisch mit dem der historischen völkischen Bewegung ist, die als wesentliche ideologische Quelle geradewegs im Nationalsozialismus mündete, und daß er *deshalb dieselbe* politisch katastrophale Potenz hat wie dieser - es mag Bahro persönlich so wenig gefallen wie den Urvätern der völkischen Bewegung -, wird kaum gesehen, auch deshalb nicht, weil die Aufarbeitung der spirituellen Basis des Faschismus nach wie vor innerhalb der Linken weit hinter der Betonung des Kapitalinteresses am Faschismus zurücksteht; die Beziehung des zivilisationskritisch-romantizistischen Ansatzes der völkischen Bewegung und des "Neuen Denkens" zur kapitalistischen Modernisierung durch die herrschenden Nazis damals und das heutige EG-Kapital ist ohnehin erst in Ansätzen bedacht*.

### "Und sie trainieren fleißig für ein neues '33!"

Ein guter Spruch des Antifaschismus aus den 70er Jahren, als neofaschistische Parteien noch keine zweistelligen Wahlergebnisse erzielten. Bahro hat ihn 1987 in seinem Hauptwerk "Logik der Rettung" umgedreht: "Kein Gedanke verwerflicher als der an ein neues 1933 ?! Gerade der aber kann uns retten. Die Öko-Pax-Bewegung *ist* die erste deutsche Volksbewegung seit der Nazi-Bewegung. Sie muß Hitler miterlösen" (S. 346 f); "die Nazibewegung (war) u. a. auch bereits eine erste Lesung der Ökologiebewegung" (S. 340). Mit dem Konzept der "Konservativen Revolution" (KR) als Garant einer "Rettung" knüpft er bewußt an die intellektuellen Vorbereiter des Nazismus an (S. 66-70) und er stützt sich weiter - auch im Zusammenhang zur KR - explizit auf den unseligen Teil der deutschen Geistesgeschichte seit dem staufischen Mystiker Meister **Eckehart**, aus dem sowohl die völkische Bewegung als auch z. B. der Nazi-Chefideologe **Alfred Rosenberg** oder die heutigen IdeologInnen der "Neuen Rechten" ihre faschistisch-spirituellen und (in praktischer Anwendung) ökonomisch-imperialistischen Konzepte herleite(te)n.

Bahro scheut sich nicht einmal, das "Völkische" einer solchen Orientierung zu betonen und diese als den Auftrag insbesondere der Deutschen zur "Rettung" der Erde auszugeben - am deutschen Wesen soll hier wieder mal die Welt genesen: "ein *deutsches* Vermächtnis" liege in dieser Geistestradition (S. 335, Hervorhebung im Original), die der des Sozialismus oder auch nur der Aufklärung entgegengesetzt ist; "unserem eigenen Traum folgen" (ebd.) sollten wir, "wir Deutschen müssen Meister Eckhart lesen" (S. 153) - was Rosenberg in seinem "Mythus des 20. Jahrhunderts" ja bereits in derselben Weise getan hat, wie Bahro es nun empfiehlt. Allerdings fällt dies der heutigen Linken nicht auf, weil sie keine faschistischen Klassiker liest. Doch solche Einwände mag Bahro nicht. Man dürfe "das Erwachen im Volke" nicht sogleich "als 'völkisch' denunzieren" (S. 392) - gibt es denn hier noch einen Unterschied zum nazistischen "Deutschland erwache!"? Bahro empfindet Sympathie für den Kampf der Nazis gegen die "Weimarer Demokratie, die dazu bestimmt war, von der Nazibewegung gesprengt zu werden" (S. 397), man müsse auch heute "die braunen Anteile" im deutschen Wesen "freisetzen" (S. 399) - was immer denn das deutsche Wesen sein mag. Bahro nennt als solches einmal den "furor teutonicus" (S. 346), also das rassistische Konzept einer angeblich allen Deutschen eigenen brutalistischen Anlage zur zerstörerischen Raserei, die man nun gewissermaßen fürs Gute nutzbar machen solle. "Nach dem Positiven, das vielleicht in der Nazibewegung verlarvt war", sei heute zu suchen, "weil wir sonst von den Wurzeln abgeschnitten bleiben, aus denen jetzt Rettendes erwachsen könnte" (S. 461); hiervor habe sich der "feige Antifaschismus" gedrückt, der es "verweigert" habe, "nach der Kraft zu fragen, die hinter der braunen Bewegung stand" (S. 346).

"Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf", meint Bahro im November 1990 - kurz vor der Bundestagswahl! - in der Zeitschrift "Streitschrift" (S. 6), "und die Linke hat davor nur Angst, anstatt zu begreifen, daß ein grüner Adolf ein völlig anderer Adolf wäre als der bekannte". Doch er fährt sogleich klärend fort: "Es ist überhaupt nicht die Frage, ob es ein Mann oder eine Frau ist, sondern es ist die Frage nach einer Struktur. Das ist das *deutsche* Moment in dieser grünen Bewegung".

### Ein Führer soll wieder retten

Bahro schwankt hin und her, ob der "grüne Adolf" eine Person sein soll oder ein abstraktes Konzept, das durch eine spirituelle Führungsselite ausgefüllt wird oder gar nur eine innere Selbsterkenntnis eines jeden sein soll. Das Schwanken erscheint als Taktik - niemand kann ihn festlegen -, denn letztlich spricht er sich für den personifizierten Führer aus. Bereits in der "Logik der Rettung" präsentiert sich Bahro als ein erklärter Gegner der Demokratie (z. B. S. 344, 481) und erst kürzlich wieder in einem Arbeitspapier ("Über kommunitäre Subsistenzwirtschaft und ihre Startbedingungen in den neuen Bundesländern", S. 10) zieht er gegen die "köpfezählende Abstimmung" zu Felde, die durch einen spirituellen "konsensualen Prozeß" ersetzt werden müsse, der nach der Ausschaltung jeglichen Widerspruchs dann freilich ebenso unhinterfragbare wie unveränderbare Ergebnisse erbringt.

In der "Logik der Rettung" bezieht sich Bahro auch auf die selbstvergöttlichende Vorstellung eines spirituellen Führers in *jedem* (Deutschen), dessen innerer Stimmen man folgen müsse, gewissermaßen ein übergeordneter "grüner Adolf" in einem selbst, dem man sich - wohl nach einem entsprechenden "konsensualen Prozeß" - durch spirituelle Einsicht freiwillig unterwirft. Auch diese Vorstellung entstammt der völkischen Bewegung, wo sie z. B. von **Paul de Lagarde** als spirituelles "inneres Reich" angeführt wurde.

Allerdings nennt Bahro dann auch wieder explizit und personalisierend den völkisch-faschistischen "Kaisertraum" ("Logik", S. 347), den Mythos vom im mitteldeutschen Kyffhäuser-Gebirge schlafenden Kaiser Barbarossa, der als Führer wiederkehre und Deutschland aus der Not rette; diese abstruse Idee liegt bereits dem nazistischen Führer-Konzept zugrunde, das sich weiterhin auf die germanische Institution des "Herzogs" stützt, die Bahro ebenfalls als Vorbild anführt (S. 345) - auch dies ein direkter Bezug auf die historische völkische Bewegung und die Nazis, deren "Herzogs"-Gerede z. B. bei Himmler so weit ging, daß er sich als Inkarnation des sächsischen Herzogs Heinrich I. sah. dem für die Faschisten eigentlichen Begründer eines Reiches der Deutschen. "Eine berufene Gestalt", und zwar "personifiziert", müsse die "Rettung" bringen, meint Bahro unmißverständlich

(S. 345). Dabei müsse man "an die stärksten politisch-psychologischen Dispositionen unseres Volkes anknüpfen" (S. 344), denn "trotz aller schlechten Erfahrungen sind die Deutschen ansprechbarer als andere Völker für charismatische Führung geblieben": es solle sich an "seine Herzöge" und "seine Könige" erinnern (S. 345). Daneben führt er das Konzept des "Fürsten der ökologischen Wende" an (S. 323), das er beim faschistischen Ideologen **Julius Evola** abgekupfert hat.

Konkret macht Bahro seine antidemokratische Position dann über den Vorschlag, eine spirituelle, nur "Gottes Stimme" lauschende und nur ihr verantwortliche Elite solle oligarchisch und als gesellschaftliche "Stimme der Gottheit" herrschen (S. 491 ff), denn "die gesellschaftliche Rechtsordnung darf nicht länger vom Staat und von anderen, noch unbefugteren faktischen Mächten gesetzt werden" (S. 363).

## Freiwillige Unterwerfung als Entsubjektivierung

Bahros Ansatz ist dem der Linken diametral entgegengesetzt. Während die Linke die Emanzipation des Menschen anstrebt, will Bahro die Entsubjektivierung des Menschen, der nicht mehr länger danach streben soll, Herr seiner selbst zu werden. Statt dessen wird eine abstrakte, von sehr konkreten Herrschenden gegen die Interessen der Massen funktionalisierbare "Natur" als Subjekt der Geschichte postuliert. Die "Gottheit" sei "gleich der Natur", meint er (S. 491), jedes Mißverständnis ausschließend. Faktisch wird diese göttliche Gesetzlichkeit von Gurus vermittelt, die als spirituelle Elite den Massen vorschreiben, was angeblich göttlich-naturgesetzlich gewollt sei. Wie unter oligarchischen Zuständen ein "konsensualer Prozeß" in Bahros spirituellen Kommunen real aussehen würde, dafür gibt es bei den hierarchischen psychoterroristischen "Jugendsekten" bereits genügend Vorbilder. Bahro sagt nichts dazu, warum seine Kommunen diesen autoritären Weg nicht schließlich auch gehen sollten, erst recht, nachdem hier Minderheitenpositionen, aus denen in einem demokratischen Prozeß Mehrheiten und damit Veränderung entstehen könnten, wegkonsensualisiert werden. Die Eliten-Herrschaft von Guru-Cliquen in einer hierarchischen statt egalitären Gesellschaft erscheint schließlich als die adäquate Umsetzung "naturgemäßer Ordnungen", die Bahro anstrebt (S. 59). Hier wird dann z. B. "eine Wirtschaftsordnung ..., die von uns *verlangt* ist" (S. 74), gepriesen, statt einer, die nach den Bedürfnissen der Massen von diesen selbst eingerichtet wird. "Verlangt" - von wem? Von der "Stimme Gottes", der Guru-Oligarchie.

## Eine Professur im Interesse der Herrschenden

Plump, aber wahr: In Bahros System ist die Guru-Oligarchie zum heutigen, nicht-faschistischen Zeitpunkt faktisch mit den jetzt Herrschenden bzw. ihren Agenten identisch, denen es lediglich noch an der spirituellen Aura fehlt. Diese Erkenntnis mag auf den ersten Blick erstaunen, spielt Bahro doch die Rolle des Aussteigers aus der "herrschenden Megamaschine", wie er es nennt. Doch kommt z. B. seine Sympathie für Biedenkopf ja nicht von ungefähr, dessen Bemühung der Naturgesetze zur Rechtfertigung der "Kinder, Küche, Kirche"-Unterdrückung der Frau von Bahro weitgehend zustimmend zitiert wird (S. 502). 1988 sagt Bahro in einem Interview der "taz", die Oligarchie der spirituellen Elite "braucht Leute, der Meinung bin ich allerdings, die es schaffen, öfter als üblich von dem höheren Selbst in sich auszugehen als von den Ich-Interessen. Leute, die schon mal genug gekriegt haben". Das aber sind nach den vorhandenen Verhältnissen nun mal nicht die beherrschten Massen, erst recht nicht in den neuen Bundesländern. Wer hat denn hierzulande "schon mal genug gekriegt" und kann aus der Position des Zufriedenen und Befriedigten Politik machen ohne Rücksicht auf die materiellen Interessen der Massen? Dieser Satz Bahros, mal so en passant gesagt, verrät mehr über die Brauchbarkeit seiner Ideologie für die Herrschenden, als Bahro lieb sein kann.

Es wird den Herrschenden sicher auch gefallen haben, das Bahro Ende Mai 1992 im "Neuen Deutschland" die Lohnkämpfe der Gewerkschaften als kontraproduktiv für seine Vision eines Neuen Zeitalters angriff und in der Manier eines Unternehmerverbands-Sprechers beklagte, niemand wolle heutzutage mehr arbeiten: "Alles sitzt im Büro und auf der Unibank". Diese Unverschämtheit gegenüber der arbeitenden Bevölkerung wirkt aus dem Munde eines deutschen Professors sicher besonders glaubhaft! Vor allem aber ist von daher nur zu verständlich, daß Bahro an der Humboldt-Universität eine Professur bekam, nachdem die 11. Feuerbach-These von Marx, die das Foyer schmückte, dort ausgedient hat. Nach den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland und Europa zu urteilen, braucht niemand zu fürchten, Bahros Entindustrialisierungs-Phantasien würden praktisch, so wie damals die romantizistische Zivilisationskritik der völkischen Bewegung doch nicht zur Erneuerung des historisch überlebten subsistenzwirtschaftlichen Bauerntums führte, sondern im Gegenteil faktisch die spirituell-weltanschauliche Voraussetzung zur faschistischen Gesellschafts-Modernisierung darstellte*. Bahro nennt seine "Wissenschaft" "Sozialökologie". Das ist ein Begriff, der vorsätzlich Unvereinbares zusammenbringen will: eine der menschlichen Subjektivität entzogene, vorgegebene "Natur" und menschliche Gesellschaftlichkeit. Hieraus kann nichts anderes entstehen als die Herrschaft der Naturgesetze in der Gesellschaft, das nannte man bisher: Sozialdarwinismus. Alter - saurer - Wein im neuen Schlauch, und schon fallen wieder Intellektuelle reihenweise auf die alte faschistische oder konservativ-revolutionäre Demagogie herein.

## Bahros Praxis: Arbeit mit Neofaschisten

Bahro beteuert immer wieder, er werde durch solche Kritik fehlinterpretiert. Seine politische und "wissenschaftliche" Praxis spricht jedoch eine deutliche Sprache: In Bahros Seminarhaus in der Eifel vertrat Ende 1990 nicht nur Rainer Langhans die These, die SS (!) habe eine "hohe Sterbekultur" entwickelt, an der man sich heute orientieren müsse; eine Teilnehmerin äußerte auch: "Deutschland hat ohne Führer keine Chance" **. Derart klar und eindeutig also wird Bahros Botschaft von seinen Jüngern verstanden. Daß sein "grüner Adolf" eben doch derselbe ist wie der bekannte, zeigten nicht nur die oben genannten strukturellen Gemeinsamkeiten in der Herrschaftsform. Neuerdings bezieht sich Bahro immer wieder positiv auf die Chefideologin der "Neuen Rechten" **Sigrid Hunke**, die 1942 bei dem SS-"Rassepsychologen" **L. F. Clauß** promovierte, jahrelang Vize- und Ehrenpräsidentin der nazistischen Sekte "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR) war und inzwischen zum "Thule-Seminar" um den Kopf des europäischen intellektuellen Neofaschismus, **Alain de Benoist**, gehört.

Doch mit Hunke nicht genug: Im Wintersemester 1991/92 warb Bahro auf Flugblättern unter seinen HörerInnen an der Humbold-Uni für die Veranstaltungsreihe eines **Wolfgang Deppert**, der jahrelang der oberste theologische Chef der DUR war und noch Ende 1990 in einem Sektenblatt einen Text aus dem Umfeld des kriminellen "Auschwitz-Lügners" Thies Christophersen abdrucken ließ. Die Autorin dieses Textes - Prinzessin **Marie-Adelheid Reuß-zur Lippe**, eine Vorgängerin Depperts als theologische Chefin der DUR und 1986 Chefredakteurin von Christophersens Zeitschrift "Die Bauernschaft" -, war die Begründerin des historischen "Nordischen Rings" der 20er Jahre und eine enge politische und persönliche Vertraute des Chefs des SS-Rasse- und Siedlungsamtes, **Walther Darré**, der sie "meine kleine Schwester" nannte. Darré seinerseits war ein Exponent der von Bahro heute propagierten Subsistenzwirtschaft-Konzepte, die er als Ernährungsminister im Kabinett Hitler vergeblich durchzusetzen versuchte. Alles nur Zufälle?

Auch in seinem neuen Buch "Rückkehr" bezieht sich Bahro auf Deppert; das Buch erschien im "Horizonte"-Verlag, in dem Hunke bereits mehrfach publizierte, u. a. auch 1989 ihr unsägliches Buch "Vom Untergang des Abendlandes zum Aufgang Europas", das lediglich die faschistischen Klassiker "Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts" von **Houston Steward Chamberlin** und "Der Mythus des 20. Jahrhunderts" von **Alfred Rosenberg** variiert. Da fällt die Antwort nicht schwer, wohin denn Bahros "Rückkehr" führen soll.

Daß Bahro und Deppert an der Humboldt-Universität lehren können (und wer weiß, wer hier nach der "Wende" noch alles unerkannt einen Lehrauftrag oder eine Lehrstuhlvertretung angedient bekam), daß Hunderte Studierende dort an ihren Lippen hängen, verheißt wahrlich nichts Gutes. Eine traditionsreiche Hochschule, an der aufgeklärter Geist ebenso zu Hause war wie sozialistischer, droht, zumindest in Teilen zu einer Ausbildungsstätte der "Konservativen Revolution" zu verkommen

* Vgl. hierzu demnächst: P. Kratz: Die braunen Götter. Im Schnittpunkt zwischen New Age, Faschismus und Kapitalinteressen (in Vorbereitung).

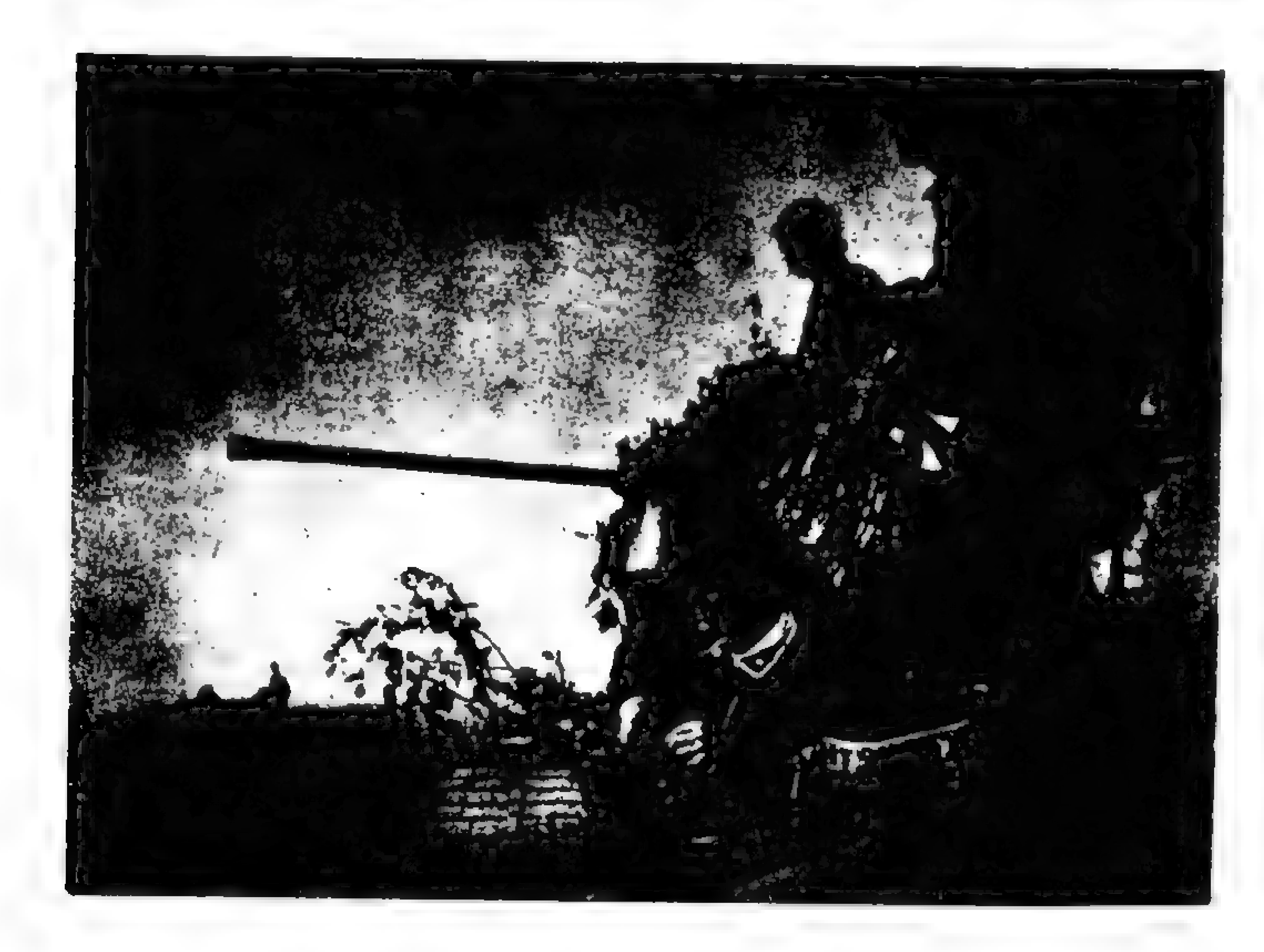
** Zitiert nach "Materialdienst der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen" vom 1. 4. 1991, S. 119.

Sönke Braasch / Konrad Koppi / Anton Maegerle

# HIAG vor dem Aus

**Zum Jahresende wird sich, gemäß einem Beschluß der Bundesversammlung des Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS, die HIAG auflösen. Nach über vier Jahrzehnten Tätigkeit, zunächst als Hilfsgemeinschaften auf Gegenseitigkeit (HIAG), seit 1959 als Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. (HIAG-Bundesverband), werden die verbliebenen SS-Veteranen die Bundes-Aktivitäten einstellen. Im vergangenen Jahr beschlossen die Delegierten auf ihrer Bundeskonferenz die Einstellung der Aktivitäten ihres Dachverbandes zum 31.Dezember 1992.**

Mit ersten Treffen 1948/49 in Hamburg beginnt die Geschichte der HIAG. Mit von der Partie ist **Otto Kumm** (83), ehemaliger SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS (SS-Nr.18.727) sowie letzter Kommandeur der 1.SS-Panzer-Division "Leibstandarte SS Adolf Hitler". Der heutige HIAG-Ehrenvorsitzende Kumm wirbt im gesamten Bundesgebiet für den Plan einer einheitlichen Organisation. Das erste bundesweite Treffen findet 1951 in Arolsen (Hessen) statt. Im selben Jahr erscheinen mit "Der Ausweg" (Mai) und "Der Wikingruf" (November) zwei Publikationen der Alten Kameraden. Im November 1953 wird, so der Bundessprecher der HIAG, eine Bundesverbindungsstelle von ca. 220 Orts- und Kreisgruppen eingerichtet. Am 25./26.Oktober 1952 wird in Verden an der Aller (Niedersachsen) die Tradition der Suchdiensttreffen begründet. "Frontsoldaten der ehem. Waffen-SS im V.D.S. treffen sich zur Aufklärung ihrer Vermißtenschicksale in Verbindung mit dem Deutschen Roten Kreuz" verheißt ein Plakat. Gefolgt sind rund 4.000 Ehemalige diesem Aufruf nach Verden. Bis heute ist der Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS korporativ dem Verband deutscher Soldaten (VdS) angeschlossen. Ein Mitglied des HIAG-Bundesvorstandes gehört demgemäß dem Vorstand des VdS an. Ende 1955 erscheint die erste Ausgabe von "Der Freiwillige" (DF), ein Werbeexemplar. Die erste reguläre Nummer wird im Januar 1956 veröffentlicht. Redigiert wird "Der Freiwillige" von **Erich Kernmayr**, der der SS zuletzt im Range eines SS-Hauptsturmführers angehört. Bis 1954 ist Kern, so nennt er sich mittlerweile, bei der Deutschen Soldaten-Zeitung, der späteren Deutschen National-Zeitung, angestellt. 1955 ist der tief in die gesamte Alt-Nazi-Szene verstrickte Kern bei der Gründung der Deutschen Wochen-Zeitung (DWZ) mit von der Partie. Seit 1986 ist die DWZ ebenfalls Teil des Imperiums von Dr. **Gerhard Frey** (59), dem DVU-Bundesvorsitzenden. Daneben übt der einstige Gauamtspresseleiter Wien und NSDAP-Gaupropagandaleiter Saarland/Lothringen Kern die Tätigkeit eines Bundespressechefs der HIAG aus. 1958 fusionieren "Der Wikingruf", herausgegeben vom Ex-SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS **Herbert Otto Gille** (SS-Nr.39.854), und "Der Freiwillige". Zu Hochzeiten erreicht das HIAG-Verbandsorgan "Der Freiwillige" eine Auflage von knapp 12.000 Exemplaren, die nach Auskunft des Bundesgeschäftsführers der HIAG, **Hans Lierk**, inzwischen auf 8.000 Hefte pro Monat gesunken ist. Doch erscheint selbst diese Angabe überhöht. Wiederum in Arolsen wird am Wochenende vom 18. zum 19.April 1959 der Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS ins Leben gerufen. Bundessprecher wird der erst 1954 aus Kriegsgefangenschaft entlassene SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS a.D. **Kurt Meyer** (SS-Nr.17.559), genannt Panzermeyer. Den Vorstand bilden der Ex-SS-Brigadeführer **Karl Cerff** (SS-Nr. 30.314), der ehemalige SS-Obersturmbannführer **Erich Eberhardt** (SS-Nr.272.747) und der ehemalige SS-Sturmbannführer **Heinz Müller** (SS-Nr.315.279), der 1965 durch **Rudolf Enseling** (SS-Nr. 273.303), ehemaliger SS-Sturmbannführer, ersetzt wird. 1967 wird **Karl Friedrich Weibel** anstelle von Erich Eberhardt in den Vorstand gewählt. Nach vier Jahren scheidet Enseling aus. **Hubert Meyer**, vormaliger SS-Sturmbannführer (SS-Nr.266.464) und 1. Generalstabsoffizier der 12. SS-Panzerdivision "Hitlerjugend", rückt dafür in den Vorstand des Bundesverbandes. Den aktuellen Bundesvorstand der "HIAG in Abwicklung" bilden Meyer, **August Hoffmann** und **Johann Velde**.



LEITHEFT

*"Leithefte", Zeitschrift der nazistischen HIAG-Abspaltung "Kameradenkreis der ehemaligen Waffen -SS*

Strategisches Ziel der HIAG ist die Rehabilitierung der Waffen-SS als vierter Wehrmachtsteil. Demgegenüber stehen historische Aussagen. 1940 schreibt **Dr.jur. Werner Best** in seinem Werk "Die Deutsche Polizei" über die Waffen-SS: "Die Waffen-SS ist eine bewaffnete Truppe, die einen Teil der SS bildet und dem Reichsführer SS untersteht". 1942 bestätigt dies der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, **Heinrich Himmler**, in einem Brief an SS-Gruppenführer **Hans Jüttner** (SS-Nr. 264.497), Chef des Stabes SS-Führungshauptamt: "Es gibt nur eine Gesamt-SS und -Polizei, und von dieser Gesamtheit ist unsere brave Waffen-SS einer der dienenden Teile." Die SS stellte eine nationalsozialistische Eliteeinheit dar, die sich zum Großteil aus Freiwilligen rekrutierte. Treffen von ehemaligen Angehörigen dieser SS-Verbände finden mittlerweile auch in den Ländern des vormalig real existierenden Sozialismus, insbesondere in den baltischen Staaten statt. Begleitet wird diese Entwicklung auch in diesen Ländern von einem entsprechenden Geschichtsrevisionismus vulgo Klitterung. Neben sozialen kann die HIAG auch politische Erfolge erzielen. So erklärt das Bundesministerium der Justiz 1961 schriftlich, daß das "Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg vom 1.Oktober 1946, durch das die SS einschließlich Waffen-SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt worden ist, (...) nach dem Recht der Bundesrepublik keine Rechtswirkung" hat. "Eine ausdrückliche, vertragliche Anerkennung der von alliierten Militärgerichten in Deutschland gefällten `Kriegsverbrecherurteile' - dazu gehört auch das Urteil des IMT vom 1.Oktober 1946 -", so das Schreiben des Justizministeriums weiter, sei durch die Bundesrepublik vermieden worden. 1983 kündigt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, **Carl-Dietrich Spranger** (CSU), die Herausnahme der HIAG aus dem Verfassungsschutzbericht an. Im Bericht des Vorjahres heißt es noch: "Das Organ der HIAG, `Der Freiwillige', warb auch 1982 für das z.T. rechtsextremistische Bücherangebot des mit der HIAG personell, institutionell und ideologisch eng verbundenen Munin-Verlages in Osnabrück. `Der Freiwillige' bringt verherrlichende Berichte über Kriegshandlungen und Fronterlebnisse, ohne auch nur im Ansatz Distanz gegenüber den für den Krieg Verantwort-

lichen erkennen zu lassen." Bis heute hat sich daran nichts geändert. 1985 läßt **Helmut Kohl** zu wenig Distanz erkennen. Gemeinsam mit dem US-amerikanischen Präsidenten **Ronald Reagan** besucht der Bundeskanzler den Soldatenfriedhof in Bitburg, wo auch 49 Soldaten der Waffen-SS begraben liegen. Eben jener Besuch löst 1989 die sogenannte "Klein-Debatte" aus. Der damalige Regierungssprecher **Hans Klein** (CSU) erklärt in einem Illustrierten-Interview: "Wir stehen zu unserer Vergangenheit. Aber wenn der Bundeskanzler heute in Bitburg einen Kranz niederlegt, wird so getan, als hätte er einem KZ-Schergen das Bundesverdienstkreuz verliehen!" Und weiter äußert sich Klein: "Die Waffen-SS war doch eine kämpfende Truppe, keine Verbrecher. Die glaubten, ihr Vaterland verteidigen zu müssen." Im Originalton, einem Sonderdruck aus der Zeitschrift "Der Freiwillige", liest es sich dann so: "Zu den bewaffneten terroristischen Verbänden des Zweiten Weltkrieges gehört die Waffen-SS nicht. Sie war eine reguläre Truppe, von geringen Anfängen abgesehen im Krieg aufgestellt, für den Krieg ausgebildet und im Krieg eingesetzt."

Da die HIAG stets um Legalität und Reputierlichkeit nach außen bemüht ist, spielt die Teilnahme von Politikern demokratischer Parteien bei Veranstaltungen eine gewichtige Rolle. **Erich Mende** (75), Mitglied der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) und damaliger Bundestagsabgeordneter der FDP, nimmt 1956 beim Suchdiensttreffen in Minden (Nordrhein-Westfalen) teil. Kurt Meyer spricht vor den rund 10.000 ehemaligen SS-Angehörigen. **Ulrich Lohmar**, 1991 verstorbener vormaliger sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, macht 1958 in Lemgo (Nordrhein-Westfalen) der HIAG seine Aufwartung. Im folgenden Jahr leisten in Hameln (Niedersachsen) die Bundestagsabgeordneten **Siegfried Zoglmann** (FDP), Ex-Führer der Hitlerjugend und Witikone, sowie **Heinz Pöhler** (SPD) den ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS Gesellschaft. Mit dem 1983 verstorbenen **Hans Wissebach** (CDU) sitzt ein Angehöriger der HIAG von 1969 bis 1980 - mit zeitweiliger Unterbrechung - sogar im Deutschen Bundestag.

Aber auch für Rechte jeglicher Couleur ist die Veteranen-Organisation von Interesse. Beispielsweise ist 1985 in Nesselwang/Allgäu anläßlich der Jahresversammlung des Kameradschaftsverbandes der Soldaten des I.Panzer-Korps der ehemaligen Waffen-SS e.V., Stuttgart, das die 1.SS-Panzer-Division "Leibstandarte SS Adolf Hitler" und die 12.SS-Panzer-Division "Hitlerjugend" umfaßt, unter den Teilnehmern auch der Generalmajor a.D. **Otto Ernst Remer** (80). Der einstige stellvertretende Bundesvorsitzende der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) gibt seit Juni 1991 die Remer-Depesche heraus. Gedruckt wird das revisionistische Pamphlet in Barcelona/Spanien bei Nothung Publications, wo auch das neonazistische Pamphlet SIEG des Österreichers **Walter Ochensberger** produziert wird.

Im Verlag "Der Freiwillige", später Munin-Verlag, Osnabrück, erscheinen 1965 die ersten Bücher. Ende 1990 stellt der Munin-Verlag dieses Geschäft ein: "Die vom MUNIN-Verlag herausgegebenen Bücher und Tonträger können Sie ab sofort beziehen über * Druffel-Verlag * Grabert-Verlag * Buchdienst Nation Europa" wird in der Dezember-Ausgabe von "Der Freiwillige" auf die einschlägigen rechtsextremen Verlage hingewiesen. Bis dahin verlegt der "mit der HIAG personell, institutionell und ideologisch eng verbundene Munin-Verlag", so der Verfassungsschutzbericht 1982, 57 Buch- und Musiktitel (u.a. **K.G. Klietmann**: Die Waffen-SS - eine Dokumentation, Otto Kumm: "Vorwärts Prinz Eugen!" Geschichte der 7.SS-Freiwilligen-Division, Karl Cerff: Die Waffen-SS im Wehrmachtsbericht und in vier Bänden von **Otto Weidinger**: Division "Das Reich") sowie 16 Kalender.

Beerben wollen den Bundesverband neben einzelnen Landesverbänden wie Rheinland-Pfalz und Hessen sowie einem Dutzend Truppen-Kameradschaften auch noch weiter rechts stehende Gruppen. Insbesondere der "Kameradenkreis der ehemaligen Waffen-SS zur Pflege der Kameradschaft, Abwehr von Geschichts- und Propagandalügen durch Aufklärung und Dokumentation", kurz "Kameradenkreis der ehem. Waffen-SS" (KdW), zählt hierzu. Diese sich selbst in Konkurrenz zur HIAG stehend begreifende Gruppe um **Johann Brandt** (73) und **Friedhelm Kathagen** (71), zeichnet sich insbesondere durch ihre offene Zusammenarbeit mit dem alt- und neonazistischen Lager aus. Für die HIAG hat man nur Häme und Spott übrig, da deren Bemühungen "lediglich Kriechspuren hinterlassen" haben. Die HIAG habe es insbesondere 1969 versäumt, "die nationale Opposition massiv zu unterstützen." Die SS-Veteranengruppe um Brandt und Kathagen, er arbeitet anfänglich selbst beim "Freiwilligen" mit, gibt angelehnt an die historischen SS-Leithefte die Monatsschrift "Leithefte" heraus. Bislang sind 61 dieser Hefte im DIN A 5-Format erschienen, die zu einem erheblichen Teil Nachdrucke aus der gesamten rechtsextremen Publizistik enthalten: u.a. Der Bismarckdeutsche, CODE, Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG), Eckartbote, Eidgenoss, Elemente, GOG-Zirkelbriefe, Huttenbriefe, Nation & Europa, Recht und Wahrheit (RuW), Saufeder, Witikobriefe ("Mit freundlicher Genehmigung"). Zu den Autoren der Leithefte zählen u.a. Dr. **Rolf Kosiek** (58), einstiger NPD-Chefideologe und seit kurzem Bundesvorsitzender der Gesellschaft für Freie Publizistik, der Witikone **Reinhard Pozorny** (84), ehemaliger Kreisamtsleiter der NSDAP und heute gemeinsam mit Dr. Gerhard Frey Herausgeber der Deutschen Wochen-Zeitung, und **Gerd Knabe**. Neben formalpoetischer Blut-und-Boden-Dichtung und Rudolf-Hess-Verherrlichung wird wort- und facettenreich die Verschwörung "gegen das Deutschtum, ja gegen die weiße Rasse" beschrieben. Sei es nun die Zerschlagung Preußens durch das Siegermachtstatut, die Ausbeutung deutscher Schaffenskraft durch die Einführung des ECU, Revanchismus, "Tirolfolklore", immer wieder werden insbesondere die USA und Großbritannien als die Kräfte entlarvt, die Deutschland angeblich knebeln wollen. Hinter all dem steckt "der Jude". In dem Artikel "Kapitalismus und Kommunismus" im Heft 59/60 z.B. wird dies an zwei Namen festgemacht: Nathan Rothschild und Karl Marx. "Nathan Rothschild war der Januskopf, zugleich Chef der kommunistischen wie der kapitalistischen Internationale", gleichsam die Personifizierung der "jüdischen Weltverschwörung". Beschworen wird dagegen die "Volksgemeinschaft", die NS-Arbeitspolitik ("Jener Staat wollte keine Arbeitslosigkeit"), und der Hymnus an die wahre europäische Gemeinschaft - die abendländische Waffenbrüderschaft der Waffen-SS. Neben der KdW-Geschäftsstelle (Sitz in 4370 Marl) leitet der vorbestrafte Johann Brandt - er publiziert auch in den HNG-Nachrichten - seit der Inhaftierung Kathagens 1990 aden Buchdienst Witten. Ende der 70er Jahre kooperiert Kathagens Deutscher Arbeitskreis Witten (DAW) mit der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) um den 63jährigen **Friedhelm Busse**, inzwischen Bundesvorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Johann Brandt gehört nacheinander der NSDAP, der CDU, der NPD, der ANS/NA und der FAP an. Der ehemalige Angehörige der 8.SS-Kavallerie-Division "Florian Geyer", Johann Brandt, ist dabei zu Zeiten der ANS/NA als Kameradschaftsführer Witten und Bundesgeschäftsführer tätig. Seine Aktivitäten bei der Kühnen-Truppe ANS/NA überschneiden sich mit der Schriftleitung des Pamphlets "Der Neue Beobachter".

Das Sozialwerk Paul Hausser e.V., Ettlingen (Baden-Württemberg), benannt nach dem ehemaligen SS-Oberst-Gruppenführer (SS-Nr.239.795) und HIAG-Mitbegründer, wird seine Tätigkeit ebenfalls fortsetzen. An das 1962 gegründete, lediglich formal von der HIAG unabhängige, von **Karl Bender** geleitete Sozialwerk wird das Vermögen des Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS gemäß dessen Bundessatzung fallen.

Zwar wird aufgrund der "biologischen Lösung" (HIAG-Bundesgeschäftsführer Hans Lierk) der Bundesverband aufgelöst, doch führen andere Organisationen ihre Tätigkeit fort.



*aus: die tageszeitung, 12.09.92*

Anton Maegerle

# Esoterischer Hitlerismus

**Im Notizbuch des im April letzten Jahres an AIDS verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen findet sich neben Kontaktadressen in Dänemark, Frankreich, Niederlande, Spanien... auch die damalige Anschrift des Münchner Neonazis Klaus Peter Kopanski in Santiago/Chile. Kontakte unterhielt Kopanski während seines 4jährigen Aufenthaltes in Chile zum fanatischen Nazi Miguel Serrano, der anläßlich Hitlers 100. Geburtstag in Chiles Hauptstadt eine Feier abhielt, bei der auch Kopanski zugegen war. Serrano, 1917 in Santiago geboren und von 1939 bis 1945 Chefredakteur der chilenischen Nazi-Zeitung "Das Neue Zeitalter" (LNE), gilt heute als weltweit führender Protagonist des Esoterischen Hitlerismus.**

Im Mittelpunkt des Esoterischen Hitlerismus steht **Hitler**, der als göttliches Wesen, als Unsterblicher verehrt wird.

**Serrano** orientiert sich hier eng an der tibetischen Lehre von den Tulkus, von Wesen, die nach Belieben zur Erde zurückkehren oder sich auf der Erde verkörpern. Der Tulku, sprich Hitler, "kommt nur wieder, um eine Mission zu erfüllen und ist in der Lage, sich gleichzeitig in mehr als einem Wesen zu verkörpern." Übertragen auf die 30er Jahre bedeutet dies, daß zur gleichen Zeit wie Hitler eine ganze Anzahl anderer "Spiegelungen" auf der politischen Bühne erschien -u.a.: **Benito Mussolini** (Italien), **Primo de Rivera** (Spanien), **Jorge Gonzales von Maree** (Chile) und **Plino Salgado** (Brasilien).

Mit Hitlers Tod muß, so Serrano, auch die Tätigkeit aller rechtsextremen Chefideologen zu Führers-Zeiten nach und nach enden: "Der Tulku -also Hitler- strahlt von einem höheren Machtzentrum aus, das wie eine gewaltige Sonne alle in sich aufnimmt und sie in sein Feuer und in sein Schicksal hineinzieht. Fällt er, dann fallen alle anderen auch, denn Er ist ja Alle. Die Idee eines kollektiven Karmas findet hier seinen höheren, dramatischen Ausdruck."

Der Mißbrauch von tibetischem Gedankengut ist nichts neues; ließ doch Heinrich Himmler, Reichsführer der SS, in Tibet gar nach den Nachfahren der Arier suchen, die dort angeblich nach dem Untergang des legendären "Thule"*, der Urheimat der Arier, in den Bergen Zuflucht gesucht hatten.

Dem weltweit negativen Mythos Hitler setzt der Esoterische Hitlerismus dessen positive Mythisierung entgegen. Entstanden ist diese Konzeption in Indien als Folgeprodukt der Arier-Ideologie des Hindu-Nationalismus.

Den ersten Versuch eine systematische Grundlage für eine "Hitler-Religion" zu schaffen, lieferte die vor 10 Jahren, am 22.Oktober 1982 in Essex (Südengland) verstorbene Diplomatengattin **Savitri Devi** (=Schriftstellername) **Mukherji** (=Familienname).

In ihrem 1958 in Kalkutta/Indien veröffentlichtem Buch "Pilgrimage" (Pilgerfahrt), auf dessen Umschlagblatt die Ruinen des "Führerbunkers" zu sehen sind, darüber eine aufgehende Sonne, ist als Fazit zu lesen:

"Adolf Hitler ist der größte Retter und Führer der Zukunft; und kosmische Wahrheit, älter als Sonne und Sterne ist der göttliche Atem seiner Bewegung und hinter Ruhm und Tragik seiner politischen Karriere steht die Essenz ewiger Wahrheit".

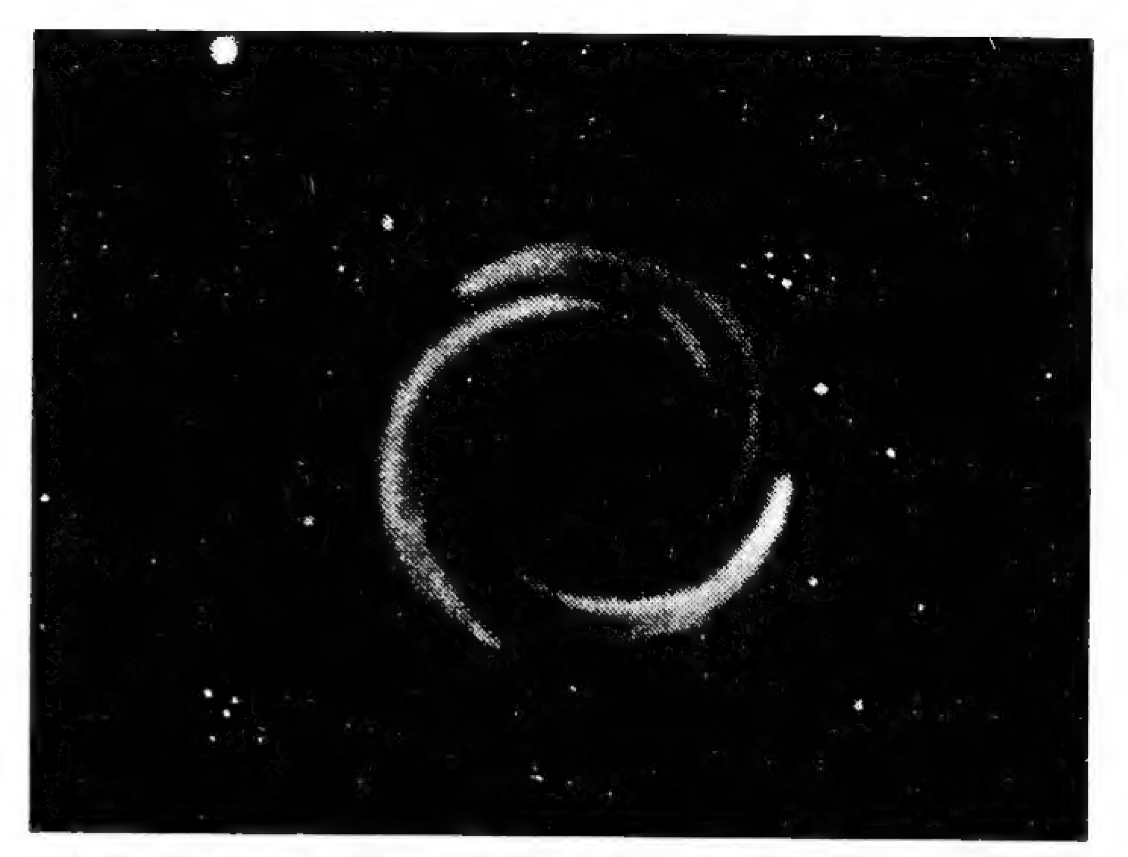
Das Licht der Welt erblickte Devi, die als Begründerin des Esoterischen Hitlerismus gilt, am 30.September 1905 im französischen Lyon als Tochter einer britischen Mutter und eines griechischen Vaters unter dem Mädchenname Maximiniani Portas. Nach dem Tod ihres Vaters machte sich die zwischenzeitlich promovierte Akademikerin 1932 nach Indien auf.

Ihre Beweggründe dafür schilderte sie 50 Jahre später in einem Interview mit der neonazistischen "Bauernschaft" (Nr.1/1983) des Altnazis **Thies Christophersen**: In Indien sind "noch die alten Traditionen der Arier im Gesellschaftsaufbau und in der geistigen Haltung spürbar (..). Hier sind die ewigen Prinzipien menschlichen Zusammenlebens vielfach noch Selbstverständlichkeiten. Die Gleichheitsutopien können sich hier noch nicht durchsetzen, hier kennt man noch natürliche Hierarchie und weiß, daß das Geistige über allem Materiellen steht."

Devi, die schon zu Lebzeiten Hitlers in ihm eine Heilsgestalt zu erkennen glaubte, weiter in dem Interview: "Ich ging also in Ermangelung eines Besseren auf die Suche nach einem Gegenwert unseres heidnischen Europas in die tropischen Regionen und fand ihn dort zum Teil."

1938 heiratete Devi, deren größter Kummer ihres Lebens war, nicht für Deutschland im Propagandaministerium zu arbeiten, da sie durch den Kriegsausbruch von Europa abgeschnitten war, den Brahmanen Mukherji und reiste nach der militärischen Befreiung Europas vom Nationalsozialismus in ihr "gelobtes Land", nach Deutschland. 1949 wurde sie im westfälischen Werl wegen Nazi-Propaganda zu 2 Jahren Haft verurteilt, die sie dazu nutzte das Buch "Gold im Schmelztiegel", die erste Publikation zum Esoterischen Hitlerismus, zu schreiben.

Nach Aufenthalten in Indien, Frankreich, Deutschland und Großbritannien stirbt Devi, die sich im "geheimen wünschte (...) von einem Neger oder Juden erschossen zu werden, um so für unsere hohe Ideologie zu sterben" (Bauernschaft) schließlich 1982 an Altersschwäche und wird am 7.Dezember d.J. eingeäschert in die USA überführt.



*Mystische Symbolik gewinnt in der militanten Rechten zunehmend an Bedeutung.*

Devi war die erste, die dem irdischen Hitlerismus, der mit der Niederlage der Nazis 1945 mehr oder weniger beseitigt wurde, rettend den Esoterischen Hitlerismus zur Seite stellte. Sie hat erkannt, daß nur so der Hitlerismus auch ins nächste Jahrtausend gerettet werden kann und nicht zur Geschichte erstarrt.

Dankbar greift Christophersen, einer der letzten noch lebenden führenden Gegenwartsrechtsextremisten, die das "Dritte Reich" bewußt erlebt haben, deshalb Devis Gedankengebäude auf: "Gerade durch Savitris Schriften lernt man die Philosophie, nein, die Religion des Hakenkreuzes, ganz klar kennen. Und worin besteht die Größe, die Unfehlbarkeit dieser Philosophie? Das ist in wenigen Worten gesagt: Das Fundament dieser Philosophie sind die Natur-, d.h. die Gottesgesetze, und die haben immer recht! Und wenn die ganze Menschheit sich dagegen auflehnen sollte, so behalten sie doch recht! Deshalb wird der Nationalsozialismus ewig bestehen: er lebt oft unbewußt im Herzen eines jeden Natur- also gottverbundenen Menschen, in dessen religiöser Schau ein Leben in Harmonie mit den Natur-und Gottesgesetzen gut ist, böse dagegen die Nichtachtung, die Übertretung oder Überlistung dieser Gottesgesetze (wie Rassenvermischung, Naturzerstörung, Abtreibung und dergleichen!)."

Selbstredend ist über Christophersens Nordwind-Verlag in Kollund/Dänemark auch Devis "Gold im Schmelztiegel" erhältlich.

An der Spitze der positiven Mythisierung Hitlers als Gottgestalt steht Miguel Serrano, rechtsextremer Denker und Akademiker aus Chile. Er sieht in Hitler einen Astralkörper, eine Wesenheit, die im menschlichen Körper in der Lage ist, den Einfluß der Sterne und der ihnen entströmenden Kräfte aufzunehmen.

In Chile ist Serrano kein Unbekannter - vertrat er sein Land doch als Botschafter in Indien, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Österreich, bei der Internationalen Atomenergiekommission in Wien und bei der Organisation der Vereinigten Nationen für die Industrielle Entwicklung.

Standardwerk des Esoterischen Hitlerismus ist Serranos Buch "Das Goldene Band" (Chile 1978), das 1987 im Teut-Verlag in Deutsch

erschienen ist. Erhältlich ist das über 400 Seiten umfassende -schwer zu lesende- Werk in der Bundesrepublik Deutschland über den Buchvertrieb von **Kuno Haberkern** ("15 Jahre im Dienste der Biomedizin und Esoterik") im württembergischen Iptingen. Gewidmet ist das Buch dem "Führer-Stellvertreter" **Rudolf Hess**, ehemals Mitglied der 1918 entstandenen Thule-Gesellschaft, aus der die DAP und dann die NSDAP hervorgegangen ist. Hess gilt heute im weltweiten Rechtsextremismus als Symbolgestalt, als Märtyrer.

Nach Serranos Auffassung sitzt der "Führer" heute in der Antarktis. Hitler hat am 30.April 1945 nicht Selbstmord begangen, sondern wurde von einem atomar betriebenen U-Boot - die deutschen Wunderwaffen lassen grüßen- gerettet.

In der Antarktis, so Serrano, befindet sich der Zugang zu einer unterirdischen Welt, hier liegt das Thule der Nordvölker, wo die sagenhaften Hyperboreer in ewiger Jugend leben.

Serranos Idee der unterirdischen Welt fußt auf der Hohltheorie der Erde: "Auf der Rückseite der Erdrinde dürfte es Kontinente und Meere, Wälder, Berge und Flüsse geben, die von einer in längst vergangenen Zeiten dorthin gelangten, überlegenen Rasse bewohnt werden, welche man als die legendären Hyperboreer kennt. Ihre Zivilisation ist viel weiter fortgeschritten als die auf der Oberfläche der Erde. Einige ihrer geistigen Führer unterhalten mit einigen wenigen von `hier' die Verbindung aufrecht."

Dort befindet sich das untergegangene Agartha (tibetanischer Name der unterirdischen Stadt der unsterblichen Geistigen Führer) und Shamballah (nach der tibetischen Lehre eine der verborgenen, unterirdischen Städte, wo die tantrische** Einweihung stattfindet, bei der die Welt und die Materie verwandelt wird), Zentrum des Esoterischen Hitlerismus.

Von dort hat Hitler Anweisungen erhalten. Heute lebt er in der unterirdischen Welt, dem Paradiese gleich und ist wegen der herrschenden geringeren Schwerkraft im Erdinnern verjüngt.

Serranos Antarktis-Fiktion hat einen reellen Hintergrund. 1938/39 gab es -unter Führung von Kapitän Alfred Ritscher- eine deutsche Antarktis-Expedition. 600.000 qkm wurden erforscht, das Gebiet Neuschwabenland genannt und zum deutschen Hoheitsgebiet erklärt.

Von hier aus erfolgen nun laut Serrano, der 1947/48 Hitler tatsächlich in der Antarktis suchte (!), reichsdeutsche Operationen (da nur die Wehrmacht 1945 kapituliert hat, legale Kriegshandlungen des rechtlich fortbestehenden Deutschen Reiches), das von Neuschwabenland aus den 2.Weltkrieg fortsetzt.

Am Mythos der deutschen Wunderwaffen bastelt Serrano weiter und klammert sich dabei an folgende Aussage Hitlers: "Glauben Sie mir, meine Volksgenossen, ich habe alles durchdacht und vorsorglicherweise ein Weltgebäude aufgerichtet, eine Weltabwehrmacht, so groß, daß jede Kombination, möge sie sein wie immer, daran scheitern wird."

Seit 1945 sind deutsche Ufos als Aufklärer einer gigantischen Armee unterwegs. Gesteuert werden diese von Piloten des "letzten Bataillons", von dem "Wilden Heer" - dem Geistigen Heer Odins, das aus gefallenen, nun unsterblichen Helden, besteht. Dieses letzte Bataillon wird am Höhepunkt der kommenden Großen Katastrophe eingreifen. Hitler hatte ja erklärt: "Das letzte Bataillon wird mir gehören." Auf die Frage weshalb die seriöse Wissenschaft die Existenz von Ufos leugnet, hat Serrano auch eine Antwort parat: "Alles gemäß dem Plan des internationalen Judentums und seiner größtenteils gesteuerten Weltmedien, die reichsdeutsche Macht nach 1945, als die einzige, für sie gefährliche, Gegenmacht nicht zuzugeben."

Zielpunkt der Überlegungen Serranos ist die Rückkehr zu Thule, der Hauptstadt des Hohen Nordens, des Landes der Hyperboreer, der Ahnen der Arier und der Kulturbringer der ganzen Welt. Die Hyperboreer selbst sind vom Himmel gekommen, sie waren Götter oder Halbgötter. Einzige Bluttträger der Hyperboreer sind heute noch die Deutschen. Vehement kämpft Serrano für den Blut "die flüssige Sonne, durch die das Gedächtnis der außerirdischen Vorfahren kreist", für die Reinhaltung des deutschen Blutes.

Zum industriellen Holocaust an den Juden schreibt Serrano, der mit Vorliebe den Geschichtsverfälscher **David Irving** und die ekelhaften "Protokolle der Weisen von Zion" zitiert, im "Goldenen Band": "Diese Angelegenheit von sechs Millionen Juden, die in Verbrennungöfen verschwunden sein sollen, ist einer der größten Betrugsfälle in der Geschichte der Menschheit, wobei der Jude in planetarischem, weltweiten Ausmaße sein innerstes Wesen als Schwindler offenbart."

Serranos Ufo-Theorie zieht im weltweiten Rechtsextremismus immer größere Kreise.

So gibt bereits einen Ufo-Videofilm, den Mitglieder der antisemitischen Wiener "Tempelhofgesellschaft" ("Der Germane ist das strikte Gegenteil dessen, was jüdisch-mosaisches Denken darstellt."), zusammengeschnitten haben. Eigenwerbung hat die "Tempelhofgesellschaft", die sich an den pervertierten Irrlehren des **Lanz von Liebenfels** orientiert, u.a. schon im Neonazi-Blatt "SIEG", das neuerdings vom spanischen Barcelona aus verschickt wird, geschaltet. Vertrieben wird der DM 175,- teure Videofilm vom Österreicher **Michael Damböck**, promovierter Ethnologe, Herausgeber von "Pen tuisko. Briefe für deutsche Heiden" und Redaktionsmitglied von "Nation", einer NPD-freundlichen bundesdeutschen Postille. In einem Werbeprospekt von Damböck ist zu lesen: "Dieses Video dokumentiert erstmals das reale Vorhandensein deutscher `Ufos'! Sie sehen Pläne und Fotografien aus den Jahren 1943 bis 1944: Flugscheiben mit deutschen Hoheitszeichen! Sie sehen Aufnahmen aus der Jetztzeit, die ebenfalls deutsche Hoheitszeichen auf `Ufos' erkennen lassen. ... Gibt es die `Dritte Macht' im ewigen Eis-oder gar im Weltraum? Schlägt das Dritte Reich zurück?"

Käufer des Videofilms dürften -vom Unterhaltungswert des Machwerkes abgesehen- enttäuscht sein; entpuppen sich die deutschen Ufos im Film doch als schemenhafte Schattierungen, an denen auch mit blühender Phantasie kein "deutsches Hoheitszeichen" zu erkennen ist!

Passende Literatur zum Thema Ufos liefern u.a. **Adolf Schleipfer** (Köln) und der deutschstämmige Rechtsextremist **Ernst Zündel** über seinen Samisdat-Verlag in Toronto/Kanada.

Während bei Schleipfer, Großmeister des antisemitischen Armanen-Ordens (AO), Broschüren wie "Deutsche Flugscheiben und U-Boote überwachen die Weltmeere" (Hrsg.: Hugin, Gesellschaft für politische, Philosophische Schriften e.V.) erhältlich sind, liefert Zündel Bücher wie "Ufos: Nazi Geheimwaffen?": Quintessenz des Schmökers: Hitlers letztes "Bataillon" wird bei einem kommenden weltweiten wirtschaftlichen Zusammenbruch in Aktion treten. Ufos der Nationalsozialisten übernehmen dann strategisch wichtige Gebiete und regieren die Welt. Autor von "Ufos: Nazi Geheimwaffen?" ist Ernst Zündel selbst, der bis 1978 unter dem Pseudonym **Christoph Friedrich** publiziert hat.

Die Ufo-Diskussion hat sogar bereits dazu geführt, daß sich Kreise um Otto Ernst Remer, Generalmajor a.D. und eine der zentralen Gestalten der Revisionismus-Bewegung in Westeuropa, vehement dagegen gewandt haben. 1991 war in "Recht und Wahrheit" (Nr.3-4/1991), dem Organ der "Die Deutsche Freiheitsbewegung" (DDF), dazu zu lesen: "Jugend, die sich freudig dazu bekennt deutsch zu sein, ist weder auf Freud`sche Psychoanalyse angewiesen noch benötigt sie okkulte Wahnlehren, um zu ihrem Selbst hinzufinden. Ihr Schicksal liegt allein in ihren Händen. Solcher Jugend können wir die Zukunft unseres Volkes ruhigen Gewissens anvertrauen."

Hitlerglaube als Religion, gepaart mit der Wahnidee, deutsche Ufos würden von der Antarktis aus zum "letzten Gefecht" rüsten und nach der Weltherrschaft greifen, findet in kleinen rechtsextremistischen Kreisen weltweit wachsenden Zuspruch - glauben doch auch die Anhänger der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) in Hitler "den Zeitenwender, die Heilsgestalt der arischen Rasse" ("Die Neue Front" Juli`92) zu erkennen.

Na denn, ab ins ewige Packeis!

* Bestseller auf dem rechtsextremen Büchermarkt in Sachen "Thule" ist das 1991 erschienene Buch "Die schwarze Sonne von Tashi Lhunpo" eines gewissen **Russell McCloud.** In dem Polit-Thriller, vom rechtsextremen Monatsperiodicum "Nation+Europa" (NE) im April 1992 zum "Buch des Monats" gekürt, wird "Thule" als Reich einer Rasse mit "unbeschreiblichem Wissen" bezeichnet, die von den Göttern abstammt. Träger dieses "unbeschreiblichen Wissens" streben nun zu Ende des 2.Jahrtausends erneut (nach 1933) die Weltherrschaft an.

Das Buch steht, wie die von Rechtsextremisten jeglicher Couleur gern gelesene "Thule-Trilogie" des Österreichischen Hitler-Fanatikers **Wilhelm Landig** dem Esoterischen Hitlerismus sehr nahe.

** Tantra ist eine ca. 600 n.u.Z. entstandene Yoga-Praktik, um die Mutation in den Übermenschen und die absolute Persönlichkeit des esoterischen Hitlerismus zu erreichen.

## Kameradschaftsbund Wilhelmshaven täuschte Busunternehmen

Nicht alle Busunternehmen waren darüber informiert, daß ihre "Reisegesellschaften" am 15. August 1992 an einer Rudolf-Hess-Gedenkveranstaltung teilnehmen wollten. Jedenfalls wies das Busunternehmen "Bruns Reisen" aus Zetel den AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität darauf hin, daß ihr Unternehmen vom Bundesvorsitzenden des "Deutschen Kameradschaftsbundes" **Thorsten de Vries** aus Wilhelmshaven über Zweck und Ziel der Reise getäuscht worden ist. Der AStA hatte ein Angebot für eine Reise mit dem gleichen Unternehmen mit der Begründung abgelehnt, daß das Unternehmen 47 Neofaschisten aus dem Weser-Ems-Raum nach Rudolstadt gefahren habe, wo der diesjährige "Hess-Aufmarsch" stattfand.

### Totenfeier

Im Rahmen einer ganzen Reihe von Auftritten soll der einschlägig bekannte Szene-"Liedermacher" **Frank Rennicke** die musikalische Ausgestaltung eines "Gedenk-Abends" für den kürzlich tödlich verunglückten Chef der "Sauerländer-Aktionsfront", **Thomas Fink**, übernehmen. Dessen Kameraden kündigten die Veranstaltung in "Nation und Europa" für den 1. November in Münster oder Meschede an.

### Neonazi-Vernetzung

Um sich bei gewalttätigen Aktionen zu unterstützen plante die "Deutsche Alternative" die Bildung von "Mobilen Einsatzkommandos Ost". In einem internen Papier, das aus der Feder des sächsischen DA-Vorsitzenden **Roman Dannenberg** stammt, werden die Neonazis **Winfried Arnulf Priem** ("Wotans Volk"), **Thomas Dienel** (DNP), **Dirk Zimmermann** (DA, FAP, Völkische Front Leipzig), **Torsten Schönrock** (DA), **Hanke** (Hallesche Deutsche Jugend) und **Büttner** (DA) als regionale Ansprechpartner, bzw. Koordinatoren genannt.

Angestrebt wird offensichtlich eine engere Vernetzung der zur Zeit relativ zersplitterten Neonazi-Szene. Gemeinsame Veranstaltungen der "Deutschen Alternative", der "Nationalen Liste" und der "Nationalen Offensive waren schon in den letzten Monaten zu beobachten.

### Helden?

Wie auch im vergangenen Jahr plant die Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V., auf dem Friedhof in Halbe bei Märkisch-Buchholz einen "Heldengedenktag" durchzuführen.Die Gedenkfeier ("Dunkle Kleidung ist erwünscht.") soll am 15. 11. 1992 um 11.00 Uhr stattfinden.

Anmelderin dieser Neonazi-Demonstration ist auch in diesem Jahr Dr. **Ursula Schaffer**.

Ulrich Schneider

# Beispiel einer (un)gewöhnlichen Karriere

## Dr. Albert Demnitz (Behringwerke Marburg)

Am 9. November 1992 jährte sich zum hundertsten Mal der Geburtstag des Betriebsleiters, "Betriebsführers" und Vorstandsvorsitzenden der Behringwerke, **Albert Demnitz**.

Man kann das, was Demnitz absolvierte, durchaus als "Bilderbuch-Karriere" bezeichnen. Nach dem Abitur 1912 begann er ein Studium an der tierärztlichen Hochschule Dresden, das er, unterbrochen durch den Kriegseinsatz, dem Demnitz - wie die Mehrheit der Studenten seiner Generation - sicherlich nicht mit Abneigung gegenüber stand, 1919 beendete. Innerhalb weniger Monate promovierte er zum Dr. med. vet. und arbeitete noch kurze Zeit an der Hochschule, bevor er Ende 1920 in die Veterinärabteilung der Behringwerke Marburg eintrat, deren Leitung er bereits 1923 übernahm.

Im Rahmen der Management-Qualifikation - wie man neudeutsch sagen würde - ging Demnitz 1926/7 für ein Jahr an ein Institut nach Santiago de Chile, wobei er nach seiner Rückkehr 1928 die Leitung der Produktionsabteilung der Behringwerke und 1929, in dem Jahr, in dem die offizielle Fusionierung mit dem IG-Farben-Konzern stattfand, bereits die Betriebsleitung übernahm. Demnitz war offensichtlich der Mann, der das Vertrauen der Konzernspitze besaß und der sich in den folgenden Jahren dieses Vertrauens auch würdig erweisen sollte.

Als Repräsentant der IG-Farben, die seit 1933 ein Interesse an einer effektiven Herrschaftsausübung des deutschen Faschismus hatte, hatte er anfangs durchaus auch Differenzen mit den örtlichen Chargen. Heroisch formulierte Demnitz dazu im April 1948, er habe "von 1933 ab fortgesetzte Zusammenstöße mit der Deutschen Arbeitsfront und der Partei" gehabt (IG-Farben-Prozeß, Bl. 10946) Wie wenig dies jedoch mit Widerstand verwechselt werden darf, zeigt die Tatsache, daß Demnitz 1934 mit Zustimmung eben dieser DAF und Partei zum Betriebsführer der Behringwerke ernannt wurde.

Die Behringwerke stellten sich von Anfang an auf die gesteigerte Nachfrage der faschistischen Armee nach Impfstoffen im Rahmen der Kriegsvorbereitung ein. Forschungs- und Produktionsschwerpunkte wurden darauf ausgerichtet. Wo Praxiserfahrungen gesammelt werden konnten, waren die Behringwerke vertreten, so Dr. **Hans Schmidt**, Stellvertreter von Demnitz, in Spanien 1937 zum Studium der Gasbrandprophylaxe.

Den praktischen Einsatz von Dysenterie-Impfstoffen 1939 im KZ Buchenwald koordinierte Demnitz selber. Menschenfreundlich wie die Behringwerke nun mal waren, "schickten wir einen neueren Impfstoff, der zwar noch nicht



*I.G. Farben-Hochhaus in Frankfurt/M..*

im Handel war, aber das Beste darstellte, was wir damals zur Verfügung hatten".IG-Prozeß, Bl. 11017/8). Als Dank erwartete man nur, daß Blutproben der geimpften Häftlinge zurückgeschickt würden. Dabei ging es nicht so sehr um die Schutzwirkung der Impfstoffe, sondern um ihre Verträglichkeit - und dafür waren die Häftlinge als Versuchsobjekte durchaus geeignet.

Nach diesen positiven Erfahrungen konnte Größeres in Angriff genommen werden. Im Dezember 1941 wurde zwischen Innenministerium, Heeressanitätsinspektion und Vertretern der Behringwerke, unter ihnen Albert Demnitz, ein Weg zur Intensivierung der Fleckfieber-Impfstoff-Produktion gesucht. Unter Berufung auf dieses Gespräch schickte Demnitz am 14. Januar 1942 an den Lagerarzt des KZ Buchenwald "gratis" Fleckfieberimpfstoff für 50 Personen mit dem Hinweis: "Bekanntlich sollte neben dem konzentrierten Impfstoff, der ihnen heute zugeht, und dem früher von uns hergestellten Impfstoff noch Versuche mit anderen Impfstoffen durchgeführt werden." (IG-Prozeß, Bl. 10255) Dies bezog sich in den folgenden Jahren nicht nur auf die Fleckfieberimpfstoffe, sondern auch auf Versuche mit Gelbfieberimpfstoffen.

Das KZ Buchenwald als Experimentierfeld der Behringwerke wurde 1943/44 auch für Hochimmunisierungsversuche mit Fraenkel-Impfstoffen genutzt. Nachdem sich bei der Auswertung der Blutproben der Versuchshäftlinge in den Laboratorien der Behringwerke jedoch ein negatives Ergebnis ergab, schrieb Demnitz am

9. Februar 1944 an Dr. **Ding-Schuler**, den Lagerarzt des KZ Buchenwald: "Wir bitten Sie um Mitteilung, ob Sie nach Ablauf der jetzigen Versuch neue Versuche mit absorbiertem Fraenkel-Formoltoxoid, das noch dazu vorher gereinigt und konzentriert wurde, durchführen wollen." (IG-Prozeß, Bl. 10272) Für die Behrungwerke bedauerlich wurde diese Anfrage seitens der SS abschlägig beschieden, da die SS die Kapazität der "Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung" im KZ Buchenwald für eigene Zwecke nutzen wollte.

Da Demnitz - verständlicherweise - besorgt war, was passieren würde, wenn die Verbindung Behringwerke - Buchenwald den Alliierten bekannt werden, vernichtete er - wie er selbst eingestand - kurz vor Kriegsende noch belastende Dokumente, besonders Korrespondenzen mit der SS und dem KZ Buchenwald.

Doch seine Sorge war unbegründet. Nach dem Krieg konnte Demnitz bruchlos als Betriebsverantwortlicher - mit Billigung der amerikanischen Besatzungsmacht - weiterarbeiten. Als die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen der IG Farben liefen, wurde Demnitz mal für eine Nacht interniert, doch war selbst dies "der örtlichen Militärregierung etwas peinlich" gewesen.

Als "Untergebener" von Professor **Lautenschläger** wurde Demnitz nicht einmal angeklagt, mehr noch, er konnte als Zeuge der Verteidigung in dem IG-Farben-Prozeß auftreten. Daß er dort nicht nur seine sondern auch Lautenschlägers Verantwortung herunterspielte, ist angesichts seiner massiven Tatbeteiligung nur zu verständlich.

Die Verantwortlichen der IG Farben wurden in dem Prozeß zu Strafen verurteilt, über die sich jeder Hühnerdieb gefreut hätte, und die Karriere von Demnitz blieb ungebrochen. Aktiv setzte er sich 1950/51 für den Wiederanschluß der Behringwerke an die Hoechst-AG im Zuge der Neuordnung des IG-Farben-Konzerns ein. Zum Dank dafür wurde er im September 1952 zu ihrem ersten Vorstandmitglied nach der Fusion berufen.

Mittlerweile war er auch in Marburg wieder als "honorige Persönlichkeit" und "Wissenschaftler von Weltruf" anerkannt, so daß er nebenbei auch als Hochschullehrer an der Marburger Universität tätig werden konnte.

Wie vielen andern verurteilten IG Farben-Repräsentanten wurde auch Alber Demnitz die Ehre eines "Bundesverdienstkreuzes" zuteil. Schon 1953 ehrte die BRD damit einen, der in seiner Person die ungebrochene Kontinuität des politischen und wirtschaftlichen Systems repräsentierte. Aber auch kleinere politische Einheiten fühlten sich Demnitz gegenüber verpflichtet. Mitte der 60er Jahre beschloß die Gemeinde Marbach, eine Straße in einem Neubaugebiet nach Albert Demnitz zu benennen.

Einem derart Geehrten gegenüber fühlen sich auch die heutigen Vertreter der Behringwerke verpflichtet. Sie versuchen mit allen - oftmals nicht so schönen - Mitteln (Androhung von rechtlichen Schritten, Verweigerung von Akteneinsicht, selektive Herausgabe von Dokumententeilen etc.) dessen "Ansehen" gegen eine kritische historische Forschung zu retten. Dieser versuchten Legendenbildung entgegenzuarbeiten, ist nicht nur zum 100. Geburtstag von Albert Demnitz notwendig.

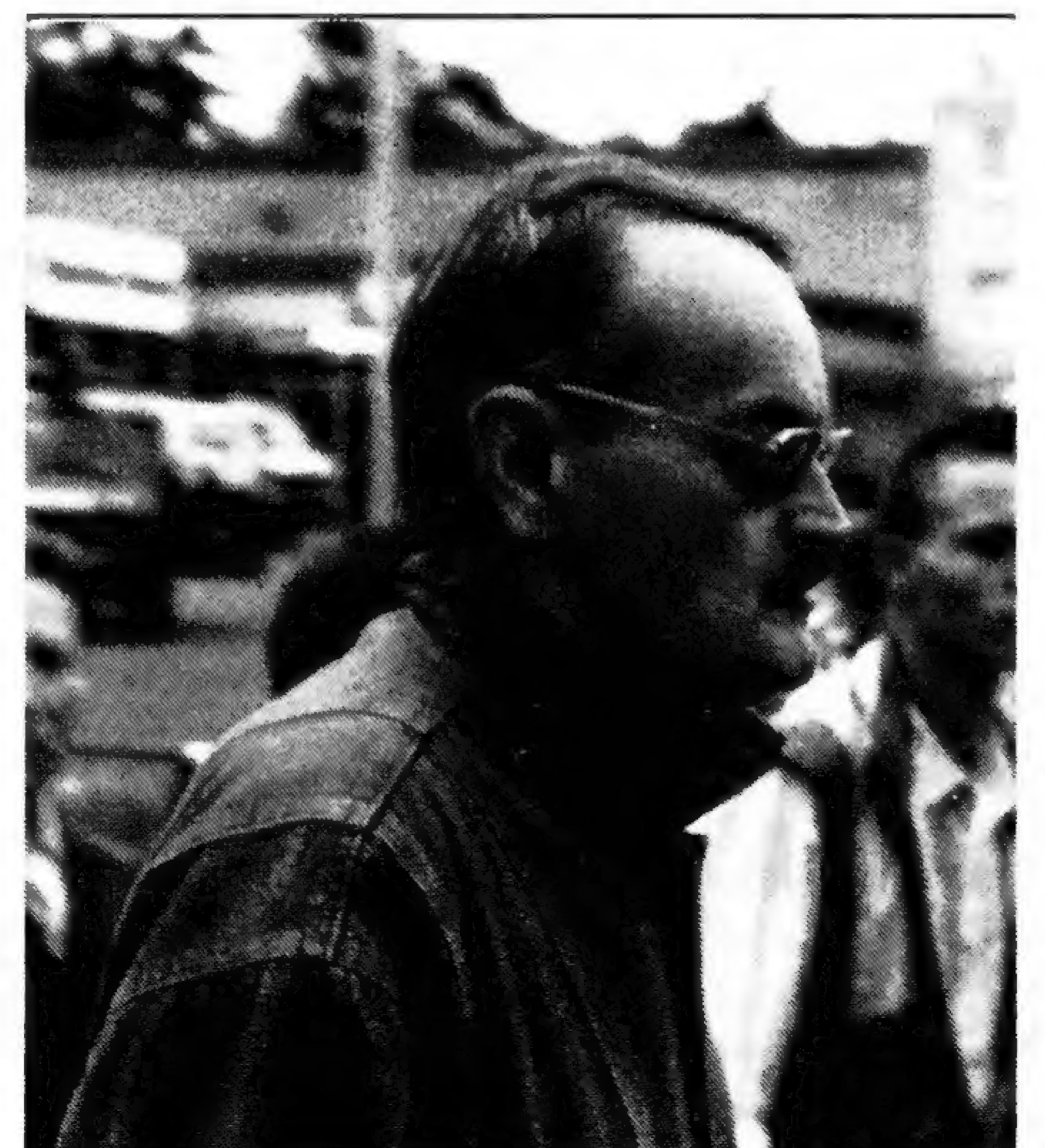
# Drahtzieher

**ID-Archiv im ISSG (Hg.): Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs Berlin, Berlin-Amsterdam 1992, 173 S., 20,-DM**




Das ID-Archiv hat in letzter Zeit einige Bücher auf den Markt gebracht. Ein lesenswertes Buch ist das hier vorgestellte vom Berliner Autorenkollektiv. Trotz einiger negativer Kritik an dem Band kann vorweg festgehalten werden, daß dieser Band für alle AntifaschistInnen obligatorisch ist. Preis und Ausstattung, ein hervorragendes Lay-Out, verschiedene Register zum schnellen Nachschlagen sind überzeugend.

Im Mittelpunkt des Buches steht die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front. In aller erster Linie sind damit die Faschisten gemeint, die sich um den verstorbenen **Michael Kühnen** sammeln ließen. Das inzwischen weit verbreitete "Adressbuch" von Kühnen vermittelt aber einen tieferen Eindruck über dessen Kommunikationsfeld. Dort sind nämlich auch gewisse als Linke bekannte Adressen zu finden wie die von Prof. Arno Klönne oder die vom Nishen Verlag, der in einer rechtssozialdemokratischen Tradition steht oder die vom Rechtsanwalt Ivo Dane aus Wilhelmshaven, dem Chef der Naturladengenossenschaft Naturata Gmbh. Über solche Kontakte findet sich in dem Handbuch leider nichts. Hier wird sich nur auf die "militante" Szene konzentriert und sehr häufig allzu oberflächlich. Der Wille, die NSDAP neu aufzubauen ist das zentrale Kriterium, um in dem Handbuch genannt zu werden. Auch in diesem Zusammenhang gibt es einen bedeutenden Fehler. Hatten doch in den siebziger Jahren Verfassungsschutzagenten erheblichen Anteil an der Vernetzung solcher neo-faschistischen Gruppen. Anfang der 80er Jahre haben darüber die TAZ und die Zeitschrift Konkret groß berichtet. Inzwischen scheinen diese Zusammenhänge völlig untergegangen zu sein; denn auch diese Entwicklung fehlt in dem Band. Deshalb schlüpfen so wichtige Personen wie z.B. **Eberhard Hevendahl**, der ebenfalls zu den Hess-Gedenkmärschen nach Wunsiedel anreist, seine eigene Zeitung dort vertreibt und in Kenner-Kreisen als jemand bezeichnet wird, der Waffen-Deals organisiert.



*Waffenhändler Eberhard Hevendahl*

Vielleicht war sich das VerfasserInnenkollektiv nicht so ganz sicher darüber, wer oder was als Drahtzieher im Bereich des Neo-Faschismus fungiert. Das politische Schlagwort "Drahtzieher" meint seit dem 18. Jahrhundert den geheimen Hintermann, der als Marionettenspieler seine Puppen tanzen läßt. Gilt das für die im Band genannten Personen, von denen die meisten bei "Aufmärschen" und verschiedenen Aktionen ja öffentlich in Erscheinung treten ? Der Band benennt die Personen und ihre Organisationen, die in der Tat dreist und frech in der Öffentlichkeit die Legalisierung der NSDAP betreiben. Das ist ein großes Verdienst der HerausgeberInnen, die in Kooperation mit den Filmemachern von "Die Wahrheit macht frei", mit ihrer Publikation dafür gesorgt haben, daß viele Menschen nicht mehr sagen können, sie hätten von diesen Entwicklungen nichts gewußt. Schwierigkeiten bereiten die Vorschläge für einen praktischen Antifaschismus. Allein das Verschweigen der Differenzen selbst im "Lager" der "Autonomen" über den am besten geeigneten Widerstand ist ein Problem, über das sich das HerausgeberInnenkollektiv einfach hinwegsetzt. Ganz zu schweigen von den unterschiedlichen politischen Herangehensweisen von Organisationen wie bspw. die VVN oder die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Hier operieren die VerfasserInnen ziemlich blauäugig. Orte, an denen die verschiedenen Strömungen, ihre Differenzen sachlich - frei von jeglichem Gruppenopportunismus - nur in der Frage des "Antifaschistischen Kampfes" diskutieren, sind viel zu wenig bekannt.

**Raimund Hethey und Christiane Kreuzkamp**